

MELDUNGEN

Kruzifix darf bleiben

Straßburg – Das Anbringen von Kreuzen in italienischen Klassenzimmern verstößt nicht gegen die Menschenrechte. In letzter Instanz hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg dies am 18. März für zulässig erklärt. Ausgelöst wurde das mehrjährige Verfahren durch eine Mutter. Sie hatte sich über das Kruzifix im Klassenraum einer staatlichen Schule in Italien beschwert. In erster Instanz hatte ihre Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Recht gegeben. Italien erhob Einspruch, und jetzt hob die Große Kammer die Entscheidung nachträglich auf. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz erklärte, das Kreuz sei in besonderer Weise Symbol der wesentlich christlich mitgeprägten europäischen Kultur und ihrer Werte. Der Staat müsse sich, wenn er nicht seine Identität verlieren wolle, zu seinen Wurzeln, Werten und Traditionen bekennen, ohne jemandem eine Religion aufzuzwingen. *idea*

Stimmenabgabe nicht erlaubt

Ankara – Nachdem der Wahlleiter in Ankara den Antrag der Regierungspartei AKP abgelehnt hat, müssen sich in Deutschland lebende türkische Staatsbürger direkt in die Türkei begeben, um dort bei der Parlamentswahl am 12. Juni ihre Stimme abzugeben. Die Partei des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan hatte den Antrag gestellt, dass die etwa 1,6 Millionen wahlberechtigten türkischen Staatsbürger in Deutschland bei der Wahl in der Türkei auch in türkischen Einrichtungen in der Bundesrepublik ihre Stimme abgeben können. Hierfür hatte er bei seinem letzten Deutschlandbesuch bereits die Bereitschaft der deutschen Kanzlerin, sein Anliegen zu prüfen, erreichen können. Doch nun machte ihm der eigene Wahlleiter einen Strich durch seine Rechnung. *Bel*

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Personalschops bei

Die Schulden-Uhr: Prinzip Hoffnung

Das Bundeskabinett hat vorletzten Mittwoch die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012 beschlossen. Mit einem Volumen von knapp 304 Milliarden Euro sollen die Ausgaben im kommenden Jahr um zwei Milliarden Euro sinken. Gemäß beschlossener Finanzplanung soll die Neuverschuldung von 31,5 Milliarden Euro im nächsten Jahr bis 2015 auf 13,3 Milliarden Euro zurückgehen. Dieser Plan setzt allerdings eine Fortsetzung der guten konjunkturellen Entwicklung und entsprechend sprudelnde Steuerquellen voraus. Sicherer wäre es, im Angesicht der Schuldenbremse endlich mit dem Sparen anzufangen. *M.R.*

1.941.852.147.727 €

Vorwoche: 1.940.472.819.952 €
Verschuldung pro Kopf: 23.768 €
Vorwoche: 23.751 €

(Dienstag, 22. März 2011,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Sonderfall Magdeburg

Wahl in Sachsen-Anhalt lässt keinerlei Rückschlüsse für kommende Landtagswahlen zu – Ausnahme FDP

Da die schwarz-rote Regierung in Sachsen-Anhalt unter dem aus Altersgründen aus der Politik ausscheidenden Wolfgang Böhmer durchaus Erfolge zu verzeichnen hatte, wählen die Landeskinde gezielte überwiegend wieder die Große Koalition und nicht einzelne Parteien.

Der ruhige, präsidiale Stil, mit dem Ministerpräsident Wolfgang Böhmer Sachsen-Anhalt neun Jahre geführt hat, ist bei seinen Landeskindern offenbar angekommen: Seine CDU konnte sich behaupten, die Linke nicht weiter zulegen und Böhmers Große Koalition kann unter seinem designierten Nachfolger Reiner Haseloff fortgesetzt werden. In Zeiten größter Verunsicherung, welche Union und FDP nach dem Atomunfall von Japan durcheinanderwirbelt, ist das Ergebnis von Magdeburg für die CDU ein kleiner Erfolg. Ganz anders für die FDP: Die Liberalen hatten sich zuvor den Wiedereinzug in die hamburgische Bürgerschaft als Ende der Durststrecke schöngeredet. Das war von Anfang an falsch. Nun kam mit dem Rauswurf aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt die Bestätigung.

In Hamburg hatten den Liberalen alle Voraussetzungen für einen glänzenden Erfolg zu Füßen gelegen: Die Alster-CDU hatte sich in den Augen ihrer Stammwähler zum Preis der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene die Seele herausgerissen. Schon mit der Niederlage bei der Volksabstimmung zur schwarz-grünen Schulreform war die Spaltung zwischen der CDU und ihrer Kernwählerschaft offensichtlich. Am Wahlabend des 20. Februar wurde die Hamburger CDU glatt halbiert. Nie war eine Volkspartei so heftig abgestraft worden.

Hier lag für die FDP ein riesiges Potenzial. Statt es in Stimmen umzusetzen, krochen die Liberalen bloß um magere zwei Prozentpunkte nach oben. Vor diesem Hintergrund von einem Sieg zu sprechen, wie es die Berliner FDP-Spitze damals tat, war entweder eine Zwecklüge oder eine grobe Rehlinschätzung der Lage.

Nach Magdeburg gibt es nichts mehr fehleinzuschätzen oder schönzulegen: Die Liberalen, das belegen auch die bei mageren fünf bis sechs Prozent verharrenden Umfragewerte auf Bundesebene, haben ihre Krise noch nicht ansatzweise überwunden. Was ihnen nach wie vor fehlt, ist ein zündendes Thema. Daher hilft ihnen auch die in bürgerlichen Kreisen durchaus anerkannte Arbeit einiger ihrer Protagonisten wenig, genannt sei vor allem Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle oder der 42-jährige FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der mit seinen fundierten und äußerst kritischen Aussagen zu den Euro-Rettungsschirmen weithin Zustimmung findet.

Wenig zu feiern hat auch die SPD. Sie hat fast sämtliche Ziele verfehlt: Von „stärkster Partei“ himmelweit entfernt, konnten die

Bessere Wahlbeteiligung machte NPD Strich durch ihre Rechnung

Sozialdemokraten nicht einmal die Linken hinter sich lassen. Nachdem sich SPD-Spitzenmann Jens Bullerjahn festgelegt hatte, eine rot-rote Koalition nur einzugehen, wenn die SPD der stärkere Partner ist und den Ministerpräsidenten stellt, hat ihm der Wähler diese

Option verbaut. Innerparteilich wird die Frage zu klären sein, inwieweit das Liebgeln mit den Dunkelroten die SPD Stimmen gekostet hat. Sachsen-Anhalt war das erste Bundesland, in dem sich ein SPD-Ministerpräsident von den SED-Erben hatte ins Amt heben lassen. Unter Reinhard Höppner musste sich von 1994 bis 2002 zunächst eine rot-grüne, dann eine SPD-Minderheitsregierung auf die Stimmen der Postkommunisten verlassen, um im Landtag eine Mehrheit zusammenzukriegen.

Gut bekommen ist das dem Land, das vor Krieg und Kommunismus zu den reichsten und höchst entwickelten in Deutschland gehörte, nicht: 2002 war Sach-

sen-Anhalt das wirtschaftliche Schlusslicht der Bundesländer. Zurückgefallen sogar hinter Mecklenburg-Vorpommern, das es mit seiner Randlage, seiner traditionell schwachen industriellen Basis und der einseitig agrarischen Ausrichtung im Grunde weit schwerer hatte, ökonomisch Fußzufassen.

Seit dem Wechsel zu Wolfgang Böhmer vor neun Jahren holte Sachsen-Anhalt langsam, aber beständig auf. Zuletzt vermeldete das Land sogar einen leichten Wandlungsüberschuss, eine kleine Sensation nach zwei Jahrzehnten der Auszehrung durch Abwanderung. Es darf daher kaum wundern, dass die Sachsen-Anhalter in ihrer großen Mehrheit keine SED-Erben mehr in der Nähe der Macht in Magdeburg sehen wollten. Wie Umfragen ergeben haben, genießt gerade die Konstellation einer Großen Koalition mit 62 Prozent Zustimmung mehr Rückhalt in der Wählerschaft als CDU und SPD den Stimmen nach zusammengekommen. Ein erstaunlicher Befund, den Demoskopien nach eigenen Worten noch nie gesehen haben.

Für die Grünen ist der Wiedereinzug in den Landtag nach 13 Jahren unter fünf Prozent ein stolzer Erfolg, wobei nach der erdrückenden Nachrichtenflut aus Japan und den hilflosen Reaktionen der Bundesregierung manche wohl mit noch mehr gerechnet haben.

Mehr erhofft hatte sich nicht zuletzt auch die NPD. Die Ultranationalisten sind nicht im Landtag, was auch der besseren Wahlbeteiligung geschuldet ist. Vor allem aber dürfte den rechten wie den linken Rand getroffen haben, dass die große Mehrheit eine Fortsetzung der von Wolfgang Böhmer geschmiedeten Großen Koalition wünschte.

Für die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz lassen sich aus Magdeburg kaum Vorhersagen ableiten. Nur so viel, dass alle Beteiligten guten Grund haben, bis zur letzten Minute zu zittern. Je weniger die Deutschen als Stammwähler stabil bestimmten Parteien zuneigen, desto weniger lässt sich ihr Verhalten im Vorwege ausdeuten. *Hans Heckel*



Im Schlepptau: Reiner Haseloff (r.) „erbt“ von Vorgänger Böhmer nicht nur das Ministerpräsidentenamt, sondern auch den von Jens Bullerjahn geführten Koalitionspartner SPD. Bild: J. Schlotter/dapd

Gaddafi-Gegner haben keine Strategie

Irak und Afghanistan haben eigentlich gezeigt, wohin ein Eingreifen ohne Plan führen kann

Am 17. März beschloss der Welticherheitsrat, eine Flugverbotszone über Libyen einzurichten und diese mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Die Initiatoren dazu waren Frankreich und England sowie ein arabisches Ölscheichtum. Damit sollte in den libyschen Bürgerkrieg zu Gunsten der Aufständischen mit dem Argument eingegriffen werden: Man müsse den Despoten Gaddafi daran hindern, Völkermord an den eigenen Landsleuten zu begehen.

Am 19. März nachmittags war es soweit. Frankreich eröffnete mit Kampffjets moderner Bauart den Luftkrieg gegen Libyen. England und die USA zogen wenig später nach. Am Abend des selben Tages wurden über 100 Marschflugkörper von amerikanischen Kriegsschiffen, die vor der libyschen Küste kreuzten, auf mögliche Ziele im Lande abgefeuert. Am 20. März beteiligten sich weitere Länder am Bombardement gegen den Wüstenstaat. Man hatte eine beachtliche Streitmacht vor der Küste Libyens im Mittelmeer zusammengezogen. Flugzeugträger, Kreuzer, Freigatt und U-Boote; darüber hinaus war eine erhebliche Anzahl Kampfflugzeuge zusammen-

gezogen worden, die von Basen aus Frankreich, Italien und von Mittelmeerinseln starteten. Kanada, Italien, Dänemark, Norwegen und Spanien beteiligten sich am „Gaddafi-Einsatz“.

Wie schon zuvor beim militärischen Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan

um welchen Preis? Ein erheblicher Teil der Iraker lebte unter Saddam im Vorhof der Hölle. Heute ist fast der gesamte Irak eine Hölle, jeder gegen jeden. Zweitausend Jahre konnten Juden und Christen im Irak leben. Heute ist das nicht mehr möglich.

Libyen ist durch das Bombardement schwer getroffen. Ein monatelanger Bürgerkrieg kann kaum die Zerstörungen anrichten, die nun schon nach wenigen Tagen die militärische Aktion der Verbündeten ausgerichtet hat. Hunderte zivile Opfer sind zu beklagen, tausende Verwundete, Verstümmelte. Die Nachrichtmeldungen in Deutschland tabuisieren diesen Aspekt völlig. Was man durch „Gaddafi in den Arm fallen“ verhindern wollte, wird nun durch die westlichen Vormächte bewerkstelligt.

Wen man da in Libyen unterstützt, ist nicht klar. Man ist der

wenig realistischen Hoffnung, Gaddafi vor den Uno-Menschenrechtsgerichtshof zu bringen und in Tripolis eine aufgeklärte Regierung installieren zu können. Wie das erreicht werden soll, bleibt offen. Es gibt kein Beispiel dafür, dass ein Krieg nur mit Luftstreitkräften gewonnen werden kann. Um Libyen im Sinne der Westmächte umzugestalten, wird man mit Bodentruppen hineingehen müssen.

Die positive Grundstimmung der Menschen in den beteiligten Ländern zum Einsatz in Libyen droht zu kippen. Die Arabische Liga geht bereits auf Distanz zum Westen, obwohl sie zunächst auch den Militeinsatz gefordert hatte. Russland und China kritisieren das Recht, dass der Einsatz der Verbündeten deutlich über die Einrichtung einer Flugverbotszone hinaus geht. Auch ein Ergebnis des Libyen-Einsatzes ist der offen ausgebrochene Streit der Nato über die Führung und Steuerung des Einsatzes, den der französische Präsident Nicolas Sarkozy in der Attitüde eines ruhmreichen Bonaparte-Nachfolgers nicht auf der Hand geben will. Libyen bleibt auf der Tagesordnung. *Wilhelm v. Gottberg*



Gegen Gaddafi: Britischer Eurofighter für den Libyen-Einsatz Bild: pa

EU-Gesetze gegen Bares

Das Europäische Parlament ermittelt gegen Abgeordnete wegen Korruption. Journalisten der britischen „Sunday Times“ hatten mehrere Hundert EU-Parlamentarier angeschrieben, sich als Lobbyisten ausgegeben und Geld für Gesetzesänderungen geboten. Mehr als 60 Abgeordnete antworteten, sechs stiegen in konkrete Verhandlungen ein. Der österreichische ÖVP-Abgeordnete Ernst Strasser stimmte zu, gegen 25.000 Euro Schmiergeld einen spekulantenfreundlichen Änderungsantrag zum Bankengesetz einzubringen. Außerdem war er bereit, einen Verwaltungsratsposten in einem britischen Finanzunternehmen anzunehmen und dafür Entscheidungen des EU-Parlaments zu beeinflussen. Rumäniens früherer Vize-Premier Adrian Severin schickte schon vorab eine Rechnung für „Beratungsdienste“ und Zoran Thaler, ehemaliger slowenischer Außenminister, war ebenfalls bereit, gegen Bares Wünsche bei der Gesetzgebung zu erfüllen. Strasser und Thaler sind zurückgetreten, der Druck auf die übrigen Beschuldigten wächst. Nun wollen Parlament und EU-Kommission einen Verhaltenskodex für Lobbyisten erarbeiten. Über einen geplanten Kodex für Abgeordnete wurde hingegen nichts verhandelt. *J.H.*

Kommunale Raubritter

Von THEO MAASS

Als die DDR noch existierte, gab es viele Witze über den Sozialismus. Einer ging so: Was passiert, wenn der Sozialismus in der Wüste eingeführt wird? Dann wird sogar der Sand erst teuer, dann knapp. Winston Churchill wusste über Sozialisten, sie gäben gern Geld aus – das Geld anderer. Berlin wird von einer rot-roten Regierung regiert. Veritable Fachleute also, würde der schillernde Briten-Premier wohl vermuten.

Zu Recht: Berlin hat keinen Wüstensand, der teuer oder knapp werden könnte. Dennoch ist man tätig bei der Sache. Neue und höhere Gebühren sollen jenen Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen, bei denen noch was zu holen ist. Umweltsenatorin Kathrin Lompscher hat mit der rigorosen Umsetzung der „Umweltzone“ für Kraftfahrer einen Meilenstein gesetzt. Auch ihre inzwischen gescheiterte „Smiley-Aktion“ (staatliche Prüfpunkte für Sauberkeit) für Gaststätten zeigt reichliches Bemühen beim Bußgeldentreiben.

Star der Linken ist Harald Wolf. Er weiß, wo der Hebel anzusetzen ist. Nach der De-Industrialisierung Berlins entwickelt sich die Stadt zum Touristenmagneten. Da muss doch was zu holen sein! Wolf nennt seine Idee denglisch „City Tax“, die künftig jeder Berlin-Besucher berappen soll. Im Ostteil der Stadt kannte man das vor 1989 schon. Damals hieß die Abgabe im Volksmund Zwangsumtausch. Westler mussten pro Besuchstag 25 D-Mark in 25 Mark der DDR umtauschen. Jetzt also „City Tax“ – vom Sozialismus lernen heißt kriegern lernen!

Kommunales Raubrittertum ist inzwischen auch woanders präsent. Kommunen, denen Geld fehlt, werden erfinderisch. In einigen Orten wächst eine Goldgräbermentalität der Abkassierkultur: Höhere Bußgelder für Hundekot, unerlaubtes Grillen und die Verschmutzung von Grünanlagen oder die Vergnügungssteuer auf Automatenspiele.

Essen plant eine „Bräunungssteuer“ – 20 Euro pro Sonnenbank und Tag, eine „Passantenbefragungsgebühr“ gibt es dort schon: pro Interviewer und Tag 34 Euro. Köln kassiert eine „Kulturförderabgabe“ von Hotelgästen. Seit 2004 kassiert Köln zudem für käuflichen Sex: Für die „gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Sauna-, FKK- und Swingerclubs oder Kraftfahrzeugen“ muss jede Prostituierte sechs Euro pro „Arbeitstag“ für ihre „Veranstaltungen“ zahlen. Im niedersächsischen Otterndorf sollen Wirtse eine „Stuhlsteuer“ löhnen. Im baden-württembergischen Ellwangen will die Stadt eine Pferdesteuer erheben und im brandenburgischen Luckau wünscht man sich eine Windradsteuer. Auf „Luftschöpfen am Abend“, wie ich es bei Ephraim Kishon neuerlich las, ist noch keiner gekommen – noch nicht.

Atommeiler vor Berlins Toren

Polen plant drei neue Kernkraftwerke – zehn mögliche Standorte in der Neumark



Politik fürchtet deutsch-polnische Verstimmungen durch die deutsche Anti-Atom-Bewegung: Auf Kommando ließen sich AKW-Gegner vergangene Woche vor dem Brandenburger Tor zu Boden fallen, um den plötzlichen Tötungsangriff zu simulieren.

Bild: pa

Der Bau polnischer Atomkraftwerke könnte das linke Spektrum und die Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland auf eine harte Probe stellen. Die möglichen Standorte sind teilweise nur 85 Kilometer von Berlin entfernt. Mit dem Bau der ersten Reaktorblöcke wird ab 2012 in Zarnowitz in der Nähe von Danzig begonnen.

Atomenergie sei für den Menschen keine adäquate Form der Energieerzeugung – die Meinung des Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) findet nicht überall Zustimmung. Der polnische Premier Donald Tusk hält an seiner energiepolitischen Strategie fest. Nach seinem Konzeptpapier „EPP 2030“ sollen drei Kernkraftwerke errichtet werden, die mittelfristig 15 Prozent des Strombedarfs im Nachbarland decken sollen. Geplant sind zunächst vier Reaktorblöcke in zwei Anlagen.

Von 27 geprüften Standorten, die für den Bau eines Atomkraftwerks geeignet sein sollen, liegen allein zehn in der Neumark, in Hinterpommern oder Westpreußen – in Nähe des bundesdeutschen und westeuropäischen Strommarktes also. Auf der Liste des polnischen Wirtschaftsministeriums stehen unter anderem die Orte Klempnitz an der Warthe, Greifenhagen, Hanseberg, Brusenfelde und Buddenbrock. Als Standort für die ersten beiden Reaktorblöcke scheint Zarnowitz in der Nähe von Danzig schon festzustehen.

Schon in den 80er Jahren hatten die Polen am Zarnowitzer See mit dem Bau eines Atomkraftwerks sowjetischer Bauart begonnen. Nach dem Tschernobyl-Unglück und massiven Protesten der Bevölkerung kam es im April 1986 zum Baustopp. Schon ab 2012 will hier die polnische Energieversorger PGE die Bauruine, in der Bevölkerung „Zarnobyl“ genannt, wieder zum Leben erwecken. Bis 2020 sollen zwei Reaktorblöcke mit einer Leistung

von 3000 Megawatt errichtet werden – geplante Betriebsdauer: 60 Jahre. Angesichts der geschätzten neun Milliarden Euro Kosten sucht die polnische PGE einen

ausländischen Partner, der sich an einem zu gründenden Konsortium mit 49 Prozent beteiligen soll. Die Entscheidung, wer als Partner ins Boot geholt wird, hat politische Brisanz. In der engeren Wahl stehen offenbar Anbieter aus Frankreich oder den USA. Doch auch Japan hat Interesse, seine Technik für Atomkraftwerke zu exportieren. Südkorea soll bereits eine konkrete Anfrage polnischer Stellen erhalten haben.

Mit der neuen polnischen Energiepolitik soll die Stromerzeugung aus Kohle, derzeit 90 Prozent, verringert werden. Mit der Wahl des Standorts Zarnowitz, also fernab von Oder und Neiße, für das erste Atomkraftwerk scheint die polnische Seite einen Kon-

flikt mit der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung vermeiden zu wollen. Ob dies gelingt, wird sich 2012 mit dem Baubeginn zeigen. Gegen die Baupläne im hinterpommerschen Greifenhagen – bis zum vorigen Jahr noch Favorit für den ersten Standort eines Atomkraftwerks – hatte 2010 eine deutsche Bürgerinitiative „Atomfrei leben in der Uckermark“ mobil gemacht. Zum Pfingstfest protestierten die Aktivisten an der Oderbrücke in

Mescherin und veranstalteten ein sogenanntes „Deutsch-polnisches Anti-Atom-Camp“.

Die Nähe zu Berlin und dazu noch die Nachbarschaft zum

Naturschutzpark „Unteres Odertal“ hätte Greifenhagen leicht zu einem Mekka der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung werden lassen. Dietmar Woidke, Minister im Platzeck-Kabinett, machte damals vor besorgten Wählern und Umweltschutzgruppen einen ziemlich hilflosen Eindruck. Man werde in der „gebotenen Form“ seine Einwände in Warschau geltend machen – allerdings sei die polnische Regierung „frei und souverän in ihrer Energiepolitik“. Die Aufgabe der Baupläne an diesem Standort ist von Politikern in Berlin und Brandenburg dementsprechend mit Erleichterung aufgenommen worden.

Dass mit der Entscheidung für Zarnowitz die Standorte in Odenahe

wirklich vom Tisch sind, wie von der Berliner und Brandenburger Politik gemeldet wurde, entspricht allerdings nicht der Wahrheit. Mit der Entscheidung für Zarnowitz haben die polnischen Behörden bisher keinen der verbliebenen Standorte für den Bau der weiteren Kraftwerke ausgeschlossen – Wiedervorlage also nicht ausgeschlossen.

Das gilt auch für die möglichen Standorte Klempnitz (gelegen zwischen Landsberg an der Warthe und Posen, in 200 Kilometern Entfernung von Berlin) oder das neumärkische Hanseberg, das nur sieben Kilometer von Schwedt entfernt liegt. Diese Standorte dürften erhebliches Mobilisierungspotenzial auf deutsche Umweltschutzgruppen haben.

Ausgeschlossen ist nicht, dass das polnische Wirtschaftsministerium bei weiteren Standortplanungen Konflikten gleich aus dem Weg gehen wird. Anbieten würden sich strukturschwache Gegenden weiter östlich oder eine Beteiligung an einem Neubau eines Kernkraftwerks der baltischen Länder. In Litauen gibt es Pläne für das Kernkraftprojekt Visaginas, das neben dem stillgelegten Kraftwerk Ignalina errichtet werden soll. Diese Standortplanungen würde es Vertretern der Grünen, der SPD und Linken ermöglichen, weiterhin Anti-Atomkraft-Rhetorik zu betreiben, ohne in Gefahr zu geraten, ernsthaft eigene Interessen gegenüber polnischen Positionen vertreten zu müssen. *Norman Hanert*

Rot-Rot reagiert nervös auf die Warschauer Pläne

Terror gegen Apotheker

Weil er die »Abtreibungspille« nicht verkaufen will

An Auflagen gescheitert

Schinkels Bauakademie wird vorerst nicht wiederaufgebaut

Die Bemühungen zum Wiederaufbau der berühmten „Bauakademie“ gegenüber dem Berliner Schloss-Areal sind vorerst gescheitert. Der von Karl-Friedrich Schinkel entworfene Bau gilt als Meilenstein der Architekturgeschichte. Fachleute sehen das Projekt nach dem Wiederaufbau des Schlosses als zweitwichtigstes Kulturbauprojekt Berlins: Seit 1994 setzten sich Vereine und Einzelpersonen dafür ein, dass die 1836 erbaute und erst lange nach dem Krieg abgerissene Akademie wieder aufgebaut wird.

Schinkels Entwurf war maßgebend für die Architektur in Preußen – Vorbild für zahlreiche Bauten zwischen Königsberg und Aachen. Seit dem Jahr 2008 ist der Schinkelplatz neben der Akademie mit Brunnen und den Denkmälern von Beuth, Thaer und Schinkel weitgehend originalgetreu wiederhergestellt. Eine Musterfassade des Schinkelbaus

wurde 2002 vom Bildungsverein Bautechnik errichtet.

An der kompletten Finanzierung des Projekts, geschätzte 45 Millionen Euro, sind die Fördervereine indes bisher gescheitert. Auch die Suche nach Investoren verlief ohne Erfolg. Als Grund da-

Wowerit zeigt wenig Interesse an dem Projekt

für sehen Beobachter die strengen Auflagen für Investoren. Sie sollten einerseits das Grundstück vom Land Berlin kaufen und die Bauakademie originalgetreu aufbauen, dann jedoch drei Viertel der Gesamtfläche unentgeltlich für ein Architekturzentrum bereitstellen. Zur kommerziellen Nutzung wären also nur 25 Prozent verblieben. Eigentlich kein Wunder, dass sich für dieses

schlechte Geschäft kein Investor fand.

Mangels Erfolgsaussichten hat der Berliner Liegenschaftsfonds das Projekt nun von der Objektliste gestrichen. Wie es weitergehen soll, muss der Berliner Senat entscheiden, der bisher nicht einmal zur kostenfreien Bereitstellung des Grundstücks bereit war. Falls an Investoren keine Zugeständnisse gemacht werden, kommt nur die öffentliche Hand als Bauherr infrage.

Auf die Forderung von CDU, FDP und Grünen, neue Finanzierungs- und Nutzungsmodelle zu entwickeln, hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bisher nur ausweichend geantwortet. Zur Abgeordnetenhausitzung, in der die Akademie behandelt wurde, musste er – so gar mit Stimmen der Linken – erst herbeizitiert werden. Weder er noch die zuständigen Senatoren waren ursprünglich bei der Sitzung anwesend. *N.H.*

Andreas K. betreibt am Maybachufer in Kreuzberg eine Apotheke. Der gläubige Katholik verkauft aus Gewissensgründen die sogenannte Abtreibungspille nicht. Kondome und Kontrazeptiva hat der Apotheker zwar im Angebot, doch hat K. dazu einen eigenen Beipackzettel entwickelt, in dem etwa zu lesen ist: „Das unveräußerliche Lebensrecht jedes Menschen von der Empfängnis an ist ein Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft.“ Das entspricht seinen ethischen Überzeugungen, so K.

Mit seiner Haltung hat sich K. Feinde gemacht: Zum „Weltfrauentag“, dem 8. März, erhielt der Apotheker bereits 2010 ungebeten Besuch. Dieses Jahr sah er sich erneut Übergriffen ausgesetzt. Auf der linksextremen Internetplattform „Indymedia“ bekannten sich gewaltbereite Feministen dazu, Andreas K. Schaufensterscheiben demoliert zu haben. Die Randalierer beanstandeten, K.

vertrete „ein verschärftes Bild einer patriarchalen Gesellschaft“. Ein anderes Bekenner schreiben fordert: „Kein Gott! Kein Staat! Kein Ehemann!“ Daher habe man sein Geschäft anlässlich des Weltfrauentages „umgestaltet“, denn die Apotheke gehe „gegen die

Linke demolierten die Schaufenster zum »Weltfrauentag«

Selbstbestimmung von Frauen“ vor. Drohend heißt es weiter: „Im Kiez selbst wurden die Gehwege verschönert und dazu aufgerufen, die Apotheke zu schließen.“ Der so Attakkierte fordert Toleranz ein: „Ich will sie damit nicht vor den Kopf stoßen. Wir sind ein bunter Kiez, und dazu gehört auch meine Meinung. Außerdem bin ich für ein Gespräch immer offen.“ Er versteht die Aufregung

ohnehin nicht, denn in den 21 Jahren, in denen er die Apotheke betriebe, habe er nur zweimal Frauen das gewünschte Präparat verweigern müssen.

Rückendeckung erhält Andreas K. von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekenverbände. Apotheker dürften sich beim Verkauf von Verhütungsmitteln auf ihre Gewissensfreiheit berufen. Jan Ott, Sprecher des Apothekerverbandes Berlin, teilt diese Einschätzung, „da sich der Apotheker auf seine im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit berufen kann“.

Weniger eindeutig sieht es Medizinerrechtler Andreas Straubinger. Auf dem Lande, wo es keine große Apothekendichte gäbe, „könnte es eng werden, wenn mir der Apotheker sagt, dass er das nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann“. Da hinter den beiden Ansätzen ein politisches Motiv vermutet wird, ermittelt der Staatsschutz. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Martin Junkernheinrich – Der Kommunalwissenschaftler an der TU Kaiserslautern meint: „In den Kommunen, bei denen wir näher hingeschaut haben, ist ganz selten einer allein schuld. Es ist immer eine komplexe Gemengelage aus hoher Arbeitslosigkeit und hohen Soziallasten auf der einen Seite und auch Fehlverhalten auf lokaler Ebene: Die bundespolitischen Entscheidungen folgen nicht dem Prinzip: ‚Wer die Musik bestellt, der soll auch bezahlen‘ und auf kommunaler Ebene hat man oft zu spät erkannt, wie intensiv man eigentlich konsolidieren müsste. Dass die guten Jahre vorbei sind, das sieht man auch häufig etwas zeitverzögert.“



Torsten Albig – Der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2012 kennt sich mit Kommunal финанzen aus. Seit 2008 ist er Oberbürgermeister der überschuldeten schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel: „Ich würde in dieser Frage, wo wir uns einigen über gesellschaftliche Aufgaben, fordern: Keine gesellschaftliche Aufgabe wird beschlossen, ohne dass sie durchfinanziert ist, keine! Im Augenblick beschließen wir ständig gesellschaftliche Aufgaben, ohne sie durchzufinanzieren. Dazu gehört dann, dass eine Politik erklären muss, wenn sie das aus ihrem Haushalt nicht abbilden kann, dass dafür die Einnahmen erhöht werden müssen.“

Wolfgang Schäuble – Der Bundesfinanzminister zeigte sich bei den Gesprächen mit den Kommunen bisher wenig kooperationsfreudig: „Die Kommunen werden lange warten müssen, bis sie einen Finanzminister finden, der so viel Verständnis für ihre Belange hat. Die jetzige Einnahmehasis von Städten und Gemeinden ist fragil. Das verdrängen die Kommunen. Eine Reform wäre wünschenswert, aber das geht nur im Konsens.“



Roland Schäfer – Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sieht bei der jetzigen Finanzlage die Handlungsfähigkeit der örtlichen Demokratie auf dem Spiel. Dabei sei laut einer Forsa-Umfrage das Vertrauen der Bürger in die kommunale Politikebene derzeit noch deutlich größer als das Vertrauen zur Bundes- beziehungsweise Landesregierung.

Substanz wird verfrühstückt

Kommunen: Während Sozialausgaben und Schulden steigen, stagnieren Investitionen

Deutschlands Kommunen sind massiv überschuldet. Schon jetzt finanzieren viele ihr Tagesgeschäft mit kurzfristigen Krediten. Selbst eine bessere Konjunktur hilft nicht aus der Finanznot, da die Probleme überwiegend strukturell bedingt sind.

„Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern eher zehn nach zwei. Man hätte vor Jahren handeln müssen“, so Martin Junkernheinrich, Kommunalwissenschaftler an der TU Kaiserslautern, über die Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Seit Jahren macht er auf die Finanzlage der Kommunen aufmerksam und verweist auf den bizarren Umstand, dass es in Deutschland zwar das Recht der kommunalen Selbstverwaltung gibt, aber 90 Prozent der Aufgaben auf Bundes- und Landesebene definiert werden.

Und besonders der Bund ist für die beiden kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Städte- und Gemeindebund, ein rotes Tuch. Immer wieder beschließt Berlin Dinge, die die Kommunen bezahlen müssen. Umso größer

war die Erleichterung auf kommunaler Ebene, als sich der Bund im Zuge der Hartz-IV-Reform bereit erklärte, bis 2014 schrittweise die Ausgaben der Grundsicherung im Alter zu übernehmen. Diese schlugen 2010 mit 3,9 Milliarden Euro bei den Kommunen zu Buche. Angesichts der Tatsache, dass das Defizit aller deut-

Sozialausgaben:
2010 42,1 Milliarden,
1992 22 Milliarden

Milliarden Euro lag – was übrigens dank der anspringenden Konjunktur weniger ist, als befürchtet –, ist nachvollziehbar, warum die Kommunen aus Dank für diese Zusage andere Probleme vorerst unerwähnt ließen. 2010 lagen die kommunalen Sozialausgaben bei 42,1 Milliarden Euro, 1992 waren es nur rund 22 Milliarden Euro, daher ist jede Reduzierung dieses gigantischen Haushaltspostens willkommen. Nur die Personalkosten liegen mit 45,4 Milliarden Euro noch höher.

Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Frankfurt am

Main, weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es angesichts der angespannten Finanzlage ist, die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter zu gewährleisten. „Stadtpolitik ist den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Die Städte sind erster Ansprechpartner. Sie tragen und gestalten zahlreiche Dienstleistungen und Hilfen der Daseinsvorsorge. Die Menschen vertrauen zudem auf umfassende Angebote zur Daseinsvorsorge in den Städten, wie

Schulen, Krankenhäuser und öffentlichen Nahverkehr, die für die Lebensqualität in den Städten entscheidend sind.“ Doch gerade bei Investitionen wie beispielsweise in Straßen, Schulen und Krankenhäuser wurde aufgrund der massiv gestiegenen Sozialkosten gespart. Zwar wurden 2010 19 Milliarden Euro für Baumaßnahmen ausgegeben, doch das liegt zum Teil auch an den Geldern des Konjunkturpaketes II, auf das die Kommunen 2010 noch zurückgreifen konnten. Vor gut

zehn Jahren wurden 17,7 Milliarden Euro und 1992 sogar noch 26,8 Milliarden Euro für Baumaßnahmen ausgegeben. Und so wachsen Jahr für Jahr die Sozialkosten und die Schuldenberge, während langfristige Investitionen sogar zurückgehen.

Die Kommunen verfrühstücken also Stück für Stück ihre Zukunft und schon jetzt wird das Tagesgeschäft häufig nur noch über sogenannte kurzfristige Kassenkredite finanziert. Diese betrugen 2010 40,5 Milliarden – doppelt so viel wie im Jahr 2004. Dieser kommunale Dispo ist aus Sicht des Kommunalwissenschaftlers Junkernheinrich viel zu leicht nutzbar. Auch sieht er die Rufe der Kommunen nach Finanzhilfen von Bund und Ländern als wenig aussichtsreich an, schließlich wären auch Bund und Länder massiv verschuldet. Junkernheinrich drängt daher zu einer Einsicht: Eine aufgabengerechte Finanzausstattung heiße nicht automatisch mehr Geld. Es könne auch heißen: weniger Aufgaben. Dies allerdings müsse man mit den Bürgern offen diskutieren.

Rebecca Bellano



Bild: pa

Nicht schön und vor allem immer seltener: Schulerweiterungsbau, hier in Potsdam

Raubzug der Kämmerer

Kommunen schröpfen Bürger für Straßensanierung

Nach zwei harten Wintern und jahrelanger Vernachlässigung sind Deutschlands Straßen in einem katastrophalen Zustand. Doch den Kommunen fehlt das Geld zur Instandsetzung. Immer dann, wenn es ans Zahlen geht, suchen sie eine Möglichkeit, einen großen Teil der öffentlichen Lasten auf die Bürger abzuwälzen. „Beitrag für die erstmalige endgültige Herstellung“ heißt der Weg, der gern beschritten wird, um die Anwohner für die Instandsetzung einer Straße zur Kasse zu bitten.

Fast alle kommunalen Satzungen sehen dies vor. Die Handhabe dazu gibt ihnen das Baugesetzbuch. Darin ist festgeschrieben, dass Grundeigentümer zur Zahlung von Erschließungsbeiträgen heranzuziehen sind. Begründet wird dies damit, dass den Anwohnern durch die Straßenbaumaßnahme ein „Sondervorteil“ erwachse. Im gesetzlichen Sinne liegt ein solcher Vorteil selbst dann vor, wenn sich für die betroffenen Grundstücke tatsächlich kein Wertzuwachs oder eine Verbesserung der Lebenssituation der Anwohner ergibt. Wann eine Straße als erstmalig endgültig herge-

stellt gilt, legen die Kommunen selbst fest. So kann es durchaus vorkommen, dass sich die Herstellung einer Straße über Jahre und sogar Jahrzehnte erstreckt. Aus diesem Grund können auch dann noch Erschließungsbeiträge für Straßen erhoben werden, wenn diese – aus Sicht der Behörden –

Wieder trifft es vor allem den Mittelstand

über einen langen Zeitraum nur als vorübergehendes Provisorium angelegt waren. Im Klartext: Ist eine Straße so marode, dass sie aufwändig saniert werden muss, erklärt der Staat sie einfach für provisorisch. Und schon muss der Bürger dafür zahlen.

Der Beitragspflicht unterliegen alle Eigentümer der von der „Erschließungsanlage“ erreichten Grundstücke. Auf sie werden 90 Prozent der Kosten umgelegt. Dabei wird die Summe nach den Grundstücksflächen und unter Berücksichtigung von deren unterschiedlicher Nutzung auf die

Anlieger verteilt. Wer ein großes Grundstück mit schmucker Villa oder gar ein Mietshaus hat, zahlt also mehr als der Nachbar mit einfacher Laube auf kleiner Parzelle. Die Errechnung der beitragspflichtigen Kosten erfolgt jedoch nicht nach dem von der Kommune tatsächlich geleisteten Aufwand, sondern nach Regelsätzen. Liegen diese darüber, was oft der Fall ist, macht der Staat sogar noch einen Reibach. Wieder geht der Griff ins Portemonnaie des bürgerlichen Mittelstandes, der ohnehin schon den größten Beitrag zur solidarischen Gesellschaft leistet.

Eine Handhabe dagegen gibt es nicht. Widersprüche werden – natürlich konfliktlos – abgewiesen und teure Klagen vor dem Verwaltungsgericht scheitern regelmäßig. Wer nun aber glaubt, das sei es gewesen, der irrt. Auch Anlieger einer „fertigen“ Straße können auf der Grundlage der Kommunalabgabengesetze der Länder für die „Verbesserung oder grundsätzliche Erneuerung“ der Straße zur Kasse gebeten werden. Dabei liegt der Anliegeranteil aber niedriger als bei der endgültigen Herstellung einer Straße. Jan Heitmann

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, v. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbrief, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper (Paris) und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift 4, 22087 Hamburg, Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb). Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Schuldenfreie Kommunen sollen helfen

Es ist das altbekannte Leid der Fleißigen, dass ihnen oft weniger Aufmerksamkeit zu Teil wird als den schlampigen Chaoten. So ist es auch bei Städten und Gemeinden. Zum Jahresende 2009 galten von den 1102 Kommunen in Baden-Württemberg immerhin 114 als schuldenfrei am Kreditmarkt. Und auch in anderen Bundesländern gibt es noch schuldenfreie Städte und Gemeinden, doch sie halten sich auch zum Teil bewusst bedeckt und prahlen nicht mit ihrer vergleichsweise guten Finanzlage, denn schon oft hat der Ruf nach mehr Solidarität mit den Schwachen die Stärkeren aus der Bahn geworfen.

Genau diese Erfahrung droht derzeit einigen schuldenfreien

Interkommunale Transferunion

Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Laut eines Gutachtens seien nämlich rund 60 Kommunen in NRW finanziell in der Lage, eine Hilfsunion für überschuldete Kommunen zu zahlen.

Dieser Vorschlag empört nun viele schuldenfreie Kommunen. Acht von ihnen haben sich bereits zu einer „Arbeitsgemeinschaft der schuldenfreien Städte in NRW“ zusammengeschlossen, um den Angriff abzuwehren. „Wir haben fast 30 Jahre hart für das Erreichen und den Erhalt der Schuldenfreiheit gearbeitet und sind nicht bereit, uns nun dafür bestrafen zu lassen, dass wir unsere Hausaufgaben im Gegensatz zu anderen Städten gemacht haben“, empört sich der Bürgermeister von Langenfeld, Frank Schneider.

Doch schuldenfreie Kommunen wie die seine sind in der Minderheit und die Mehrheit macht derzeit Druck und betont, dass es sich bei Kommunen in extremen Haushaltsnotlagen oft um Städte mit erheblichen urbanen Funktionen für ihr Umland handle. Bel

Bel

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6824**

Deutschland in der Öko-Falle

Wenn es um Umweltschutz geht, werden selbst unsinnige Maßnahmen um jeden Preis durchgesetzt

Die Vorfälle im japanischen Atommeiler Fukushima bescheren der deutschen Öko-Bewegung eine Steilvorlage. Rationales Denken und verantwortungsvolles Abwägen wurden dank kollektiver Panikmache außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle traten politische Spontantenentscheidungen zur Kernenergie.

Solche Sternstunden haben die ökologisch besorgten Gutmenschen schon häufiger gehabt, wie zahlreiche Beispiele für übertriebene, oftmals sogar kontraproduktive und trotzdem durchgepaute Umweltschutzmaßnahmen beweisen. Alles hat ökologisch, grün und politisch korrekt zu sein – auch wenn Aufwand und Ertrag zu meist in keinem vertretbaren Verhältnis stehen. Bei kaum einem Thema sind sich die Politiker über alle Parteigrenzen hinweg so einig. Geht es um die Umwelt, wird jedes Vorhaben ohne große Debatte abgesegnet. Die Zeche für so viel vorgeblich ökologische Weitsicht zahlen die Bürger. Wie zum Beispiel beim Feinstaub. Obwohl der Verkehr nur zu elf Prozent zur Feinstaubbelastung beiträgt, haben viele Kommunen „Umweltzonen“ eingerichtet, um die angeblichen Dreckschleudern aus den Zentren fernzuhalten, und eine halbe Million Dieselfahrzeuge wurden mit teuren Rußfiltern nachgerüstet. Die Luftqualität indes hat sich dadurch nicht wesentlich verbessert.

Auch im Sammeln und Trennen von Müll sind die Deutschen Weltmeister. Doch nur etwas mehr als ein Drittel der Wertstoffe wird tatsächlich wiederverwertet. Der Rest landet zusammen mit dem Hausmüll in den Müllverbrennungsanlagen, die mit der geringen Menge profanen Abfalls allein gar nicht befeuert werden könnten. Um die Müllmenge zu

reduzieren, sollten vor Jahren die Einwegverpackungen verschwinden. Doch stattdessen trat mit der Einführung des Pfands der gegenteilige Effekt ein. Die Konsumenten griffen weiter zu Plastikflaschen und Getränkedosen, nur zahlen sie dafür jetzt eben Pfand. Seit der Einführung des Pfands 2003 ist der Marktanteil von

welt hat nur wenig davon. Denn tagtäglich müssen Hunderttausende Liter vom angeblich so kostbaren Nass durch die Abwasserrohre gespült werden, um die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen und so eine Verkeimung zu verhindern. Bezahlen müssen das die sparsamen Verbraucher über ihre Wasserrechnung.

Windkraftanlagen sind teuer, tauschen aber nur einen sinnvollen Beitrag zur Energieversorgung vor. Eine 100-prozentige Wirkung wird erst bei Windstärke 8 erreicht. Der Wind weht aber nicht nach den Wünschen des Menschen, der jederzeit Strom zapfen will. Für jeden Windpark muss daher eine ebenso große Gasturbine betriebs-

Motor haben. Der Protest gegen die Abschaffung der Glühbirne erfolgt dagegen in aller Stille. Millionen haben sich einen Vorrat angelegt, um nicht auf die quecksilberhaltigen, teuren und in der Herstellung umweltschädlichen Energiesparlampen umsteigen zu müssen.

Wenn Politik das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt ist, müsste eigentlich eine Umkehr erfolgen. Doch Zweifel am ökologischen Weg kommen gar nicht erst auf. Nicht die Idee, so die Lesart von Politikern und Umweltverbänden, ist falsch, sondern die Ausführung, die mangelhafte Kommunikation oder aber die Verbraucher, die die Sache einfach nicht verstanden hätten. So wird unverdrossen an überkommenen Dogmen und am einmal gewählten Kurs festgehalten. Mit ökologischen Wohltaten lässt sich gut Wahlkampf machen, und mit Sonne, Wind, „grüner“ Technologie und Bioprodukten werden Milliarden verdient. Und nicht zuletzt leben viele der angelegenen Experten gut von den Problemen, vor denen sie warnen.

Wer aus der Reihe der Öko-Romantiker, Technikfeinde und grünen Ideologen ausscheidet und als Folge von Erkenntnis an Tabus rüttelt, wird von den eigenen Mitstreitern schnell zum Feind erklärt. Diese Erfahrung hat auch der Biologe Josef H. Reichhold gemacht. Den Fundamental-Ökos wirft er vor, systematisch unbegründete Zukunftsängste zu schüren. Der PAZ-Gastautor weiß, wovon er redet, gehört er doch zu den Begründern der grünen Szene. Im Nachrichtenmagazin „Focus“ bemängelt er, dass sich „die guten und gutgemeinten Ansätze zur Ideologie verändert“ hätten. Es sei immer schwieriger geworden, einmal festgelegte Positionen aufgrund besserer Daten und neuer Einsichten zu ändern. So steckt Deutschland unentrichtbar in der Öko-Falle. Jan Heitmann



Weltmeister bei der Mülltrennung: Nur ein Drittel der Wertstoffe wird wiederverwertet.

Bild: M. Urban/dapd

Mehrwegflaschen sogar von 64 auf 50 Prozent gesunken.

Ökologisch verfehlt ist auch die Wassersparwut. Obwohl Deutschland zu den wasserreichsten Ländern der Erde gehört, wird in kaum einem Industrieland damit so sparsam umgegangen wie hier. Die in zahlreichen „Aufklärungs“-Kampagnen gelieferte Begründung: Das schone die Umwelt und helfe den armen Ländern. Dabei lässt sich Trinkwasser gar nicht über Tausende Kilometer transportieren. Wenn der Deutsche also auf sein Wannenbad verzichtet, nützt das den Menschen in den Dürregebieten der Erde überhaupt nichts. Und auch die Um-

Nicht weniger sinnlos sind die meisten Maßnahmen zur Heizkostenersparnis. Dämmung ist das Zauberwort, um dem Energieverlust durch Dach und Wände Einhalt zu gebieten. Doch die Wärmeisolation verhindert den natürlichen Austausch mit der Außenluft. Die Folge sind Feuchtigkeit und Schimmel. Um das zu verhindern, reißt der Bewohner jetzt häufiger das Fenster auf und macht so die Energieeinsparung wieder zu nichts. Auch die Umstellung auf nachwachsende Brennstoffe wie Holzpellets birgt nicht den Schlüssel zum ökologischen Heizen, müssen sie doch zunächst energieaufwändig aufbereitet werden.

bereit gehalten werden, um die Stromversorgung zu gewährleisten. Die von allen Stromkunden zwangssubventionierte Photovoltaik trägt gerade einmal mit einem halben Prozent zur Gesamtenergieversorgung bei und auch Solaranlagen können nur einen kleinen Teil der benötigten Energie liefern.

Die Bilanz all dieser Öko-Maßnahmen fällt also eher dürrig aus. Trotzdem ziehen die Deutschen brav mit – und zahlen. Das erleichtert das Umweltbewusstsein, aber eben auch das Portemonnaie. Rentiert werden sie nur beim Biosprit E10. Nicht etwa, weil dessen Umweltbilanz eindeutig negativ ist, sondern weil sie Angst um ihren

Unbekanntes Land

Leipzig: Buchmesse hilft, Serbien zu entdecken

Ich bin begeistert, wie sich Serben heute präsentieren, 2007 kamen sie erstmalig nach Leipzig, ganz bescheiden mit zwei Mann, jetzt strömen sie

der Gebrüder Grimm und viele Beispiele mehr, die der Historiker Dusan Ivanic in Leipzig nannte. Das 20. Jahrhundert war hingegen im deutsch-serbischen Verhältnis

ein Absturz ins Bodenlose. „Erst die jetzige Leipziger Buchmesse lässt mich an einen kreativen Neuanfang im 21. Jahrhundert glauben“, hofft Gabi Schubert.

So etwas freut Messedirektor Oliver Zille, der mit insgesamt 163.000 Besuchern in vier Tagen ein Rekordergebnis verbuchte. Besonders stolz ist Zille auf „Leipzig liest“, das seit 20 Jahren bestehende Literatur-Festival in der Leipziger Messe, auf der in diesem Jahr auch die „Bundeszentrale für politische Bildung“ Serbien thematisierte, so etwa mit der Präsentation der „Geschichte Jugoslawiens“ der Münchener Professorin Marie-Janine Calic.

Wolf Oschlies



Mehr als bloße Information: Deutsch-serbische Annäherung

Professorin in Jena, legt eine überzeugende Messlatte an: Im 19. Jahrhundert pflegten Goethe, Ranke und andere deutsche Genies besten Umgang mit Serben – der „serbische Lessing“ Dostojewski studierte in Leipzig, Serbiens Sprachreformer Vuk Karadzic war Schüler Herders und

Kuddelmuddel in Bremen

CDU und FDP ohne Relevanz – Zahlreiche Klein- und Kleinstparteien stehlen die Schau

Bremen wird seit 2007 von einer rot-grünen Landesregierung unter Jens Böhrnsen (SPD) regiert. Glaubt man den aktuellen Umfragen, können die Koalitionäre mit Zugewinnen rechnen, die oppositionelle CDU hingegen muss sich nach neuen 25,6 Prozent im Jahre 2007 auf weitere Einbußen einrichten. Für die FDP wird es spannend: Die Umfragen sehen die Liberalen „draußen“.

So richtet sich das Interesse am Umgang im kleinsten Bundesland am 22. Mai auf das Abschneiden der kleineren „sonstigen“ Parteien, die von einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts profitieren. Das Bundesland besteht aus den getrennten Wahlgebieten Bremen und Bremerhaven. Schon ein Stimmenanteil von fünf Prozent in einem der beiden Wahlgebiete reicht aus, um in die Bürgerschaft einzuziehen. Das sind im kleineren Gebiet Bremerhaven je nach Wahlbezirk nur 2500 oder 3000 Stimmen.

1987, 1999, 2003 und 2007 schaffte die DVU über Bremerhaven mit jeweils einem Abgeordneten den Einzug ins Parlament. 1991 erzielte sie sogar im gesamten

Bundesland ein Ergebnis von mehr als fünf Prozent. 1995 zog statt der DVU die gemäßigt rechts stehende Partei enttäuschter Sozialdemokraten „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“ (AFB) in das Landesparlament ein. Seit 2007 sitzt zusätzlich zum DVU-Abgeordneten Siegfried Tittmann eine gemäßigt rechte Kraft in der Bürgerschaft. Die Partei „Bürger in Wut“ (BIW) trat 2007 nur in Bremerhaven an. Am Wahlabend erklärte der Landeswahlleiter Jürgen Wayand, BIW habe das Mandat in Bremerhaven um eine einzige Stimme verfehlt. BIW-Chef Jan Timke klagte mit Erfolg dagegen. Der Staatsgerichtshof Bremen erklärte den Umhang wegen „gravierender Wahlfehler“ für teilweise ungültig. In einem Bremerhavener Stadtbezirk wurde die Wahl wiederholt – mit

Erfolg für Timke, der nun in Bremerhaven auf 5,3 Prozent kam. Schuldige an dieser möglichen Wahlfälschung wurden nicht ermittelt. Um derartige Vorkommnisse künftig zu vermeiden, hat Timke die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gebeten, Beobachter zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai zu

entsenden. Timkes diesmalige Aussichten für einen vollen Wahlerfolg in Bremen sind günstig. Kurz vor Weihnachten ermittelte ein Wahlforschungsinstitut für ihn einen Stimmenanteil von 5,5 Prozent. Da die Bekenntnisfreude „rechter“ Wähler nicht besonders groß ist, erweist sich das tatsächliche Wahlergebnis gelegentlich höher als Umfragen vermuten lassen.

In Bremen zeichnet sich ein chaotisches Gedränge auf dem Stimmzettel ab. In der Partei „Die Linke“ haben, wie Beobachter berichten, Kurden durch Masseneintritte die Macht in der Parteiorganisation in Bremerhaven übernommen. So schlägt die Immigrantenfremdlichkeit auf die „Linken“ ganz konkret zurück. Das Resultat: Walter Müller, bisheriger Abgeordneter der „Linken“ aus Bremerhaven, hat eine eigene linke Bürgerliste gegründet und glaubt an seinen Wiedereinzug ins Parlament. Auch FDP-Fraktionschef Uwe Woltemath hat seine Partei verlassen. Sein linksliberales Bürgerbündnis hofft ebenfalls auf einen Einzug in den Landtag.

Besonders skurril sind die Verhältnisse in der rechtsradikalen

MELDUNGEN

Demokratiedefizit erkannt

Berlin – Zwar ist die Sozialwahl nach der Bundestags- und Europawahl die drittgrößte Wahl in Deutschland, doch ihre Relevanz in der öffentlichen Wahrnehmung ist verschwindend gering. Seit Wochen werden zwar die Wahlunterlagen an die 48 Millionen Wahlberechtigten verschickt, damit sie ihre Vertreter in den Selbstverwaltungen der Kranken- und Rentenversicherungen wählen, doch nur knapp 30 Prozent der Wahlberechtigten machen von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch. Die meisten Bürger kennen die Kandidaten nicht, zumal sie auf deren Auswahl, wie vom Bundesrechnungshof bereits 2007 bemängelt, kaum Einfluss haben. Wer kandidieren darf, das handeln die Versicherungsträger und Gewerkschaften zuvor in ihren Gremien aus. Der Sozialwahl-Bundesbeauftragte Gerald Weiß (CDU) weiß um die Defizite und hat für die nächste Wahl 2017 eine Reform angekündigt. *Bel*

Rentenbeiträge bald niedriger

Berlin – Laut „Spiegel“ plant die Bundesregierung angeblich, im nächsten Jahr den Beitrag zur Rentenversicherung von derzeit 19,9 Prozent auf 19,6 Prozent zu senken. Steigende Beschäftigtenzahlen und die gute Konjunktur würden dies möglich machen. Denn ab dem Moment, in dem die Rücklagen der Rentenversicherung die Grenze von einhalb Monatsausgaben erreichen, muss der Beitragssatz laut Gesetz gesenkt werden. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung anhalten, wird sogar schon auf einen Beitragssatz von 19,3 Prozent spekuliert. Dass Reserven in Höhe von nur einhalb Monatsausgaben angesichts der demographischen Entwicklung ein sehr schmales Polster darstellen, scheint offenbar kein Thema zu sein. *Bel*

»Bürger in Wut« treffen auf offene Ohren

Ecke, Tittmann, langjähriger DVU-Abgeordneter, hat seine Partei verlassen und kandidiert mit einer eigenen Formation, während der gewesene DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust nun für seine neue Partei, die NPD, auf einen Wahlerfolg in Bremerhaven spekuliert. Die Bremer CDU gilt im Bundesvergleich als links und

diente sich bisher (vergänglich) den Grünen als Koalitionspartner an. Unlängst wechselte Helmut Pflugrad, Kreisvorsitzender der CDU Bremen-Nord und konservativer Flügelmann, in die „freie“ Wirtschaft. Sein Bürgerschaftsmandat hat er mit einem Aufsichtsratsposten bei der Bremer Straßenbahn AG verstaubt. Unlängst widmete die „Bild“-Zeitung Timkes BIW einen freundlich gehaltenen Beitrag zum Thema Ausländerkriminalität. Die Redaktion traut der CDU offenbar auf diesem Politikfeld wenig Kompetenz zu. Timke erklärte gegenüber der PAZ, er denke im Falle eines Wahlerfolges an eine Ausdehnung von BIW nach, werde aber nichts überstürzen. Das Beispiel der Schillpartei stehe warnend im Raum. *Hans Lady*

MELDUNGEN

Dalai Lama wagt Revolution

Daramsala – Erst Ende April soll verkündet werden, wen die etwa 85 000 wahlberechtigten Exil-Tibeter als neuen Premierminister am vergangenen Wochenende gewählt haben. Nach 60 Jahren will der Dalai Lama seine politischen Aufgaben aufgeben und sich nur noch auf seine Aufgaben als geistiges Oberhaupt der Tibeter konzentrieren. Die von ihm angestrebte Trennung von geistlichem und politischem Amt ist bei den Tibetern völlig neu und stößt auch auf Widerstand. Doch der 75-jährige Dalai Lama meint: „Das jetzige System ist einfach nicht gut. Es hängt zu sehr von der Einstellung eines Individuums ab. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Jahrhunderte alte Tradition zu ändern.“ *Bel*

Ägypten: Geringe Beteiligung

Kairo – Beim Referendum am 19. März erhielt die unter der Ägide des ägyptischen Militärrats ausgearbeitete Verfassungsänderung rund 77 Prozent Ja-Stimmen. Vor allem ging es um erleichterte Zulassung von Kandidaten und Parteien und Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf höchstens zwei Mal vier Jahre. Die Beteiligung blieb mit 40 Prozent weit unter den Erwartungen. Präsidentschaftsbewerber Mohammed ElBaradei, der sich wie sein Konkurrent Amr Moussa, kleinere Oppositionsgruppen und Christen gegen die Teiländerung und für eine Gesamtrevision ausgesprochen hatte, wurde von Unbekannten mit Steinwürfen am Betreten des Wahllokals gehindert. Es wird jetzt befürchtet, dass bei baldigen Neuwahlen nur die Muslimbruderschaft und die Partei von Ex-Präsident Hosni Mubarak echte Chancen haben, weil bisher nur diese beiden einen Parteiapparat zur Verfügung haben. *RCK*

Seit dem 15. März gilt in Bahrain der Ausnahmezustand. Am Tag zuvor waren auf Anforderung der bahrainischen Regierung Truppen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate in den kleinen Inselstaat einmarschiert. Der „liberalste Staat“ der Region steht am Scheideweg.

Auch wenn die jetzigen Unruhen in Bahrain Mitte Februar begonnen haben, gibt es in diesem Kleinkönigreich schon seit längerem Proteste, zuletzt sind diese im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober letzten Jahres sehr stark aufgeflammt, als einige schiitische Aktivisten verhaftet wurden. Während in Tunesien und Ägypten die miserablen sozialen Verhältnisse mit ausschlaggebend für die Demokratiebewegung waren, hat Bahrain dank seiner immensen Öleinnahmen einen Lebensstandard, der sich westlichen Staaten annähert. Steuern gibt es keine, Arzt- und Schulbesuch sind kostenlos, ein Heer von etwa einer halben Million Ausländer erarbeitet den Wohlstand der etwa ebenso vielen bahrainischen Staatsbürger. Von diesen bekennen sich 70 Prozent zum schiitischen und 30 Prozent zum sunnitischen Islam. Von den ausländischen Arbeitnehmern, die vorwiegend aus Indien, Pakistan und den Philippinen stammen, sind die Mehrheit Sunniten und 20 Prozent Christen.

Der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten, der zugleich auch ein Konflikt zwischen dem Iran, der Schutzmacht der Schiiten, und Saudi-Arabien, der Schutzmacht der Sunniten, ist, unterscheidet den Aufstand in Bahrain von den Facebook-Revoluten in allen anderen arabischen Ländern. Als Inselstaat, dessen Hauptinsel seit 1986 durch einen Damm mit Saudi-Arabien verbunden ist, hat Bahrain auch alte Kontakte zu Persien, wel-

ches die Inselgruppe jahrhundertlang vor der britischen Inbesitznahme beherrscht hatte.

Bahrain unterscheidet sich von allen anderen Staaten der Region durch die Tatsache, dass dort als erstes die Ölreserven zu Ende gehen werden. Deshalb versucht das Land, andere Einnahmequellen für die Zukunft zu erschließen. Dazu gehört der Tourismus, aber auch die Profilierung als Finanzzentrum und eine weitgehende Öffnung

mer abgeschafft und damit die fast 500 000 ausländischen Arbeitnehmer aus einer de facto Leibeigenschaft gegenüber ihren Arbeitgebern befreit, die in anderen Golfstaaten für Ausländer immer noch andauert. Damals kam der größte Protest aus Saudi-Arabien. Mit der Aufhebung des Kafel-Systems bekamen Ausländer in Bahrain mehr Rechte als in allen anderen Staaten der Region. So wurden die Sicherheitsdienste für pakistanische und

Bahrain auch Proteste gegen eine Überfremdung des Landes durch die Integration der Ausländer. Solche Konflikte drohen über kurz oder lang allen Ölstaaten des Nahen Ostens, denn überall dort, einschließlich Saudi-Arabiens, nimmt die Zahl der Ausländer sehr stark zu.

Nutznießer der Verschärfung der Lage in Bahrain könnte Teheran sein. Einige schiitische Funktionäre, die die Unruhen in Bahrain

meisten von ihnen in der östlichen Ostprovinz, wo auch die wichtigsten Verladehäfen des Landes liegen. Diese Region grenzt an Bahrain. Auch unter den Schiiten Saudi-Arabiens hat es bereits Proteste gegeben, diese wurden bislang durch Verhaftungen und ein Demonstrationsverbot unterbunden.

Auch die Politik der USA, das bahrainische Königshaus zu einem gemäßigten Vorgehen zu bewegen, zuletzt durch einen persönlichen

Besuch des US-Verteidigungsministers Robert Gates, ist offenbar gescheitert. Ob nach dem Einmarsch der Golftruppen der von Kronprinz Salman bin Hamad bin Isa Al-Khalifa begonnene Nationale Dialog in Bahrain weitergehen kann, ist äußerst fraglich. Vertreter der schiitischen Bevölkerungsmehrheit in Bahrain bezeichneten die Ereignisse als Kriegserklärung. Die Reaktion des Iran, der Saudi-Arabien bereits seit längerem vor einem solchen Schritt gewarnt hat, bietet Grund zur Besorgnis. Es kursieren Gerüchte, dass die Partei Wafiq, die größte schiitische Partei Bahraíns, deren 18 (von insgesamt 40) Parlamentsabgeordnete seit den Protesten ihr Mandat ruhen lassen, ihrerseits nun die iranische Armee um Hilfe gebeten habe. Angesichts der Probleme des Iran mit der eigenen Demokratiebewegung, die mit brutaler Gewalt unterdrückt wird, könnten die iranischen Machthaber versucht sein, die Flucht nach vorn anzutreten und die Auseinandersetzung mit einem äußeren Feind zu suchen. Damit wäre der Konflikt in Bahrain neben dem bereits internationalisierten Konflikt in Libyen die zweite Revolte mit Potenzial zu einer weltweiten Auseinandersetzung. Da beide Konflikte sich in Regionen abspielen, die für die weltweite Energieversorgung unersetzlich sind, wäre zusätzliches Potenzial gegeben. *Bodo Bost*



Demonstration im Iran: Sie wollen den schiitischen Brüdern in Bahrain helfen.

Bild: pa

nach Westen. Das Land war der engste Verbündete des Westens bei den beiden Irakkriegen. Die USA halten in Bahrain ihren größten Flottenstützpunkt in der arabischen Welt. Bahrain ist sehr viel liberaler als andere Golfstaaten. König Hamad bin Isa Al Khalifa leitet bei seiner Machtübernahme weitgehende politische und soziale Reformen ein. Sein Nationaler Aktionsplan für die Demokratisierung fand 2001 in einer Volksabstimmung 98 Prozent Zustimmung. 2009 hatte Bahrain als erstes Land der Region das Kafel-(Bürger-)System für ausländische Arbeitneh-

syrische (sunnitische) Ausländer geöffnet, während einheimische Schiiten keinen Zugang zu diesen Diensten haben. Christen und Juden durften in Bahrain Gotteshäuser bauen, was sie sonst in der gesamten islamischen Welt nicht dürfen. Mit den Integrationsbemühungen für seine 50 Prozent Ausländer hat sich in Bahrain das traditionelle konfessionelle Verhältnis umgekehrt: Die Schiiten stellen jetzt nicht mehr 70 Prozent, sondern nur noch 30 Prozent der in Bahrain lebenden Bevölkerung. So gesehen sind die schiitischen Proteste gegen das sunnitische Königshaus in

steuern, residieren im Iran. Teheran erhebt immer mal wieder territoriale Ansprüche in Richtung Bahrain, auch mit dem zweiten Nachbarstaat Katar hat Bahrain territoriale Konflikte. Deshalb hat sich das bahrainische Königshaus sehr eng mit dem zweiten Königreich der Region, Saudi-Arabien, verbunden. Gerade Saudi-Arabien blickt mit großer Sorge auf die Proteste in Bahrain und fürchtet, dass die Unruhen auf die saudischen Ost-Provinzen übergreifen. Zwar machen Schiiten insgesamt nur etwa zehn Prozent der Einwohner Saudi-Arabiens aus, doch leben die

Wieder Brüder

Putin und Lukaschenko besiegeln AKW-Bau

Spätestens seit Bekanntwerden des Ausmaßes der Katastrophe im japanischen Fukushima steht die Kernkraft in ganz Europa auf dem Prüfstand. „Das Atomzeitalter geht zu Ende“, so der allgemeine Tenor. Doch wollen sich nicht alle Länder dieser Sichtweise anschließen, besonders nicht die Politiker diktatorischer oder halb-demokratisch gelenkter Staaten. Sowohl China als auch Russland und Weißrussland planen den Bau neuer Atomkraftwerke.

Bei einer Kurzvisite in Minsk verhandelte Russlands Premier Wladimir Putin mit dem wiedergewählten weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko über wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere in der Energieversorgung. Vorbei der Streit um Gaspreise, vorbei die, zuletzt in ehrabschneidender Weise erfolgten, gegenseitigen Beschuldigungen. Die Bruderländer bewegen sich wieder aufeinander zu. Dabei lobt Lukaschenko Putin über den grünen Klee, sieht in ihm den einzigen Politiker, der Russlands Geschicke positiv lenken könne. Der Grund für die Sympathiebezeugungen: Weißrussland wird auch in Zukunft Öl und Gas zu Freundschaftspreisen erhalten.

Putin versprach Lukaschenko ein Atomkraftwerk der neuesten Generation mit höchster Sicherheit. Russlands Kernkraftwerkbauer „Atomstrojexport“ erhielt den Auftrag, das auf sechs Milliarden US-Dollar geschätzte Projekt zu bauen. Finanziert wird es mit einem russischen Kredit.

Die Atomanlage mit einer Gesamtleistung von 2,4 Gigawatt soll in Ostrowez, nur 50 Kilometer von der litauischen Hauptstadt Wilna entfernt, entstehen und schon 2016 in Betrieb gehen. Lukaschenko verbindet mit einem eigenen Atomkraftwerk nicht nur größere Energiesicherheit und -unabhängigkeit, sondern auch die Möglichkeit, Überschüsse nach Polen und Litauen zu exportieren. Damit würde er in Konkurrenz zu den baltischen Staaten stehen, die selbst ein gemeinsames Kernkraftwerk planen. Wegen der Grenznähe der geplanten Anlage und weil zuvor keine bilateralen Beratungen stattgefunden haben, wie laut UN-Konvention vorgeschrieben, hat die litauische Regierung bereits eine Protestnote an Minsk gerichtet. Putin sagte Lukaschenko auch im Streit mit Litauen oder anderen EU-Ländern Unterstützung zu.

M. Rosenthal-Kappi

Unterstützung auch gegenüber EU-Staaten

AKW: Obama lässt weiter bauen

US-Präsident will Kernindustrie stärken – Vier neue Anlagen beschlossen

Es besteht keine Gefahr atomarer Strahlung für die Vereinigten Staaten“, betonte US-Präsident Barack Obama in einer öffentlichen Erklärung zur Beruhigung der durch die Nuklearkrise in Japan aufgeschreckten amerikanischen Bevölkerung. „Ich wiederhole: Keine Gefahr. Weder für Hawaii noch für die Westküste, Alaska oder sonstige Gebiete.“

Für letzten Freitag war das mögliche Eintreffen der von den Fukushima-Reaktoren entwichenen Strahlen in Kalifornien angekündigt, die allerdings auf der 5000-Meilen-Strecke über den Pazifik so geschwächt waren, dass, wie berichtet, ein Zahnarztbesuch mit Röntgen 50 Mal gefährlicher sei. Doch das hielt Massen besorgter Bürger – nachdem der von dem Tsunami aufgewühlte Ozean bereits auf Hawaii und in Nordkalifornien Schäden in Höhe von 60 Millionen US-Dollar angerichtet, ganze Häfen überschwemmt und Boote zertrümmert hatte – nicht ab. Geschäfte zu „stürmen“, „Nuke“-Pillen zu kaufen, die bei akuter Strahlung die von Krebs bedrohte Schilddrüse schützen. Dies geschah ausdrücklich gegen den Rat der Gesundheitsbehörden und der Ärzte, die warnen, dass die Pillen und nicht die kaum wahrnehmbaren Strahlen starke Gesundheitsschäden wie Erbrechen,

Herzattacken und Schwindel hervorrufen können und absolut nur für einen Ernstfall gedacht sind.

Die Krise hat jedoch auch in den USA die Debatte über die Gefahr von Kernreaktoren erneut entflammt. Die Amerikaner haben ihre eigenen dramatischen Erfahrungen mit dem Unfall am Kernkraftwerk „Three Mile Island“ bei Harrisburg, Pennsylvania, vom März 1979, nach Tschernobyl der schwerste Kernkraftvorfall überhaupt. Dort versagte, ähnlich wie jetzt in Fukushima, das Kühlsystem und radioaktive Strahlung trat aus. 180 000 Menschen wurden evakuiert. Ausgerechnet, nachdem zwölf Tage zuvor der bekannte Anti-Atom-Film „China-Syndrom“ angelaufen war, in dem Jane Fonda und Michael Douglas als Reporter eine drohende Kernreaktor-Katastrophe aufdecken und ein Sachverständiger bemerkt, dass „ein Durchbrennen des Reaktors ein Gebiet wie Pennsylvania für Jahre unbewohnbar“ machen würde. Der Reaktor wurde am Ende unter Kontrolle gebracht. Kosten: 2,5 Milliarden US-Dollar. Aber die Krise stoppte den Bau weiterer geplanter Kernkraftwerke, startete mit Groß-Demonstrationen

eine internationale Protestbewegung und sorgte für eine Überholung der Sicherheitsmaßnahmen.

Doch wie sicher sind die hochsensiblen Anlagen wirklich? In den 104 US-Reaktoren gab es seit 1961 außer in „Three Mile“ elf leichtere Unfälle. Den letzten im Februar 2010 an der Vermont Yankee Nuclear Power Plant“, wo radioaktives Tritium ins Grundwasser sickerte,

was mit 700 Millionen Dollar behoben werden konnte. 2006 gab die Atom-Behörde in Washington Sicherheitsanweisungen für eine

Hysterie hat auch USA erreicht: Viele kauften »Nuke«-Pillen

Nuklearkatastrophe heraus. Aber gedacht war dabei an einen Terror-Akt. Japan hat nun wieder die Furcht auf jene Reaktoren konzentriert, die in der Nähe von Erdspalten gebaut sind wie San Diablo und San Onofre in Kalifornien. Beide können einem Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala widerstehen. Für beide Werke, die 15 Prozent von Kaliforniens Elektrizität liefern, wurden aber seobene neuen Sicherheitskontrollen und eine Überprüfung der Lizenzverlängerung gefordert, da diverse Pannen in den letzten Jahren Anlass zu Besorgnis gegeben hatten. Doch nicht selten werden neue Spalten entdeckt. Wie bei San Diablo, was in

den 80er Jahren mit der „Abalon Alliance“-Protestbewegung zu der größten Massendemonstration in der Geschichte der US-Nuklearindustrie geführt hatte. Heute gibt es an die sieben Anti-Atom-Gruppen in den USA. Darunter neben „Greenpeace“ die „No-Nukes-Group“ und die „Musicians United for Safe Energy“. Doch Proteste finden eher gegen atomare Kriegführung statt. Deshalb bedeutet die Katastrophe von Fukushima einen empfindlichen Rückschlag für Präsident Obama, der sich zum Ziel gemacht hat, Amerikas Abhängigkeit von ausländischem Öl (über 50 Prozent) stark zu reduzieren. Er setzt auf Wind- und Solar-Anlagen, natürliches Gas, saubere Kohle ... und vor allem auf Kernkraft. Vier neue Projekte waren vor kurzem beschlossen worden, doch nun wird erst einmal nur eines in Bau gehen. Obama ist jedoch nicht gewillt, sich von der Tragödie in Japan beirren zu lassen: „Wir sind dabei, von der japanischen Erfahrung zu lernen“, ließ er durch seinen Energieminister Steven Chu erklären. „Doch werden wir weiter daran arbeiten, Amerikas Kernindustrie zu stärken. Es ist heutzutage unverzichtbar, alle Arten der Energie-Gewinnung zu nutzen, auch die nukleare. Und letztlich birgt jede Form von Energie in sich ein Risiko.“ *Liselotte Millauer*

Auf der Jagd nach Eigenkapital

Rettet »Basel III« vor der nächsten Krise? – »Schattenbanken« bleiben das größte Risiko

„Basel III“ schreibt den Banken höhere und qualitativ höherwertige Eigenkapitalquoten vor, um künftigen Krisen besser begegnen zu können. Doch derzeit wissen die noch immer von der Bankenkrise geschwächten Kreditinstitute größtenteils nicht, wie sie sich das Eigenkapital beschaffen sollen, so sie denn ihre Geschäfte nicht einschränken wollen. Hierbei droht die Kreativität der Bank wieder neue Blüten zu schlagen.

Die Finanzkrise 2008 hat bisher zu rund 200 nationalen und internationalen „Rettungspaketen“ geführt – deren Sinnhaftigkeit umstritten ist. Denn Rückkurse sind sich nicht einmal einig, ob man es 2008 mit einer „Systemkrise“ oder „nur“ mit dem Fehlverhalten von Marktteilnehmern zu tun hatte.

Einig ist man sich aber, dass zu niedrige Eigenkapitalquoten der Banken Grundvoraussetzung waren und sind. Doch wusste man das nicht schon lange? Bereits 1974, nach der durch Fehlspekulationen verursachten Pleite der Kölner Herstatt-Bank, wurde am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel ein Ausschuss eingerichtet, in dem die (damals) wichtigsten zehn Industrienationen Richtlinien ausarbeiten sollten. Diese mündeten 1988, als die Eigenkapitalquoten selbst der wichtigsten Banken bereits auf kritisches Niveau gesunken waren, in ein Abkommen.

Die Eigenkapitalquote, das Verhältnis des Eigenkapitals einer Bank zu den Forderungen an ihre Schuldner, zeigt an,

wie sehr das Institut durch allfällige Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern gefährdet ist. Um Bankzusammenbrüchen vorzubeugen, sah daher „Basel I“, das internationaler Standard wurde, neben einer strengeren Bankenaufsicht vor, dass den nach Risikostufen gewichteten Bankforderungen Mindestquoten an Eigenkapital und längerfristigen Fremdkapital entsprechen sollten. Verschlechtern kann sich somit die Kapitalquote entweder durch eigene Verluste oder – was in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich der Fall war – durch Ausweitung des Geschäftsvolumens.

Anfang 2007 wurde als „Basel II“ ein noch komplexeres Paket für die Banken in der EU verbindlich. Doch just die USA, die auf Basel II gedrängt hatten, wollten erst 2008 beginnen – und dann warf die Krise alles über den Haufen. Etl-

„systemrelevant“, um sie einfach in Konkurs gehen zu lassen, und das Schlagwort „too big to fail“ macht seither die Runde, um weitere Staatshilfen vor den Steuerzahlern zu „rechtfertigen“.

Einschränkung der Kreditvergabe trafe zuerst Mittelstand

Für „Basel III“, das Ende 2010 in vorläufiger Fassung präsentiert wurde und ab 2013 wirksam werden soll, will die EU bis zum Sommer die Details ausarbeiten. Es geht erneut um Erhöhung der Mindestkapitalquoten und Verschärfung der Aufsicht.

„Hybridkapital“, das unter Basel II bis zu 15 Prozent des Kernkapitals ausmachen durfte, soll nicht mehr zum Kernkapital

zählen. Hybridkapital, auch „Coco-Bonds“ („convertible bonds“), sind Wandelanleihen, die bei Unterschreiten der Kapitalquoten automatisch zu Bankaktien werden und so die Kapitalquote verschönern. Wie umstritten „Coco-Bonds“ sind, zeigt die aktuelle Diskussion in der Schweiz – wo aber ohnehin Eigenkapitalquoten weit über denen von Basel-III Vorschrift sind.

Doch wie kann man die Kapitalquoten verbessern? Durch neues Kapital oder durch Reduzierung des Kreditvolumens. Basel III geht primär von Kapitalerhöhungen durch Einbehaltung von Erträgen aus. Doch eher wird man neue Aktionäre brauchen. Diverse internationale Fonds, darunter „Staatsfonds“ fragwürdiger Machthaber, lauern schon. Und private Kleinanleger, die volkswirtschaftlich wünschens-

werter wären, neigen in Krisenzeiten ohnehin zu konventionelleren Sparformen. Eine Einschränkung der Kreditvergabe wiederum bremst das Wirtschaftswachstum – und trifft primär Klein- und Mittelbetriebe (KMU), die im Durchschnitt mehr Kreditbedarf haben als Großbetriebe und höhere Zinsen zahlen müssen.

Die größten Risiken der „globalisierten Welt“ stecken aber im „grauen Kapitalmarkt“: Die „Schattenbanken“, das sind „Investment-Häuser“, „Hedgefonds“ und Stiftungen, unterstehen nämlich keiner Bankenaufsicht, sind äußerst flexibel und verwalten riesige Summen – allein in den USA mit 16 Billionen Dollar mehr als der gesamte Banksektor mit 13 Billionen. Berlin und Paris wollen die Fonds zwar kontrollieren, aber London und Washington – genauer

gesagt: New York und Chicago – legen sich quer. Und einseitige Kontrollen bringen gar nichts, denn Fonds haben nur sehr wenige Mitarbeiter und können jederzeit in „Oasen“ ausweichen.

Doch just die Vorschriften für reguläre Banken bringen ihnen zusätzliches Geschäft: Denn zur Erfüllung der Kapitalquote wählen Banken auch einen dritten Weg: Sie verkaufen riskante Forderungen gebündelt an den grauen Kapitalmarkt, der sie – wie vor der amerikanischen Hypothekenkrise – in Anteile verbrieft und weiterverkauft.

Wohin die Risiken wandern, bleibt im Dunkeln. Sicher ist nur wie eh und je: Den Letzten beißen die Hunde.

R. G. Kerschhofer



Droht Rückkehr der „Heuschrecken“? Hedgefonds verfügen über gewaltige Summen, die die Banken gern hätten. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Aufwind im Rotorwald: Schon seit Monaten liegen die Wünsche der Stromerzeuger, die in Windparks in der Ostsee investieren wollen, der Regierung vor. Doch der öffentliche Druck bezüglich eines baldigen Atomausstiegs nach den Vorfällen in Japan bringt nun das Anliegen der Windbauern wieder nach oben auf die politische Agenda. Da Windparks vor der Küste höhere Baukosten verursachen und der Ausbau wegen mangelnder Finanzierung nur schleppend läuft, soll die Vergütung pro Kilowattstunde im Erneuerbare-Energien-Gesetz von 15 Cent auf 18 Cent erhöht werden. Zwar soll die staatliche Förderung dann auch von 14 auf neun Jahre verkürzt werden, doch das erleichtert es den Unternehmen auch, die dann abgeschriebenen Anlagen zu Marktpreisen zu verkaufen. *Bel*

Nach Mitglieder- nun Mitarbeiterchwund: Nachdem die defizitär arbeitende Krankenkasse DAK in den letzten Monaten nach Erhebung eines Zusatzbeitrages rund 500.000 Mitglieder verloren hat, soll nun gezielt die Zahl der Mitarbeiter reduziert werden. DAK-Chef Herbert Rebscher verweist aber darauf, hier über Erfahrungen zu verfügen, schließlich habe die DAK seit 2004 rund 3000 Stellen „sozialvertraglich abgebaut“. Weniger Erfahrungen hat die Krankenkasse allerdings beim Inkasso von säumigen Zusatzbeiträgen. Jene 220.000 Mitglieder, die ihre Zusatzbeiträge nicht bezahlt haben, werden nun von Hauptzollämtern, die die DAK mit dem Inkassoverfahren beauftragt hat, angemahnt. Diese Zusammenarbeit kostet die DAK nichts, da die säumigen Zahler den Arbeitsaufwand in Rechnung gestellt bekommen. *Bel*

Bundesfinanzagentur mit Sicherheitsleck: Der „Chaos Computer Club“ hat auf eine Sicherheitslücke innerhalb der Internetpräsenz der Bundesfinanzagentur, dem zentralen Dienstleister für die Kreditaufnahme des Bundes, aufmerksam gemacht. Seit 2009 soll es möglich gewesen sein, auf der Seite der Agentur eigene Angebote für Geldgeschäfte einzustellen und die Angebote der Finanzagentur zu verändern. *N.H.*

Geldvernichter

Kursgewinne bei Solarfirmen nur Blase

Nach dem Reaktorunfall in Japan und dem in Deutschland verkündeten Kernenergie-Moratorium haben die Aktienkurse von Solarunternehmen massiv zugelegt. Anleger erwarten, dass nach den bereits vereinbarten Kürzungen bei der Einspeisevergütung alternative Energiegewinnung wieder stärker gefördert wird. Fraglich ist allerdings, wie begründet diese Hoffnung ist: In den letzten Tagen führten Solaraktien spektakulär die Rangliste der Kursgewinner an – eine andere Rangliste ist indes etwas in den Hintergrund geraten: Die Anlegerschutzvereinigung DSW hat eine Liste der börsennotierten Unternehmen veröffentlicht, die in den letzten fünf Jahren Kapital vernichtet haben. Auch dort waren Solarfirmen stark vertreten – als Geldvernichter. Einen zweifelhaften Spitzenplatz nimmt ein Berliner Solar-Unternehmen ein, das das Kapital der Anleger zu 90 Prozent verminderte.

Nach Ansicht der DSW-Experten hat es in diesem Bereich eine Blasenbildung gegeben, aus der nun die Luft entweicht. Nicht nur in

Deutschland scheint eine Aufrechterhaltung der üppigen Subventionen ausgeschlossen – auch Frankreich und Italien haben angesichts klammer Kassen inzwischen Kürzungen bei der Förderung vorgenommen. Die deutschen Verbraucher wird die zu zahlende Ökostromförderung 2011 rund 13,5 Milliarden Euro kosten. Einen überproportional hohen Anteil

China profitiert von deutscher Politik

darin hat der Solarstrom, der aufgrund geringer Effizienz nur ein Prozent von der erzeugten Strommenge beiträgt. Überlebensfähig ist die deutsche Solarbranche ohne Subventionierung nach wie vor nicht – der Druck durch Wettbewerber nimmt sogar zu. Vor allem chinesische Anbieter, die von der deutschen Subventionswirtschaft profitieren, überschwemmen den Markt – der Preis für Solarmodule ist im letzten Jahr um fast 15 Prozent gesunken. Eine Studie des Beratungsunternehmens Photon Consulting aus dem Jahr 2010 prophezeit, dass weltweit nur einige große Solarunternehmen die nächsten Jahre überleben werden – darunter nur einige wenige deutsche Anbieter. *Norman Hanert*

Air Berlin geht fremd

Konkurrenz nimmt Lufthansa in die Zange

Die internationale Luftfahrtallianz Oneworld bekommt Zuwachs: Deutschlands zweitgrößte Fluggesellschaft Air Berlin hat ihren Beitritt zur der von British Airways angeführten Gruppe bekannt gegeben, zu der Gesellschaften wie Quantas, Finnair und Iberia gehören. Konkurrenten von Oneworld sind das von der Lufthansa

Gemeinsamer Konkurrent eint

te Partner im mitteleuropäischen Raum gefunden. In den letzten Jahren hatte die Lufthansa mit dem Zukauf von Fluggesellschaften eine deutlich glücklichere Hand als die Konkurrenz bewiesen. Die Integration der 2005 gekauften „Swiss“ ist gelungen. Das einstige Problemunternehmen fliegt wieder profitabel. Ähnliches zeichnet sich bei der österreichischen AUA ab. Beide Gesellschaften wurden erfolgreich nach der Übernahme in die Lufthansa und in das von ihr dominierte Bündnis Star Alliance integriert. Neben den Dreescheiben Frankfurt und München ist Zürich eine wichtige Basis für den deutschen Konzern geworden, der ein Einzugsgebiet bis Norditalien hat und dem Skyteam-Mitglied Alitalia inzwischen erfolgreich Kunden abjagt.

Sowohl die Oneworld-Gruppe als auch das Skyteam haben im europäischen Raum bisher keinen starken Partner finden können, um der Lufthansa Paroli bieten zu können. Mit Air Berlin könnte sich dies zumindest für die Oneworld-Gruppe ab 2012 ändern. *N.H.*

Abu Dhabi steigt ein

Blohm + Voss: Marinetechnik im Ausverkauf

Die Verkaufsverhandlungen für die letzte der einst zahlreichen Hamburger Großwerften stehen vor dem Abschluss. Einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ zufolge kann schon im April der Verkauf der Blohm+Voss-Werft von ThyssenKrupp an die arabische Schiffbaugruppe Abu Dhabi Mar erfolgen.

Vollständig übernehmen wird der arabische Käufer die zivile Schiffbauparte der Werft. Angekündigt hatte ThyssenKrupp den Verkauf bereits 2009, allerdings traten immer wieder Verzögerungen auf. Grund war unter anderem die Einbeziehung des Staatsfonds Mubadala des Emirats Abu Dhabi in die Verkaufsverhandlungen. Ebenfalls soll die Bundesregierung darauf bestanden haben, dass der Erwerb durch die arabischen Käufer über eine Staatsgarantie abgesichert wird, um eine solide Finanzierung des Geschäfts sicherzustellen. Hintergrund ist, dass Blohm + Voss auch nach dem Verkauf weiterhin ein Lieferant für die Bundesmarine sein wird. Mit dem Verkauf zieht sich ThyssenKrupp weitgehend aus dem

Schiffbau zurück. Im Konzern verbleiben wird nur der Bau von U-Booten bei der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) sowie eine Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen mit den arabischen Investoren, in dem Kriegsschiffe wie Fregatten und Korvetten gebaut werden.

In der militärischen Sparte von Blohm + Voss kann auch der eigentliche Grund für den Einstieg des Staatsfonds Mubadala gesehen werden. Mit dem Kauf sichern sich die arabischen Investoren einen Zugang zu entwickelten militärischen Technologien im Überwasserkriegsschiffbau. Ein strategisches Interesse kann auch bei der vereinbarten Kaufoption für den U-Boothersteller HDW vermutet werden. Die arabischen Investoren sollen eine Option zur Beteiligung an der Howaldtswerke-Deutsche Werft erhalten haben – diese Beteiligung soll aber auf 25 Prozent begrenzt bleiben. HDW ist weltweit führend beim Bau nicht-nuklearer U-Boote – Zugriff auf das Tafelsilber der deutschen Marinetechnik also in Zukunft nicht ausgeschlossen. *N.H.*

Zukunft verprasst

Von Rebecca Bellano

Es verwundert doch ein wenig, wenn man liest, dass die Bundesregierung plant, den Rentenbeitrag zu senken. Hieß es nicht noch vor kurzem, dass die Rentenkasse vor dem Kollaps stehe und wegen der Alterung der deutschen Gesellschaft das Geld bald nicht mehr reichen würde und die Menschen länger arbeiten müssen?

Offenbar gibt es da ein Gesetz, das die Politik „zwingt“, den Rentenbeitrag zu senken sobald in der Kasse eine Reserve von einhalb Monatsausgaben vorhanden ist. Eineinhalb Monatsausgaben? Das ist ja fast nichts angesichts des Umstandes, dass

Deutschland immer älter wird, und auch die derzeit gute Konjunktur schneller vorbei sein könnte, als man schauen kann. Wäre es nicht sinnvoll, endlich mal ein echtes finanzielles Polster anzusparen, um für die Herausforderungen der Zukunft besser gewappnet zu sein? Lieber in guten Zeiten den Rentenbeitrag so lassen, wie er derzeit ist, als in schlechten Zeiten Rentenkürzungen durchsetzen, das wäre doch eine eigentlich logische Schlussfolgerung. Aber gespart wird in diesem Land schon lange nicht mehr, egal ob Bund, Länder oder Kommunen. Wieso sollte es bei Rentenkasse anders sein?

Faule Ausflucht

Von Jan Heitmann

Es wird lange dauern, bis der Ärger und die Enttäuschung der Nato-Partner über die Enthaltung der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat in der Libyen-Frage veriraucht sein werden. Die Bundesregierung hat dennoch eine Entscheidung gefällt, für die wir ihr möglicherweise eines Tages dankbar sein werden. Nämlich dann, wenn aus Libyen ein zweites Afghanistan geworden ist. So weit muss es nicht kommen, aber ausgeschlossen ist es nicht.

Um einer drohenden Isolation im Bündnis zu entgehen, will die Regierung nun 300 Soldaten für die Awacs-Aufklärungsmaschinen der Nato bereitstellen, die den Luftraum über Afghanistan überwachen. Dieses Angebot allerdings muss von den Verbündeten als blanker Hohn empfunden werden. Im Sommer 2009 hatte das Parlament die

Beteiligung der Bundeswehr an Awacs-Flügen gestattet. Wegen fehlender Überfluggenehmigungen von Aserbeidschan und Turkmenistan kam das fliegende Radarsystem jedoch nie zum Einsatz. Was damals noch mit vielen Bedenken und nur befristet möglich war, soll heute – aus purem Opportunismus – eine Selbstverständlichkeit sein.

Während Nato-Piloten am libyschen Himmel ihr Leben riskieren, sollen deutsche Soldaten also in Awacs-Maschinen am Hindukusch fliegen. Darin sitzt man nicht nur warm und trocken, sondern vor allem auch sicher. Denn das Aufklärungsradar hat eine Reichweite von fast 500 Kilometern, so dass die Maschinen außerhalb der Gefahrenzone bleiben können. Den Respekt der Bündnispartner wird man mit diesem Beitrag sicherlich nicht erringen.

Atomdebatte: Flach und verkürzt

Von Wilhelm v. Gottberg

Der öffentliche Diskurs über die weitere Nutzung der Kernenergie ist gekennzeichnet durch Populismus, Verantwortungslosigkeit, wahlaktische Erwägungen und dem Ausblenden wichtiger Zukunftsfragen. Rot-Rot-Grün möchte so rasch wie möglich alle Atommeiler abschalten. Die ältesten Kernkraftwerke sollten schon 2010 vom Netz gehen. Für die noch mit Restlaufzeiten weiter produzierenden Anlagen war – verständlicherweise – ein umfassender Sicherheitscheck nicht vorgesehen.

Der Anti-Atomstimmung im Lande folgend – die von Jürgen Trittin, Sigmar Gabriel und Co. kräftig befeuert wurde – vermittelte man den Menschen die Gewissheit, dass zukünftig eine ausreichende Energieversorgung durch Wind, Sonne, Wasser und nachwachsende Rohstoffe zu be-

werkstelligen sei. Die Realität sieht anders aus. Wie schwer heute der Bau von konventionellen Kraftwerken wegen des CO₂-Ausstoßes durchzusetzen ist, zeigte das im Bau befindliche Kohlekraftwerk Moorburg bei Hamburg. Wir geben Milliarden Euro für den Klimaschutz aus; Verhinderung des CO₂-Ausstoßes! Neue Kraftwerke emittieren CO₂, die Atommeiler haben diesen Nachteil nicht.

Weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb macht den Menschen hinreichend deutlich, dass die ganze Debatte um die weitere Nutzung der Kernenergie sinnlose Zeitvergeudung ist, solange diese Erörterung nicht global geführt wird. Es bringt den Deutschen nicht mehr Sicherheit, wenn nur hier im Lan-

de die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Nur eine europaweite Abschaltung bringt mehr Sicherheit. Dies wird nicht geschehen, da Frankreich und Russland weiter auf die Kernenergie setzen.

Nun kann es zu der absurden Situation kommen, dass Deutschland junge, mit hoher Sicherheitstechnik ausgestattete Atommeiler abschaltet, Frankreich aber veraltete, störanfällige Anlagen weiterlaufen lässt.

Die Regierung Merkel-Westerwelle hat sich unter dem Druck der Ereignisse und der Anti-Atomstimmung im Lande mit einer 180-Grad-Wendung von ihrer bisherigen Kernkraftstrategie verabschiedet. Jetzt werden Meiler abgeschaltet, die restlichen bekommen eine intensive Sicher-

heitsüberprüfung und Nachrüstungsauflagen. Warum hat man dies nicht vor der Laufzeitverlängerung im Herbst 2010 veranlasst? Überzeugend ist diese Wendepolitik nicht. Sie wird kaum vor Stimmenverlusten bei den bevorstehenden Landtagswahlen schützen.

Wenn der Wunsch in der Bevölkerung nach Ausstieg aus der Kernkraft die Politik zum Handeln zwingt, dann gehört zu einer glaubwürdigen Politik, den Menschen die daraus resultierenden Konsequenzen wahrheitsgetreu zu vermitteln.

1. Erhöhung der Strompreise. 2. Import von Atomstrom aus dem Ausland. 3. Das Unfallrisiko bei den Atommeilern besteht weiter. 4. Die Export-Nation Deutschland gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. 5. Die Gewinnung von Energie aus regenerativen Rohstoffen stößt an ihre Grenzen.



Wenn Energieerzeugung doch so einfach wäre: Man nehme ein Windrad, stelle es dorthin, wo es weht, und fertig ist die Stromproduktion. Und wenn man mehr Strom braucht, nimmt man einfach mehr Windräder. Doch was scheinbar so simpel ist, kann niemals, auch zusammen mit anderen erneuerbaren Energieträgern, allein den Strombedarf einer Export-Nation mit 82 Millionen Einwohnern decken.

Bild: Masterfile

Kurz vor der Wahl in Baden-Württemberg und bevor alle nur noch Grün wählen, mobilisiert SPD-Chef Sigmar Gabriel noch einmal die letzten Reserven: Kinder und Jugendliche, die schon in der Schule Umweltschutz-Plakate malen, und denen Bücher und Kinderfilme die Welt seit langem einteilen in gute Menschen und finstere Industrielle, die an den schönsten Stellen Deutschlands Fabriken, Straßen und Atomkraftwerke bauen, nur um Geld zu scheffeln. Da ziehen sie, aufgewühlt von den Fernsehberichten über Japan, vor die deutschen Kernkraftwerke und bilden eine Menschenkette, und das Fernsehen ist dabei, und Gabriel kann hoffen, mit Hilfe der liebenswerten Jungen und Mädchen wenigstens einen kleinen Prozentsatz der Wähler von den Grünen weg und zur SPD zu locken. Wahlkampf mit 10.000 Toten! Missbrauch der Jugend wie damals, 1958: Da läuteten SPD und Gewerkschaften den „Kampf gegen den Atomtod“ ein, und die Kommunisten jubelten fröhlich mit: „Wir wollen Frieden auf lange Dauer / Nieder mit Strauß, / Nieder mit Adenauer! / Keine Raketen, keine Atome! / Wir fordern die atomfreie Zone!“

Also nur noch Moleküle? Das war kein Kindervers, sondern ein Beitrag der Kommunisten für die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung. Keine Atome. Angeblich sollten Hamburger Hafenarbeiter diesen Spruch auf Transparenten mitgeführt haben, und kein Geringerer als Hanns Eisler hatte die Melodie zu diesem Propagandagiedchen geschrieben, das die „Friedensfreunde“ in der Bundesrepublik begeistert nachsungen. Damals ging es um Atomwaffen, 30 Jahre später ging es den Nachfolgern der Friedensbewegung um Atomkraft. Kernkraftwerke für die Stromversorgung. Auch die sollte die Bundesrepublik nicht bauen dürfen, verkündete die „Friedensbe-



Moment mal!

Kampf gegen die Maschinen hat eine lange Vorgeschichte

wegung“, obwohl man in der DDR, von wo aus diese Bewegung unterstützt und gesteuert wurde, selber ein Atomkraftwerk unterhielt, bei Greifswald. Und sowjetische Atombomben waren ja „Friedensbomben“, und ein Atomkraftwerk im Kommunismusland musste einfach sicherer sein als ein von den „Konzernen“ und „Multis“ aus Profitgier gebautes in der Bundesrepublik Deutschland. Die Argumentation war und ist immer auch anti-industriell. Hitler modernisierte die deutsche Industrie nachhaltig, aber die Hitlerjugend, deren Führer sich auf die Wandervogelbewegung und ihren Naturkult beriefen („Aus grauer Städte Mauern ...“), propagierte weiter das gesunde Leben auf dem Lande. Kalte Duschen,

Abhärtung und körperliche Arbeit im Freien. Gegen die verweichlichte Zivilisation, die man besonders im Westen um sich greifen sah. Der Kampf gegen die Maschinen hatte eine lange Vorgeschichte. Maschinenstürmer hießen die Ahnen der Grünen.

Nachdem die Engländer im 19. Jahrhundert das industrielle Zeitalter eröffnet hatten, und die deutschen Unternehmer sich beeilten, den Anschluss an die Entwicklung nicht zu verpassen, gab es schon früh auch eine anti-industrielle Bewegung. Sie fand insbesondere bei deutschen gebildeten Kleinbürgern Anhänger. Die deutschen

Denker und Dichter und ihr Publikum, die Oberlehrer und Oberschüler, von „Des Knaben Wunderhorn“ entzückt und stets auf Suche nach der blauen Blume, warfen sich mit voller Kraft in den Kampf gegen die Maschinen. Zusammen mit den rückständigen bäuerlichen Schichten kämpften sie, wahrhaftige Vorläufer der heutigen Bürgerinitiativen, gegen die erste Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth. Gegen die „gefährlichen“, zehn Kilometer in der Stunde zurücklegenden, Dampf und Ruß spuckenden Lokomotiven und das die ganze Landschaft verschmutzende Teufelswerk. Da haben wir schon den Begriff „Umweltverschmutzung“. Schmutzig ist das Böse. Die Natur ist sauber. Die Deutschen wollten es auch sein, nachdem sie, mehr als ein Jahrhundert lang und in immer neuen Ausgaben übersetzt, Rousseaus „Emile oder Über die Erziehung“ gelesen hatten.

Die Schüler des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau und der Jugendbewegung überlebten zwei Weltkriege und haben ihre Ideale – und Aversionen – weiter. Besonders in Deutschland. Dreimal dürfen Sie raten, warum. Gewiss, die Funktionäre wie Jürgen Trittin, Joschka Fischer, Antje Vollmer und viele andere waren Kommunisten, kamen aus den sogenannten K-Gruppen (KBW, KB, KPD/ML, Maoisten und „Revolutionärer Kampf“), die sich nach dem Zerfall der 68er gebildet hatten. Sie traten gezielt in die neugegründete Öko-Partei von Müsli-Essern ein, eroberten

die Macht und die Partei, bis heute. Die Basis ist weiterhin deutsch, grün – und blauäugig. Keine Raketen, keine Atome. Dazu kam Tschernobyl. Nun die Wiederholung der Katastrophe in Fukushima.

Aber nicht einmal in Russland und den schwer von den Folgen des Reaktor-Unfalls betroffenen Regionen gab es eine solche (von den Massenmedien entfachte und monatelang geschürte) Panik in der Bevölkerung wie ausgerechnet in Deutschland, das kein einziges Opfer der Katastrophe zu beklagen hatte. Sind nur Deutsche besonders besorgt um ihre Kinder und die anderen Völker in Europa und der Welt, in China, Russland und Brasilien leichtsinnig, ja fahrlässig?

Oder waren nicht vielmehr unsere öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten, Zeitungen und Zeitschriften leichtsinnig und fahrlässig im fast stündlichen Verbreiten von Schreckens-Meldungen und Kommentaren? Jedenfalls gab Tschernobyl der grünen Anti-Kernkraft-Bewegung einen außergewöhnlichen Auftrieb, der schließlich dazu ausreichte, bei der Regierungsbildung von 1998 die vorzeitige Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke bei ihrem Koalitionspartner durchzusetzen. Dieser Ausstieg wurde während der Großen Koalition festgeschrieben. Einmalig in der Welt, während die großen In-

dustrienationen und die asiatischen Aufsteigerländer massenhaft Atomkraftwerke bauen. Warum herrscht nur in Deutschland eine fast tägliche Panikmache? Es scheint, als wenn manche Propagandisten auf die Katastrophe in Japan geradezu gewartet hätten. Des Rätsels Lösung: Durch Verbreitung von Angst entsteht Macht. Die stürmisch wachsende Macht der Grünen beruht auf der Verbreitung von Angst. Angst, wie einst vor den Lokomotiven von Nürnberg und Fürth. Sauber wollten die Ahnen der heutigen Umweltschützer sein. Sauber sollen wir bis heute sein. Und Kohlekraftwerke lehnen wir ebenfalls ab, wegen des „Klimakillers“ CO₂. Wie also weiter nach Fukushima?

Die großen Industrienationen China und Russland, aber auch Frankreich, verschärfen nach der japanischen Katastrophe ihre Kontrollen und bauen neue Kernkraftwerke. Die Deutschen aber, wenn es nach der aufgeregten Stimmung der Medien ginge, wollen „alles abschalten“. Warum?

Wegen Rousseau? Der heilen Natur? Der Sauberkeit der Luft? Dann dürfte kein Kohlekraftwerk mehr in Betrieb sein. Wegen der Luftblase der „erneuerbaren Energien“ wie Sonne, Wind und Schnaps, die mit Ach und Krach und Milliarden-Zuschüssen gerademal 16 Prozent der Energie liefern? Sie werden die Energielücke nie schließen können, auch wenn wir den Wald vor lauter Windmühlen nicht mehr sehen können. Sie werden „Atomstrom“ aus Frankreich importieren. Keine Atome, keine Gene. Zurück zur Natur, das Essen kommt aus dem Bioladen und der Strom ... aus der Steckdose. Der gute Deutsche ist industriefreudig ohne Grund. Er braucht auch keinen. Deutschland heißt ja, eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Die Angst der einen ist die Macht der anderen

Von KLAUS RAINER RÖHL

Statt deutschem Atomstrom, Strom aus ... der Steckdose

Ein harmonisches Ensemble

In Rheinsberg werden im Sommer viele Musikfreunde erwartet – Auch Schloss und Park haben viel zu bieten

Rund um Berlin und Potsdam gibt es einzigartige Schloss- und Gartenanlagen, die heute zum UNESCO-Welterbe zählen und alljährlich Millionen Besucher aus aller Welt anlocken. Wie kein anderes Schloss besticht Schloss Rheinsberg durch seine malerische Lage am Grienericksee. Hier verbinden sich Natur, Architektur und Kunst zu einem harmonischen Ensemble.

Friedrich der Große verbrachte als Kronprinz die glücklichste Zeit seines Lebens in Rheinsberg. Sein 14 Jahre jüngerer Bruder Heinrich schuf hier einen bedeutenden Musenhof und prägte nachhaltig Schloss und Garten im Stil des frühen Klassizismus. „Ich bin sehr ruhig hier“, schrieb Heinrich 1764, „denn mein Garten ist von zauberhafter Schönheit.“ – In diesem Land wüsste ich keinen angeneh-

»Mein Garten ist von zauberhafter Schönheit«

meren Aufenthalt für mich.“ Fast 250 Jahre später schreibt Marina Heilmeyer über den Park von Rheinsberg: „Es gibt keinen zweiten Garten in Deutschland, in dem man den Veränderungen des Naturverständnisses in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und dem Übergang vom barocken Lustgarten zum englischen Landschaftspark so deutlich nachspüren kann, wie in Rheinsberg.“ Ihr mit opulenten Fotografien von Hans Bach ausgestatteter Band aus dem Prestel-Verlag führt durch die faszinierenden Gärten der preußischen Könige von Schloss Charlottenburg und Glienicke in Berlin, Sanssouci und Babelsberg in Potsdam, von Caputh, Oranienburg, Paretz oder Rheinsberg. Mit den fundierten Texten vermittelt die Kunsthistorikerin Heilmeyer neben den gestalterischen Prinzipien, die den Anlagen zugrunde liegen, auch reiches historisches Hintergrundwissen.

Auch heute kann sich kaum ein Besucher dem Charme Rheinsbergs entziehen. Die Namen berühmter Persönlichkeiten sind mit ihm verbunden. In seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ setzte Theodor Fon-

tane der Stadt ein literarisches Denkmal und bald darauf machte Kurt Tucholsky Rheinsberg zu einem charmananten Ort der Erfüllung unbeschwerter Liebe. Der Komponist Siegfried Matthus, geboren in Mallenuppen, Kreis Darkehmen, später Angerapp, gründete vor gut 20 Jahren an diesem historischen Ort das Internationale Opernfestival junger Sänger. Rheinsberg wurde Festivalstadt und Gastgeber für die Weltelite des Sängernachwuchses.

Wer in diesen Tagen durch den Schlosspark von Rheinsberg spaziert, der wird allenfalls von den Regentropfen fasziniert sein, die, wie Diamanten blitzend, an den kahlen Zweigen der Bäume hängen. Kaum vorstellbar, dass hier einmal wieder Menschen flanieren werden, die sich an der Natur erfreuen und den Ausblick auf das Schloss und seine Nebengebäude genießen. Kaum vorstellbar auch, dass hier in wenigen Monaten junge Sängerinnen und Sänger für ihren großen Auftritt proben werden.

Wieder gab es viele Anmeldungen junger Nachwuchskünstler, die am Festival teilnehmen und eine der 40 Opernpartien Schloss Rheinsberg in der Deutschen Oper Berlin und in St. Petersburg teil.

Das Festival startet am 25. Juni mit der beliebten Operette „Der

Vogelhändler“ von Carl Zeller in einer halbszenischen Fassung und in Kooperation mit dem Staatstheater Braunschweig.

Im Schlosshof finden auch wieder die gern besuchten Operngalas statt und im Schlosstheater wird Claudio Monteverdis „Krönung der Poppea“ zu erleben sein. Gier verführt Nero, Poppea und die anderen Protagonisten zu Ver-

Das idyllisch gelegene Hecken-theater ist zweifellos die passende Kulisse für das Lyrische Märchen „Rusalka“ von Antonín Dvořák, das sich mit dem Verhältnis des Menschen zur Natur auseinandersetzt. Obwohl Dvořák und Jaroslav Kvapil in der 1901 uraufgeführten Oper Motive aus Hans Christian Andersen „Die kleine Seejungfrau“, Friedrich de la Motte Fou-

Telemanns musikalisches Lustspiel „Pimpinone“ wird dem Besucher im Billardsaal des Schlosses geboten. Dieses Werk komponierte er 1725 für die Oper am Gänsemarkt in Hamburg. – Obwohl nur als „Pausenaufheller“ geschaffen, wurde das Zwei-Personen-Stück mit seiner komödiantischen Leichtigkeit zu Telemanns größten Bühnenerfolg.

Zahlreiche Konzerte wie die Matineen mit anschließendem Brunch, der Singende See und das Benefizkonzert mit Sängern, die ihre Karrieren in Rheinsberg begannen, runden den 21. Festival-sommer ab. Kostbarkeiten des Liedschaffens russischer Komponisten sind unter dem Titel „Sing Zauberin“ zu hören. „Insbesondere seit Anfang des 19. Jahrhunderts und damit seit Michail Glinka ist die russische Musikgeschichte

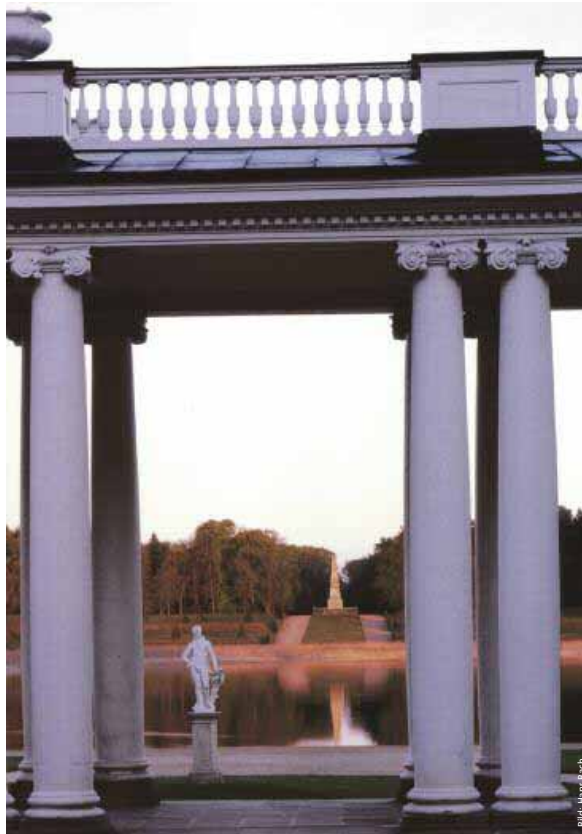
»Die russische Musik ist durch Vielseitigkeit geprägt«

durch Vielseitigkeit und Klangreichtum geprägt. Der russische Opern- und Liederabend präsentiert diese ganz besondere Musik in all ihren Facetten, angefangen mit Glinkas Lied „Sing Zauberin, nur nicht vor mir“ als eine Vertonung des gleichnamigen Textes Alexander Puschkins bis hin zu den Kompositionen Modest Mussorgskys und Peter Iljitsch Tschaikowskys“, erläutert Siegfried Matthus die Auswahl. Insgesamt gibt es vom 25. Juni bis 13. August 30 Aufführungen und Konzerte in Rheinsberg zu sehen und zu hören. Der Musikfreund wird wieder einmal die Qual der Wahl haben.

Silke Osman

Kartenbüro Tourist-Information Rheinsberg Telefon (033931) 39296, Fax (033931) 34704, www.kammeroper-schloss-rheinsberg.de

Marina Heilmeyer: „Die Gärten der Könige – Stimmungsbilder aus den preußischen Gärten in Berlin, Potsdam und der Mark Brandenburg“, Fotos Hans Bach, Prestel Verlag, München, 192 Seiten, 130 Farbabbildungen, gebunden, 29,95 Euro



Rheinsberg: Blick über den Grienericksee zum 1790 errichteten Obelisk für die Helden des Siebenjährigen Krieges und für August Wilhelm von Preußen

rat und Mord. Dieses Meisterwerk der frühen venezianischen Schule ist wie geschaffen für eine Opernbühne. Die Sänger werden von einem Ensemble mit historischen Instrumenten begleitet.

qués „Undine“ und Gerhart Hauptmanns Drama „Die versunkene Glocke“ verarbeitet haben, betonten sie immer den besonderen Charakter dieses „lyrischen Märchens“.

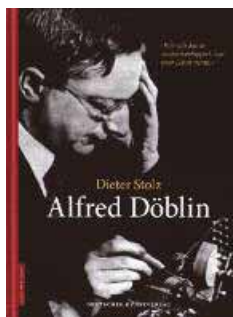
Arzt und Dichter

Lebensbilder des Stettiners Alfred Döblin erschienen

Vor 100 Jahren eröffnete ein Arzt in der Berliner Blücherstraße seine Praxis. Er arbeitete zunächst als praktischer Arzt und Geburtshelfer, später als Nervenarzt und Internist. Nichts Besonderes, wird der Leser jetzt denken. Das Besondere war die andere Seite des Mannes, der am 10. August 1878 in Stettin geboren wurde: Alfred Döblin war Schriftsteller, ein „ganz großer Prosa-meister“, wie der Erzähler Arno Schmidt (1914–1979) über seinen Lieblingslehrer einmal sagte. Döblin, der bis in die heutige Zeit Schriftsteller beeinflusst hat, ist ansonsten wenig bekannt, sieht man einmal davon ab, dass sein bekanntester Roman „Berlin Alexanderplatz“ in den 1960er Jahren sogar Schullektüre war.

Döblin schildert darin meisterhaft das quirlige Leben in einer Großstadt Ende der 1920er Jahre. Er findet eine neue Sprache, um das Chaos bildlich werden zu lassen. So mischt er Texte aus Zeitungen, Werbeslogans, Bibelzitate, Nachrichtenmeldungen mit Wet-

terberichten und Liedtexten. Als der Roman 1929 erschien, sprach man bald von einem „Großstadtroman“, von der literarischen



Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen des Individuums in der modernen Metropole.

Sehr schnell wurde die Geschichte um Franz Biberkopf in mehrere Sprachen übersetzt und bereits 1931 verfilmt. Der unvergleichliche Heinrich George in

der Hauptrolle ist noch heute in Erinnerung. Konkurrenz bekam der Schauspieler 50 Jahre später, als Rainer Werner Fassbinder für das Fernsehen mit Günther Lamprecht in der Hauptrolle neue Akzente setzte.

Über Franz Biberkopf, den Anti-Helden, weiß der Leser verhältnismäßig viel. Über seinen Schöpfer Alfred Döblin weiß man hingegen wenig. „Ich habe so viel geschrieben“, meinte er, „haltet euch doch an das, was gehe ich euch an. Bin ich eine Primadonna, um deren Privatleben man sich kümmert?“ Der Publizist Dieter Stolz hat sich nun daran gemacht, ein Lebensbild des Schriftstellers zu zeichnen. Entstanden ist ein unterhaltsames Buch, das Lust macht auf weitere Lektüre – von Alfred Döblins Werken.

os

Dieter Stolz: „Alfred Döblin – Leben in Bildern“, Deutscher Kunstverlag, Berlin 2010, 80 Seiten, zahlreiche Duplex-Abbildungen, gebunden, 19,90 Euro

Ein Meister der Moderne

Vor 125 Jahren wurde der Architekt Mies van der Rohe geboren

Kunstfreunde haben es bedauert: Nur selten ist die Sammlung der Klassischen Moderne in der Neuen Nationalgalerie zu sehen. Immer wieder musste sie Platz machen für Straßenfeger-Ausstellungen wie das „MoMA in Berlin“. Nun aber ist sie im Untergeschoss des Mies-van-der-Rohe-Baus wieder zu bewundern. Ein Teppich in der Mitte, daneben Mies' Barcelona-Sessel, geben dem Raum ein strenges Gesicht. Alles wurde so hergerichtet wie bei der Eröffnung des Gebäudes 1968.

Die Neue Nationalgalerie gilt als Meisterwerk des Architekten Mies van der Rohe. Trotz gesundheitlicher Probleme und eingeschränkter Bewegungsfähigkeit arbeitete er intensiv an diesem Auftrag und reiste mehrere Male aus den USA, wohin er 1938 emigriert war, zur Besichtigung der Baustelle nach Berlin.

An der Eröffnung 1968 konnte er allerdings nicht mehr teilnehmen. Mies van der Rohe starb am 17. August 1969 in Chicago. Seinen Durchbruch hatte der am 27. März

vor 125 Jahren in Aachen geborene Ludwig Michael Mies, der sich später Mies van der Rohe nannte, 1927 mit der Werkbundausstellung



Neue Nationalgalerie in Berlin: Ein Meisterwerk des Architekten Mies van der Rohe

Bild: Archiv

„Die Wohnung“. Die Stuttgarter Weißenhofsiedlung entstand nicht nur unter seiner Leitung, er hat auch ein eigenes Gebäude errichtet, das zugleich auch das größte der gesamten Ausstellung war.

Mies van der Rohe gilt als einer der bedeutendsten Architekten der Moderne. Er hat das Bauhaus,

dessen Leitung er von 1930 bis 1933 innehatte, maßgeblich mit geprägt. Zu seinen herausragenden Leistungen gehört auch das

Haus Tugendhat in Brunn (1930), das 2001 in die Weltkulturerbeliste der Unesco aufgenommen wurde, sowie das 1958 errichtete Seagram Building in New York, ein Wolkenkratzer mit 156,9 Metern Höhe, der als ein Musterbeispiel moderner Architektur gilt.

Die Ausstellung „Moderne Zeiten“ in der Neuen Nationalgalerie ist bis zum 3. Oktober dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr zu sehen.

Eiertanz um Chefposten des DHM beendet

Das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin hat einen neuen Direktor. Am 15. März wählte das Museumskuratorium, in dem je fünf Vertreter von Bundestag, Bundesregierung und Ländern sitzen, Alexander Koch zum neuen Chef des Hauses – nur wenige Stunden, bevor sein Vorgänger verabschiedet wurde. Damit findet eine peinliche Posse endlich ihr Ende. Seit elf Jahren wussten die politisch Verantwortlichen, dass der bisherige Leiter, Hans Ottomeyer, an diesem Tag in den Ruhestand gehen würde – doch mit der Nachfolgeregelung haben sie sich bis zur allerletzten Minute Zeit gelassen. Erst war die Umwandlung des Museums in eine Stiftung, dann die Bundestagswahl 2009, die veränderte politische Mehrheiten brachte, und schließlich die parlamentarische Weihnachtspause schuld. Auch Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU), aus dessen Etat das



Chef aus der Provinz: Alexander Koch

Bild: P. Sinkel, dapd

Museum jährlich mit 20 Millionen Euro finanziert wird, blieb untätig.

Dem DHM, das mit 900 000 Besuchern im Jahr einen Spitzenplatz in der Berliner Museumslandschaft einnimmt, kommt als dem nationalen zeithistorischen Museum eine besondere Bedeutung zu. Es versteht sich als Ort der „Aufklärung und Verständigung über die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Europäern“. Im Jahre 2009 wurde das DHM in eine vom Bund getragene Stiftung umgewandelt, unter deren Dach wiederum die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ agiert. Das Kuratorium überwacht die Arbeit des Stiftungspräsidenten, der zugleich Direktor des DHM ist. Vor allem aber stellt es sicher, dass die deutsche Geschichte in der politisch gewünschten Weise dargestellt wird. Die Tatsache, dass lange kein geeigneter Kandidat für den Direktorenposten gefunden werden konnte, lässt vermuten, dass es keinen Museologen von Rang gab, der sich darauf einlassen wollte.

Der Neue war zuvor Leiter des Historischen Museums der Pfalz in Speyer. Als profiliertester Zeithistoriker hingegen ist er bislang nicht aufgefallen, dafür aber mit Forschungen über die Fikeln der Merowingerzeit. Nicht nur dies, sondern auch seine allzu späte Berufung lassen Koch als lediglich politisch genehmen Kompromisskandidaten, nicht aber als Idealbesetzung für diesen kulturpolitisch wichtigen Posten erscheinen.

Seinen Vorgänger hatte man gar nicht erst fragen müssen, ob er über die Altersgrenze hinaus weiterarbeiten würde. Denn der hatte immer beklagt, die Stiftung sei „von politischen Interessen durchsetzt“. Ottomeyer freute sich sogar darauf, „den riesigen Verwaltungsapparat und mit ihm die Ministerien“ loszuwerden, die ihm immer mit „bindenden Vorschriften“ das Leben schwer gemacht hätten. Die Idee, aus dem Museum eine Stiftung zu machen, habe „der Teufel gesät“.

Jan Heitmann

Verklärter Mythos der Kommunisten

Die Pariser Kommune vor 140 Jahren war alles andere als marxistisch-leninistisch

Im Berliner Stadtteil Friedrichshain, ehemals zu Ostberlin gehörig, liegt die Straße der Pariser Kommune. „La Commune“, zu Deutsch „die Gemeinde“, das war vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 der Aufstand der Pariser Linken gegen die bürgerliche Zentralregierung, als die französische Hauptstadt vom preußischen Heer belagert wurde. Von den Kommunisten zum Mythos verklärt, spielen die Pariser Kommune und ihre Rezeption lange eine bedeutende Rolle in der kommunistischen Ideologie.

Die „Kommunarden“ wollten als Franzosen gegen die Preußen, als Hauptstädter gegen die Provinz, als Proletariat gegen die Bourgeoisie weiterkämpfen. Sie träumten von einer egalitären Räterepublik, von einem anarchistischen Linkssozialismus. Arbeiter standen in ihren Reihen, aber auch viele Handwerker und Intellektuelle. Der ehemalige Straßenkämpfer und Tribun Auguste Blanqui, von dem Karl Marx gesagt hat, dass er der Chef war, der der Kommune gefehlt habe – er saß im Gefängnis –, und die Anarchistin Louise Michel, die als Frau auf den Barrikaden kämpfte, waren leitende Figuren.

Im Grunde genommen war die Kommune alles andere als „kommunistisch“ im Sinne des Marxismus-Leninismus. Bertolt Brecht wusste das. Er wollte nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil 1948 das Stück „Die Niederlage“ von Norddahl Grieg über Aufstieg und Fall der Kommune inszenieren. Er schrieb es letztlich mit dem Titel „Die Tage der Kommune“ neu. Das Stück wurde erst einen Monat nach seinem Tod am 17. September 1956 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) uraufgeführt. Es übertrug das Schicksal der Kommune im geschlagenen Frankreich auf die Lage Deutschlands 1945, wo

die revolutionäre Umwälzung an Stalins KGB scheiterte. Die bolschewistische Partei in Russland hatte schon längst die sozialrevolutionären, die anarchistischen Genossen vernichtet. Die Republik der Sowjets in Russland und die Münchener Räterepublik waren nur kurze Zwischenspiele. Marx hatte die Diktatur des Proletariats und seiner Avantgarde verkündet und Lenin legte den Grundstein des totalitären Polizeistaates.

der Kommunezeit machten die Linke romantisch. Viele Bräuche der kommunistischen Bewegung stammen von diesem Aufstand der „Verdammten dieser Erde“, welcher der bürgerlichen Republik trotzte. Als die Kommune nach blutigen Straßenkämpfen im Mai 1871 fiel, wurden in Paris 20 000 Menschen standrechtlich erschossen. In Anlehnung an dieses Massaker legte sich 1945 die Kommunistische Partei Frank-

Bewegung zu verbreiten: Marx' Mehrwerttheorie war für das Proletariat nicht so berauschend wie die Barrikaden von Paris.

War die Pariser Kommune jedoch so freiheitlich wie oft behauptet? An ihrer Spitze waren zwar Leute, die vor allem die ökonomischen Zustände jener Zeit zu Recht empörten, ihre Anführer waren freiheitliche Sozialisten des 19. Jahrhunderts, Blanquisten und Proudhonisten, aber auch

Revolution 1789 bis 1794 ein gewählter revolutionärer Gemeinderat stand. Die Volksbewegung der Sansculotten, die 1793 Jagd auf die „Verdächtigen“ gemacht, die Guillotine mit frischem Blut versorgte und selbst Massentötungen verübte hatte, lebte 1870 bis 1871 in neuem Gewand wieder auf. Es entstand ein „Zentralkomitee“ und daraufhin ein „Wohlfahrtsausschuss“, der direkt an den Terror von 1793 erinnerte.

Als der spätere erste Präsident der Dritten Republik Adolphe Thiers sich weigerte, Auguste Blanqui, den er festhielt, gegen den Erzbischof von Paris, Georges Darboy, auszutauschen, exekutierte die Kommune den Geistlichen. Immerhin wurden sehr moderne soziale Dekrete verabschiedet und zur Ehrenrettung der Kommune wurde die Guillotine auf dem Place Voltaire verbrannt sowie die Vendôme-Säule, ein Symbol napoleonischer Feldzüge, gestürzt. Aber als der Kampf härter wurde, erhielt der Wohlfahrtsausschuss diktatorische Vollmachten. Er war nur noch gegenüber der Kommune verantwortlich. Damit nahm man von Dezentralisierung und Freiheit Abschied. Es wurden 70 Geiseln hingerichtet, aber es mangelte an Zeit, um das „Geiseldekret“ vom 17. Mai anzuwenden, wonach die Hinrichtung eines Kommunarden durch die Regierungstruppen „mit der Exekution der dreifachen Anzahl Geiseln“ durch die Kommune beantwortet werden sollte.

Viele der DDR-typischen Plattenbauten, wie man sie auch im Umfeld der Straße der Pariser Kommune findet, sind grau. Nicht rot wie die Revolutionsflagge, nicht blau wie FDJ-Hemden, sondern grau, wie der DDR-Alltag, wie der Kommunismus war. Die Straße der Pariser Kommune hat ihren Glanz verloren.

Jean-Paul Picaper



Barrikadenkämpfe während der Pariser Kommune: Ende des 19. Jahrhunderts als Postkarte herausgegebene Lithographie

Bild: pa

Trotzdem hat sich der Kommunismus den Mythos der Pariser Kommune zu eigen gemacht, und seine liberalen Elemente eliminiert. Was wäre sonst das Wort „Kommunist“? So schrieb man: 1871 = 1917 mit den spiegelbildlich umgekehrten Endzahlen. Es half, dass Marx dazu ein Buch, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, verfasst hatte. „Die Internationale“ als Kampffeld und viele von Jean Ferrat, Yves Montand und anderen gesungene Lieder aus

reichs (KPF) den Titel „Partei der 70 000 Erschossenen“ bei. Dabei hatte die Zahl der während des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Besatzung erschossenen Kommunisten eine bis zwei Nullen weniger.

Die Linken haben im Nachhinein dieses blutige historische Drama verklärt. Die Pariser Kommune wurde für die anfänglichen Randfiguren Marx, Engels und Lenin zum Heldenepos, das sie brauchten, um ihre revolutionäre

viele verträumte Spinner und fanatische Mitläufer. „Ich hatte mich in die Revolution verliebt“, äußerte später Louise Michel. „Ein Stern am Himmel“, das „Lied der Kirschblütenzeit“ – Poesie verdeckte später, dass die Kommunarden selbst keine Friedensengel waren.

Am Anfang gab es den Pariser Mob und die Nationalgardisten, an deren Spitze wie damals als politische Organisation der Volksbewegung in der Französischen

Napoleons tragischer Sohn

Der französische Kronprinz war nacheinander König von Rom, Prinz von Parma und Herzog von Reichstadt

Napoleon I. hat tatsächlich geherrscht, als Kaiser der Franzosen einige Jahre lang über den größeren Teil Europas. Sein Neffe, Napoleon III., besetzte für 18 Jahre (1852–1870) den Kaiserthron Frankreichs. Napoleon II. jedoch hat niemals regiert und verdankt seine Zählnummer nur dem Eifer der Bonapartisten, die nach dem Sturz des ersten Napoleon die Fahne Bonapartes weiter hoch hielten.

Napoleon Francois Joseph Charles Bonaparte wurde als Sohn Napoleons I. und der Erzherzogin Marie Luise, der Tochter des Kaisers Franz I. von Österreich, am 20. März 1811 im Tuilerien-Palast in Paris geboren. Napoleon I. brauchte einen Thronfolger, wobei ihm, nach der Scheidung von seiner ersten Gemahlin Joséphine, die Einheirat in das alterwürdige Haus Habsburg als eine gute Legitimierung seiner „Säbelherrschaft“ erschien.

Zwei Tage nach der Geburt des heißersehtenen Sohnes schrieb er an Joséphine: „Mein Sohn ist dick und befindet sich wohl. Ich hoffe, dass etwas Rechtes aus ihm werde. Er hat meine Lunge, meinen Mund und meine Augen.“ Dem Kleinen gegenüber war der sonst so herrliche Vater von liebevoller Nachgiebigkeit, schnitt ihm Grimassen und ließ sich bereitwillig bei der Arbeit stören.

Er verlieh ihm 1811 den Titel „König von Rom“. Ein entsprechendes Königreich gab es damals gar nicht, denn die Ewige Stadt war 1809, nach der Deportation des Papstes, zur Hauptstadt eines der vielen Departements des französischen Kaiserreiches herabgesunken. „König der Römer“ war im Heiligen Römischen Reich des Mittelalters der Titel des deutschen Königs gewesen, solange dieser noch nicht vom Papst die Kaiserkrone empfangen hatte. In der Neuzeit hieß so der designierte Nachfolger des Kaisers, sobald er gewählt und noch zu Lebzeiten des Kaisers zum König gekrönt worden war. Also ein Kronprinzen-Titel für den zukünftigen Herren der ganzen Christenheit – in der Idee.

Napoleon I. sah sein Söhnchen zum letzten Mal im Januar 1814, als er zum Feldzug gegen die Verbündeten aufbrach, die ihn im Vorjahr aus Deutschland vertrieben und gerade den Rhein überschritten hatten. Ende März standen sie in Paris und zwangen ihn zur Abdankung. Am 4. April unterschrieb er folgende Erklärung: „Da die verbündeten Mächte proklamiert haben, der Kaiser Napoleon sei das einzige Hindernis zur Wiederherstellung des Friedens in Europa, erklärt der Kaiser Napoleon, seinem Eid getreu, dass er bereit ist, zum Wohle des Vaterlandes, das von den Rechten seines

Sohnes und der Kaiserin-Regentin sowie von dem Fortbestehen der Staatsgesetze unzertrennlich ist, auf den Thron zu verzichten.“

Das war keine klare Erbeinsetzung für Napoleon II., und die österreichische Kaiserfamilie nahm Marie Luise und ihren Kleinen sofort in ihre Obhut. Napoleon I. kehrte 1815 zurück, wurde bei Belle-Alliance endgültig ge-



Napoleon Franz Bonaparte

schlagen und dankte am 22. Juni erneut ab, nun aber ausdrücklich zugunsten seines Sohnes, den er nicht mehr „König von Rom“ nannte, sondern „kaiserlichen Prinzen“. Das kümmerte die Sieger nicht, wohl aber die Bonapartisten: Als Napoleon I. im Jahre 1821 auf seiner Verbannunginsel St. Helena gestorben war, rückte dessen Sohn als Napoleon II. für

sie zum rechtmäßigen Herrscher Frankreichs auf. Doch das war nur die Auffassung einer ganz kleinen Minderheit, bis der Neffe des Korse, Louis Napoleon, ihr mit seiner Kaiserkrönung als Napoleon III. am 2. Dezember 1852 eine Rechtfertigung gab. Da lebte dessen Cousin schon nicht mehr.

Der Sohn des Korse hatte 1817 die Berechtigung erhalten, als „Prinz von Parma“ Thronfolger in diesem oberitalienischen Herzogtum zu sein, während seine Mutter als dessen Herzogin fungierte. Das war Kaiser Franz der standesgemäßen Versorgung seiner Tochter schuldig gewesen. Aber die Briten und der Zar fanden es unerträglich, dass ein Bonaparte noch Herrschaftsansprüche hatte, weshalb 1817 der Titel „Prinz von Parma“ kassiert wurde. Dafür bekam der Kleine das für ihn extra geschaffene „Herzogtum Reichstadt“ (Zakupy) im nordböhmischen Sudetenland.

Er lebte aber in Wien, verschlang Bücher über die Heldentaten seines Vaters, was ihn frustrieren musste, denn die österreichische Polizei ließ ihn unter Beobachtung, und eine Flucht nach Frankreich wäre damals politisch sinnlos gewesen. Seine Mutter begann er zu verachten, denn die hatte dem Grafen Neipperg, einem schneidigen Offizier, der ihr nicht ohne Hintergedanken beigegeben worden war, zwei Kinder geboren,

noch bevor sie ihn – in „Mesalliance“ – geheiratet hatte. Der Herzog von Reichstadt, der nur noch „Franz“ genannt wurde, kommentierte dies: „Wenn Joséphine meine Mutter gewesen wäre, dann wäre mein Vater niemals in St. Helena begraben worden, und ich müsste nicht in Wien leben. Meine Mutter ist freundlich, aber schwach, sie war nicht die Ehefrau, die mein Vater verdiente.“

Auf Bällen und Empfängen war er ein gern gesehener Gast. Häufig zeigte er sich mit der Prinzessin Sophie von Bayern, weshalb der Hofklatzch erfand, er sei der uneheliche Vater von deren Sohn Maximilian, der später als Kaiser von Mexiko ebendort erschossen wurde. Er kam romantischem Zeitgeschmack entgegen, denn er sah gut aus, hatte einen Vater, der leicht zu dämonisieren war, und war vom Schicksal verflucht, seine Tage irgendwann tatenlos beschließen zu müssen.

Schon seit frühen Jahren litt er an Schwindsucht. Am 22. Juli 1832 starb er in Schönbrunn. Beigesetzt wurde er in der Kapuzinergruft. Im Dezember 1940 beschloss Adolf Hitler, die besiegten Franzosen mit einer Geste zu umwerben. Er ließ den Leichnam des Herzogs in das besetzte Paris in den Invalidendom überführen, wo seit genau 100 Jahren die Gebeine des bedeutenden Vaters ruhten.

Bernd Rill

Symbiose von Preußenerbe und Architektur

In Hamburg-Wandsbek wurden historische Militärbauten in einen neu entstandenen Wohnpark integriert

In einer kleinen Grünanlage im Hamburger Stadtteil Wandsbek stehen weitgehend vergessene zwei Ehrenmale. Das eine erinnert an ein preußisches Reiterregiment, das andere ist dessen Gefallenen im Ersten Weltkrieg gewidmet. Auch der Straßenname „Am Husarenendenkmal“ und die Benennung eines neuen Wohnquartiers als „Husarenhof“ deuten darauf hin, dass die preußische Kavallerie an diesem Ort erstmals eine wichtige Rolle gespielt haben muss.

Auch wenn die Zeit, in der Wandsbek Kavallerie-Garnison war, nur eine verhältnismäßig kurze Episode in der langen Geschichte der einstigen Fleckengemeinde darstellt, hat sie für deren Entwicklung zur Stadt große Bedeutung gehabt. Ab 1773 Teil des dänischen Gesamtstaates, kam der holsteinische Ort 1864 zu Preußen. Im November 1866 wurde der Flecken mit dem Einzug des 2. Brandenburgischen Ulanen-Regiments Nr. 11 ständige preußische Garnison. Diese dauerhafte Belegung mit Militär brachte dem Ort große wirtschaftliche Vorteile und führte zu seinem stetigen Wachsen, so dass er 1870 die Stadtrechte erhielt. Nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich wurde Wandsbek im Juni 1871 auf Wunsch seiner Stadtväter erneut mit Truppen belegt. Der feierliche Einzug des preußischen Husaren-Regiments Nr. 15 bedeutete einen Wendepunkt in der Stadtgeschichte. Um die etwa 800 Mann starke Truppe angemessen unterbringen zu können, ließ der Reichsfiskus am südlichen Stadtrand in den Jahren 1885 bis 1887 ein mehrschossiges Dienst- und Unterkunftsgelände, Stallungen und Nebengebäude errichten, die als „Husarenkaserne“ bekannt wurden.

Im Laufe der Jahre wuchs der Reiterverband immer mehr in das Leben seiner Garnisonsstadt hinein. Viele Söhne Wandsbeks und der Umgebung dienten freiwillig

bei den Wandsbeker Husaren. Die Kavalleristen, die wegen der Farbe ihrer schmucknen Uniformen die „blauen Husaren“ genannt wurden, waren gern gesehene Gäste bei Tanzveranstaltungen, Reiterfesten sowie Sportveranstaltungen, und das Offizierskorps spielte eine bedeutende gesellschaftliche Rolle. Die Wirtschaft florierte, denn Handwerk, das Bau- und Wohnungsgewerbe, Lebensmittelbetriebe und Vergnügungsetablisements profitierten vom Militär. Im August 1898 „verlieh“ der Kaiser das Regiment der niederländischen Königin, und im folgenden Jahr wurde ihm die Tradition der alten hannoverschen Regimenter übertragen, so dass es nun den Namen Husaren-Regiment Königin Wilhelmina der Niederlande (Hannoversches) Nr. 15 führte. Infolge dieser Tradition beging das Regiment im Dezember 1903 mit zahlreichen Feierlichkeiten und in Anwesenheit der niederländischen Monarchin sein 100-jähriges Stiftungsfest.

Im Sommer 1914 war die glückliche Friedenszeit vorbei. Schon am Abend des ersten Kriegstages wurde das Regiment auf dem Wandsbeker Güterbahnhof verladen. Auch wenn die Bevölkerung den Soldaten beim Ausmarsch jubelte, floss manche Träne. Erst nach vier harten Kriegsjahren, in denen sie im Westen wie im Osten gekämpft hatten, kehrten die Wandsbeker Husaren in ihre Friedensgarnison zurück, um hier demobilisiert zu werden.

In der Erinnerung der Wandsbeker blieben „ihre“ Husaren noch lange lebendig, und in mehreren



Trutzig wie eine Burg: Das Hauptgebäude von 1887 wurde durch Bomben zerstört.

Traditionsvereinen pflegten die Regimentsangehörigen ihre in Frieden und Krieg bewährte Kameradschaft weiter. Im Jahre 1923 errichteten die Ehemaligen in einer Grünanlage gegenüber dem Hauptgebäude der Kaserne ein Eh-

renmal, das einen abgesessenen Husaren zeigt, der sein Pferd am Zügel hält. Auf der Rückseite sind die Namen der im Ersten Weltkrieg gefallenen Regimentsangehörigen aufgeführt. Zum 135. Traditionstag ihres Regiments enthüllten sie im



Neu und Alt nebeneinander: Wohnen auch im Pferdestall.

Bild: J. H.

Bild: Archiv

Straßen ihrer ehemaligen Garnisonsstadt zu sehen waren.

In ihre frühere Kaserne zogen im Herbst 1933 Teile der Landespolizei ein. Nach der Wiederherstellung der Wehrhoheit des Reiches wurde die Formation geschlossen in die Wehrmacht überführt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde ein Drittel der Kasernegebäude, die nun den Namen „Hermann Göring Kaserne“ trugen, durch Bomben so stark beschädigt, dass sie abgerissen werden mussten. Nach dem Krieg wurde wieder die Polizei für viele Jahre Hausherr in der Husarenkaserne, die zusätzliche Dienstgebäude errichten ließ.

Anfang des neuen Jahrtausends wurde im Rahmen des Konzepts

der „wachsenden Stadt“ des Hamburger Senats die städtebauliche Verdichtung des Raumes beschlossen. Diese Pläne sahen unter anderem die Aufgabe und Konversion zahlreicher öffentlicher Liegenschaften und Flächen vor. Auch für das Gelände der Husarenkaserne wurden Entwürfe zur Umwandlung in ein Wohngebiet erarbeitet. Zunächst bestand unter Stadtplanern, Politikern und Behörden Konsens, die Gebäude vollständig zu schleifen. Doch dann wurden immer mehr Stimmen laut, die auf deren stadthistorische Bedeutung hinwiesen. Schließlich setzte sich der Denkmalschutz durch. So entstand um den Kern des historischen Gebäudeensembles herum auf fünf Hektar Fläche ein modernes Quartier mit knapp 300 Wohneinheiten. Nach dem Abbruch der Nachkriegsbauten erfolgte im Sommer 2007 die Grundsteinlegung für den „Wohnpark Husarenhof“. Seitdem sind Eigentums- und Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern und 45 Reihenhäuser entstanden. Die Reithalle und die Pferdeställe wurden entkernt, restauriert und für Wohnzwecke umgebaut. In das Stabsgebäude ist eine Kindertagesstätte eingezogen. Insbesondere die Reithalle stellt als „revitalisiertes Denkmal“ eine architektonische Besonderheit dar. Das alte Dach mit seinen 23 Metern Spannweite blieb im mittleren Teil als „offener Luftraum“ erhalten, so dass die historische Holzkonstruktion sichtbar ist. Unter dem offenen Dachbereich ist ein neues Haus mit elf Eigentumswohnungen entstanden.

An keinem anderen Ort sind die Wandsbeker Husaren und die preußische Vergangenheit Wandsbeks, das seit 1938 zum als „nicht militärförmig“ geltenden Hamburg gehört, so präsent wie hier. Doch auch sonst sind die blauen Reiter nicht ganz vergessen. Ein Chor hat sich ihren Namen gegeben, und auch die örtliche Feuerwehr führt stolz die Bezeichnung „Die Wandsbeker Husaren“. Jan Heitmann

»Scheich von Saarabien«

Schwerindustrieller und Bismarckunterstützer im deutschen Westen

Der vor 175 Jahren, am 30. März 1836, in Saarbrücken geborene Freiherr Carl Ferdinand von Stumm-Halberg soll von Otto von Bismarck als „König Stumm“ und von Friedrich Naumann als „Scheich von Saarabien“ bezeichnet worden sein. Und der Historiker Otto Johannis zählte ihn zu den „beiden größten deutschen Eisenindustriellen“. Sein Vater, Carl Friedrich Stumm, hatte keinen anderen Ausweg als den Freitod gesehen, nachdem er verzweifelt um die Existenz seines Neunkirchner Hüttenwerkes gekämpft hatte. In der Ära des Sohnes hingegen stieg das Familienunternehmen zum führenden Werk der saarländischen Schwerindustrie auf, zu einem der Marktführer der eisenschaffenden Industrie. Der „Scheich von Saarabien“ konnte es sich leisten, sich auf dem Saarbrücker Halberg von Edwin Oppler ein neugotisches Schloss errichten zu lassen. Im Dreikaiserjahr 1888 erhielt er den Adelsbrief mit Ernennung zum Freiherrn von Stumm und drei Jahre später die Genehmigung zum Tragen des Doppelnamens von Stumm-Halberg.

Politisch war Stumm ein Parteigänger Bismarcks. Bereits in dessen erstem Amtsjahr als preußischer Ministerpräsident schickte er ihm eine Zustimmungsadresse. 1866 begegneten sich die beiden

erstmal. Als sich Preußens Konservative über Bismarcks Annexionspolitik nach dem Deutschen Krieg spalteten, gehörte Stumm zu den Mitbegründern der bismarckfreundlichen Freikonservativen Partei.

Von Beginn an saß Stumm für diese nach der Reichsgründung von 1871 auch Reichspartei ge-



C. F. v. Stumm-Halberg Bild: Archiv

nannte linke Abspaltung der Konservativen im Reichstag. Nach einer Meinungsverschiedenheit mit Bismarck verzichtete er zwar 1881 auf eine weitere Mitarbeit in dem Hohen Haus, doch war das Zerwürfnis nicht so groß, dass der preußische Ministerpräsident ihm nicht 1882 die Berufung ins Herrenhaus ermöglicht hätte. Und ab

1889 saß Stumm dann auch wieder im Nationalparlament.

Bismarcks neue Politik nach dem antinationalliberalen Kurswechsel von 1878 war ganz in Stumms Sinne. Entschiedener noch als Bismarck setzte er sich für Schutzzölle, Sozialistenbekämpfung und Sozialgesetzgebung ein. So hatte er bereits 1869 als Reichstagsabgeordneter die gesetzliche Invalidenversicherung für alle Fabrikarbeiter gefordert. Ähnlich wie der Eisernen Kanzler aus Ostelbien, doch sehr radikal bekannte sich der Schwerindustrielle aus der Rheinprovinz zu einem paternalistischen Staats- und Gesellschaftsideal. Der von ihm bekämpften organisierten Interessenvertretung der Arbeitnehmer stellte er das persönliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber gegenüber, einschließlich des Rechtes von Letzterem in das Privatleben von Ersterem einzugreifen.

An seinem Lebensende drohte die Zeit nicht nur wegen derartiger Ansichten, sondern auch in technischer Hinsicht über ihn hinwegzugehen. So ging in seinen Werken die Elektrifizierung nur sehr auf schleppend voran und auch die von seinen Ingenieuren betriebene Einführung der Gasmachineschienen wurde von ihm gebremst. Am 8. März 1901 erlag er einem Krebsleiden. Manuel Ruoff

Heilpflaster-Pionier

Paul Carl Beiersdorf gründete den »Nivea«- und »Tesa«-Hersteller

Wohl jeder Leser kennt „Tesa“, „Leukoplast“, „Hansaplast“, den Lippenstift „Labellor“ oder aber „Nivea“, die größte Körperpflegemittelmarke der Welt. Alles sind Produkte oder Marken des Hauses Beiersdorf. Dieses Unternehmen hat seinen Sitz in Hamburg, doch die Wiege seines Gründers stand in Preußen.

Am 26. März 1836 kam Paul Carl Beiersdorf in Neuruppin zur Welt. Sein Beruf wurde die Heilmittelkunde. Er absolvierte eine Apothekerlehre und studierte anschließend in Berlin Pharmazie.

Nach Staatsexamen und Approbation zog es ihn in die Fremde. Er übernahm in Moskau die technische Leitung einer Fabrik und wurde Mitinhaber eines Unternehmens, das optische Instrumente herstellte.

Doch Beiersdorf kehrte zu seinen Wurzeln zurück, und das gleich in zweierlei Hinsicht. Ab 1864 lebte er wieder im preußischen Berlin und zehn Jahre später verließ er das erfolgreiche Unternehmen, um sich als Apothekenbesitzer selbstständig zu machen. Nach Apotheken in den kleineren preußischen Städten Bärwalde und Grünberg erwarb er 1880 eine in der Großstadt Hamburg.

Mehr Erfolg als mit dieser Merkur-Apotheke hatte Beiersdorf mit

einem Laboratorium, das er nebenbei betrieb. Dort entwickelte er mit dem befreundeten Hautarzt Paul Unna die Guttaperchapflastermull. Dieses Plaster hatte gegenüber den bis dahin üblichen diverse Vorteile. Statt Harzen wird Kautschuk verarbeitet, so dass das Plaster auch im kalten Zustand klebt. Durch die



Paul Carl Beiersdorf Bild: Archiv

Verwendung des Guttaperchapapiers, das für Hautausstünnungen undurchlässig ist, wird die Tiefenwirkung der aufgetragenen Heilmittel enorm gesteigert. Dadurch waren mit Heilmitteln beschriebene Heilpflaster nun möglich. Schließlich liegt das neue Heilpflaster gut auf der Haut auf. Die Neuentwicklung war dem bisher Verwendeten

derart überlegen, dass das Datum der Anmeldung der „Herstellung von gestrichenen Pflastern“ zum Patent im Jahre 1882 bis heute als Gründungsdatum des Unternehmens Beiersdorf gilt.

Das Produkt war derart erfolgreich, dass Beiersdorf die Apotheke aufgab und sich auf die Herstellung und Vermarktung des neuen Heilpflasters konzentrierte. Daneben entwickelte er weitere Heilmittel. Als Beispiel seien die 1886 eingeführten Salbenstifte genannt. Bis 1890 stieg die Zahl der Guttalaste-Erzeugnisse auf 105.

Doch dann warf der Selbstmord seines ältesten Sohnes Beiersdorf aus der Bahn. Als Carl Albert Beiersdorf erfuhr, dass er im renommierten Christianeum sitzenbleiben würde, erschoss er sich. 1890 verkaufte Beiersdorf sein Unternehmen an Oscar Tropplowitz. Er selber nahm ein ähnlich tragisches Schicksal wie sein Sohn. Er verlor sein Vermögen an Bauspekulationen und als sein Bemühen um eine zweite Chance am fürs Apothekenwesen zuständigen medizinischen scheiterte, setzte er noch in dessen Amtsjahr seinem Leben mit Gift ein Ende. Das geschah am 17. Dezember 1896.

Richtig groß machte das Beiersdorf-Unternehmen erst sein zweiter Besitzer Tropplowitz, aber den Namen seines Gründers trägt es bis heute. M.R.

Soldaten müssen aufbegehren

Zu: „Leere Patronen gegen Guttenberg“ (Nr. 5)

Als Kriegsteilnehmer (1940–1949) wehre ich mich aufgrund meiner Erfahrungen gegen die pauschale Verurteilung der Wehrmacht. Was ich aber bis heute verurteile, ist die Menschen verachtende Ausbildung in meiner Einheit. Meine Wut auf die Unteroffiziere besteht immer noch. Die Angst, sich zu wehren, führte zum Kadaver-Gehorsam. Jeder noch so irrsinnige Befehl musste befolgt

werden. Tausende mögen so unnütz gefallen sein.

Das Aufbegehren der jungen Soldaten auf der „Gorch Fock“ zeigt, dass die Vorgaben der Inneren Führung gefruchtet haben. Unsere Enkel sehen sich als „Bürger in Uniform“ und wagen den Aufstand. Die Umwandlung der Bundeswehr zu einer Berufsarmee lässt leider nichts Gutes erwarten. Bei länger Dienenden, in festgefühten Kadern, sind Übergriffe wie in Coesfeld (2004) nicht auszuschließen. **Horst Redetzky, Delmenhorst**

Nicht Marienburg

Zu: „Von Polen bekämpft“ (Nr. 7)

Der Onkel von Copernicus, Lucas Watzenrode, war Fürstbischof von Ermland und residierte im Heilsberger Schloss. Mit dem Deutschen Ritterorden und der Marienburg hatte er nichts zu tun. Copernicus hat hier einen Teil seiner umwälzenden Arbeit geschrieben. Er lebte dort als Mitarbeiter seines Onkels. Dann nochmal ein Jahr lang als Generaladministrator Ermlands.

Eva-M. Ludwig,
Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Bald ein Anblick der Vergangenheit: Feierliches Gelöbnis von der Panzergranadierbrigade 41 in Pasewalk

Bild: J. Koehler/dapd

Preußen als Vorbild für Bundeswehrreform

Zu: „Guttenberg“ (Nr. 8)

Wie ich es von meiner neuen Wochenzeitung erwartet habe, finde ich als ehemaliger Berufssoldat, dass der Autor mit seinen Ansichten voll auf meiner und aller Ehemaligen Linie liegt (ich war oft Kameradschaftsvorsitzender im Deutschen Bundeswehr Verband). Aber auch in dieser Zeit glaube ich als Mitglied des Berufsverbandes der Soldaten die Meinungen meiner im Dienst stehenden Kameraden zu kennen. Wir damals aktiven Soldaten haben uns oft verwundert die Augen gerieben und den Kopf über die verteidigungspolitischen Entscheidungen unserer Dienstherren auf der Hardthöhe geschüttelt. In einer Sache sind wir Alten uns einig: Die Bundeswehr ist schon lange nicht mehr die Armee, für die wir treu gedient haben. Gerade 17 Jahre war ich alt, als ich 1959 als Freiwilliger in die Bundeswehr eintrat. Es herrschte noch der Kalte Krieg. Zwölf Jahre nach Flucht und Vertreibung meiner Mutter mit uns Kindern aus der westpreußischen Heimatstadt 1946, wir hatten nach dem Zusammenbruch noch einige Zeit unter den „Befreiern“ in der größtenteils abgeackelten Stadt gelebt, wollte ich nie mehr wehrlos aus der neuen Heimat vertrieben werden. Mit dieser Begründung als Freiwilliger

genbewerber hätte ich später kaum in die Bundeswehr eintreten dürfen. Von Franz-Josef Strauß bis Volker Rühe haben wir alle Verteidigungsminister der Nachkriegszeit erlebt. Außer Strauß, der auch ohne Zweifel ein paar Fehler gemacht hatte, ging es den folgenden Dienstherren im Amt vordergründig nur ums Überleben auf diesem „Schleuderposten“. Schon damals wurden Vorkommnisse, wie es sie bei allen Armeen dieser Welt gibt, von den Medien aufgebauscht. Sie hatten aber zu starker Verunsicherung auf allen Führungsebenen der Bundeswehr geführt. Den und den Kopf über die verteidigungspolitischen Entscheidungen unserer Dienstherren auf der Hardthöhe geschüttelt. In einer Sache sind wir Alten uns einig: Die Bundeswehr ist schon lange nicht mehr die Armee, für die wir treu gedient haben. Gerade 17 Jahre war ich alt, als ich 1959 als Freiwilliger in die Bundeswehr eintrat. Es herrschte noch der Kalte Krieg. Zwölf Jahre nach Flucht und Vertreibung meiner Mutter mit uns Kindern aus der westpreußischen Heimatstadt 1946, wir hatten nach dem Zusammenbruch noch einige Zeit unter den „Befreiern“ in der größtenteils abgeackelten Stadt gelebt, wollte ich nie mehr wehrlos aus der neuen Heimat vertrieben werden. Mit dieser Begründung als Freiwilliger

man damals Unterstützungskommando nannte, entsandt). Mich wunderte das nicht mehr sehr. Dass aber eine Regierung ausgerechnet mit den Grünen das Grundgesetz so zu verbiegen vermochte, hätte ich nie für möglich gehalten. Dass die Grünen vor ihrer „Machtergreifung“ die Bundeswehr abschaffen und den Nato-Austritt (auch von Fischer) gefordert hatten, bleibt uns für immer in Erinnerung.

Die heutigen Politiker wollen auch ohne zu Guttenberg die Wehrpflicht abschaffen. Meine Meinung dazu ist: Wenn Auslandseinsätze zur Regel werden sollen, kann eine Berufsarmee nach dem Muster des „Hunderttausend-Mann-Heeres“ nach dem Ersten Weltkrieg sinnvoll sein. Aber ich fürchte, dass man auch hier wieder halbe Sachen macht.

Meine Hauptsorge aber gilt den heutigen aktiven Soldaten, wenn sie weiterhin leichtfertig in allen Krisengebieten dieser Erde eingesetzt werden, denn ohne die Wehrpflichtigen und ihre Angehörigen können die Politiker völlig frei, wie bei der US-Armee, über Soldaten als „Friedensstifter“ als „Material Mensch“ verfügen.

Preußen als ein gutes Vorbild für Führung und Verantwortung würde eine gute Grundlage für die Neuausrichtung der Bundeswehr sein. **Rudi Mohnberg, Diepenau**

Hartz IV fördert falsche Mentalität

Zu: „Hartz IV auf den Prüfstand“ (Nr. 9)

Vielleicht sollte man das alte System des Arbeitslosengeldes/der Arbeitslosenhilfe wieder in Betracht ziehen. Man nehme einmal alles an Zuwendungen für sogenannte Hartz-IV-Empfänger zusammen. Da wäre zunächst das Hartz-IV-Einkommen an sich, zusätzlich die komplette Miete samt Nebenkosten. Überdies werden auch Nachzahlungen von Nebenkosten erstattet,

GEZ muss generell nicht bezahlt werden, und so weiter. Hinzu kommen Zuwendungen durch Sozialpässe, die der Hartz-IV-Empfänger automatisch bekommt, wie „Einkauf“ in sogenannten Umsonst-Kaufhäusern oder Zuwendungen bei Tafeln und Ähnlichem oder im Nahverkehr, wobei der oder die Betroffene für Tabak, Alkohol oder teure Unterhaltungselektronik sparen kann.

Natürlich bringt auch der eher passive Ein-Euro-Job etwas und,

nicht zu vergessen, die Schwarzarbeit (mit Sicherheit habe ich et was vergessen, klären Sie gegebenenfalls auf).

Unter dem Strich ein gutes Einkommen gegenüber manchem arbeitenden Zeitgenossen in Deutschland. Mitleid ist, denke ich, fehl am Platze und man kann mit Sorge etwas wie eine sich herausbildende „Bekomme ich alles kostenlos“-Mentalität beobachten, vor allem auch bei jungen Menschen.

Frank W. Schöne,
Hoyerswerda

Deutschland ist moralisch gebrochen

Zu: „Übernahme durch die Hintertür“ (Nr. 8)

Bei dem Zusammenschluss der Deutschen Börse mit der New Yorker Börse (NYSE) kann man sich – beim Lesen der Einzelheiten – des Eindrucks einer durchaus „feindlichen“ Übernahme nicht erwehren. Man fragt sich, warum unsere deutschen Entscheidungsträger das nicht verhindern?

Da man mit Sicherheit annehmen darf, dass dieselben kaum dümmere sind als der Durchschnittsbürger, bleibt nur die Vermutung einer eindeutigen amerikanischen Erpressung.

Dann fragt man sich natürlich: Womit wird erpresst? Kann vielleicht die stets nachsichtig belächelte und als unwichtig abgetane Feindstaatenklausel etwas damit zu

Böser Wolf

Zu: „Artenschutz: Oft Instrument im Verhinderungskampf“ (Nr. 9)

Dem ins Schwarze treffenden Gastkommentar von Prof. Reichholf über Artenschutz möchte ich noch den sibirischen Wolf hinzufügen. Dass dieser in den von Erholung suchenden Wanderern durchstreiften Wäldern Zentraleuropas keine Bereicherung, sondern eine Gefahrenquelle für ahnungslose Opfer darstellt, kommt den Artenschutzfanatikern wohl nicht in den Sinn. **Lienhardt Schmidt, Hamburg**

tun haben? Zumal man nicht nur in diesem speziellen Fall oft genug den Eindruck hat, dass unsere Politiker nicht ganz freiwillig den amerikanischen Direktiven Folge leisten. Merkwürdig erscheint ja unter anderem auch, dass ein „Feindstaat“ in Afghanistan mitkämpfen muss, was hier natürlich als humanitäre Hilfe verkauft wird.

So bietet Deutschland heute das Bild eines moralisch gebrochenen, nach und nach ausgeplünderten und von fremden Interessen bestimmten Landes, das nur durch den Fleiß und die Schaffsgeduld seiner Bürger wohl noch eine Weile standhalten wird.

P.S. Mein Mann und ich freuen uns jeden Freitag auf die PAZ, die klarer als alle anderen wichtige Einzelheiten beleuchtet. Danke!

Eva-M. Licht, Herrsching

Deutsche Erfindung der Extraklasse: die Sparkasse

Zu: „Vom König auserkoren“ (Nr. 8)

Zu den vielen Bereichen fehlerhafter Selbstwahrnehmung durch uns Deutsche gehört das merkwürdige Vorurteil, dass der angelsächsische Bereich uns in Gelddingen irgendwie „über“ sei. In einem englischen Lehrbuch zur Volkswirtschaftslehre konnte ich auch lesen, dass das Bankwesen überhaupt in England erfunden worden sei. Wir reden so etwas dann nach.

Zu den vielen nichttechnischen Erfindungen, auf welche wir Deutsche stolz sein könnten, gehört daher das Sparkassenwesen. Ebenso bedeutsam und ebenso unterschätzt ist das auf die Initiativen von Raiffeisen und auf Hermann Schulze-Delitzsch zurückgehende Genossenschaftswesen und die dort entstandenen Banken. Das begann vor 225 Jahren. Im März 1785 wurde die erste Sparkasse der Welt im Fürstentum Lippe gegründet, die zweitälteste folgte 1789 mit der Landessparkasse zu Oldenburg. Beide Institute gibt es noch. Der Grundgedanke der Sparkassen war ein überaus moderner. Er war demokratisch und von der Aufklärung vorgegeben. Der kleine Mann, welcher nicht über Kapitalien verfügte und daher keine Möglichkeit hatte, Ersparnisse sicher aufzubewahren, hatte (wie es heute noch in den meisten Ländern der Dritten

Welt der Fall ist) für das Geld, das er der Härte des täglichen Lebens abtrotzte, eigentlich keine andere Verwendung, als es kleinklein auszugeben. Die Gefahr, es an Diebe und Betrüger zu verlieren, war zu groß. Banken gab es für ihn nicht.

Die Sparkassendecke war: 1000 Taler sind qualitativ etwas anderes als 1000-mal ein Taler. 1000 Taler sind ein Kapital, welches dazu verwendet werden kann, neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen. Ein einzelner Taler dient allenfalls dazu, sich ein reichliches Mittagessen zu leisten. Es wurden in den Sparkassen daher grundsätzlich auch aller kleinste Einlagen entgegengenommen, und diese wurden vom Staat, damals also dem Fürsten von Lippe beziehungsweise dem Herzog von Oldenburg, garantiert. Das war die Gewährträgerhaftung, die erst in diesen Jahren unter dem Druck der Europäischen Gemeinschaft abgeschafft wurde.

Heute ist von modernen Bankleuten, die uns ihre Weisheiten möglichst auf Englisch verkünden, zu hören, dass das deutsche Finanzwesen international abgeschlagen sei. Die Deutsche Bank, die größte deutsche, habe ein viel zu geringes Geschäftsvolumen gegenüber den internationalen Großbanken. Diese bedenken natürlich nicht, dass die Sparkassenfinanzgruppe ein Bilanzvolumen

von über 1000 Milliarden Euro verkörpert und damit das größte Finanzvolumen der Welt darstellt. Diese modernen Banker vergessen auch, was in der Finanzkrise besonders deutlich wurde. Die Sparkassen (und für die Genossenschaftsbanken gilt dasselbe) haben durchweg, unürrühmliche Ausnahme bestätigen eher die Regel, die Bodenhaftung nicht verloren. Sie haben ihr Geld durchweg behalten.

Es ist völlig verfehlt, den internationalen Finanzvergleich immer nur mit Blick auf Großbanken zu ziehen. Das eigentliche Finanzgeschehen ist nicht der Derivatehandel oder Hedgefonds – es ist das solide Sparen, welches aus kleinem Geld Kapital macht. Geldwirtschaft beginnt nicht mit Luftnummern wie Futures, Forwards oder wie das alles heißt, sondern mit der realen Wertschöpfung im Kleinen. Darin sind wir Deutschen seit jeher groß. Das bodenständige Ansammeln des Spargroschens findet nicht bei Großbanken statt. Das geschah und geschieht bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wer hart spart, kauft keine Optionen auf Luftschlösser. Wir Deutschen sollten zu preußischen Tugenden zurückkehren – fangen wir mit dem Sparen an.

Dr. Menno Aden,
Essen

Abschaffung der Wehrpflicht stoppen: Sie hält die Gesellschaft zusammen

Zu: „Von der Bundeswehr zur Bundeswehr“ (Nr. 8)

Nachdem zu Guttenberg schließlich zurückgetreten ist und andere Themen, Libyen und insbesondere die Katastrophe in Japan, die Medien beherrschen, ist es um den Freiherrn still geworden.

Erstaunlich viel Raum in der Öffentlichkeit war seiner Karriere eingeräumt worden. Welche Charaktereigenschaften in unserer Demokratie von Inhabern hoher Staatsämter zu erwarten sind, und ob er diese – schon gar nach preußischen Maßstäben – gezeigt hat, bleibt leider eine berechtigte Frage.

Aber zur Sache: Seine zunächst vielfach gelobten energischen Entscheidungen erscheinen nun, mit

einigem Abstand, in einem etwas anderen Licht. War die sofortige Verabschiedung des Staatssekretärs und des Generalinspektors wirklich gerechtfertigt? War es die unverzügliche Suspendierung des Kapitäns der „Gorch Fock“, die zunächst wie eine Entlassung aussah? Das jetzt vorliegende Ergebnis der Untersuchungskommission der Marine scheint den Kapitän weitgehend zu entlasten.

Schwerer wiegt die vom ihm als Verteidigungsminister forcierte „Aussetzung“ der allgemeinen Wehrpflicht (faktisch Abschaffung, weil die Wiedereinführung administrativ wie politisch kaum machbar wäre). Inzwischen werden bereits Zweifel laut, ob eine Berufsarmee wirklich so viel kostengünsti-

ger ist, wenn man den hohen Qualitätsstandard der Bundeswehr aufrechterhalten will. Stichwort „Freundlegion“, wie von der PAZ ausgeführt. Welche zusätzlichen – menschlichen und finanziellen – Kosten kommen auf uns zu, wenn die Zivildienstleistenden wegfallen, aber – wie es bereits den Anschein hat – nicht genügend Freiwillige an ihre Stelle treten?

Irgendwie drängt sich der Eindruck auf, dass eine angemessene Abwägung des Für und Wider nicht stattgefunden hat, schon gar nicht öffentlich in den Medien. Da das Gesetz zur „Aussetzung“ der Wehrpflicht noch nicht verabschiedet ist, wäre eine „Aussetzung der Aussetzung“, um Zeit zu gewinnen für längerfristig orientierte sicher-

heitspolitische Überlegungen, parlamentarisch nicht zu beanstanden. Der bereits verfügte Verzicht auf die Einberufung neuer Wehrpflichtiger ohne gesetzliche Grundlage erscheint dagegen durchaus bedenklich, hindert aber nicht, zum nächsten Termin wieder einzuziehen.

Natürlich ist die Entbindung der Bürger von einer lästigen staatsbürgerlichen Pflicht leider populär; schon länger hatte sich die Politik durch Verkürzungen (zuletzt von neun auf sechs Monate) in diese Richtung bewegt. Aber schließlich handelt es sich um eine Grundsatzfrage mit weittragender Bedeutung für die Zukunft des Landes, was auch in der SPD immer gesehen wurde. Die Wehr-

plicht hat – worauf die „FAZ“ in einem Leitartikel hinwies – langfristig einen stabilisierenden Wert für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, weil junge Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft im Dienst am Vaterland und an den gemeinsamen Zielen der europäischen und atlantischen Partner zusammengebracht werden.

Alt Bundeskanzler Helmut Kohl hatte seine Partei ausdrücklich vor Eile gewarnt. Die Schließung der Akte zu Guttenberg sollte der Politik Gelegenheit geben, über den eigenen Schatten zu springen und dem neuen Verteidigungsminister Zeit zu geben, die Sache zu überdenken und sich ein eigenes Urteil zu bilden. **Dr. jur. Volker Haak, Düsseldorf**

Osten ist Mitte

Zu: „Auch im Osten ist Europa“ (Nr. 7)

In der PAZ steht eine Überschrift: „Auch im Osten ist Europa“. Ich fiel über das Wörtchen „auch“. Wieso „auch“? Wir im Osten sind der Mittelpunkt Europas. Der Mittelpunkt Europas liegt im Dorf Purnuskes etwas nördlich von Wilna in Litauen. Das hat das Geographische Institut in Frankreich 1989 festgestellt. Bei Wikipedia nachgesehen, ja, da stehen auch die Koordinaten, aber: Purnuskes ist der geographische Mittelpunkt, und es gibt noch mindestens ein halbes Dutzend andere, je nachdem, von welchem Gesichtspunkt man ausgeht.

Otrun Barran, Offenbach/M.



MELDUNGEN

Schweizer Käse aus Tilsit

Tilsit – Bruno Buntschu, Geschäftsführer der Tilsiter-Schweizer Käsegesellschaft, hat anlässlich eines Besuchs bei dem russischen Oberbürgermeister Viktor Smilgin diesem das Angebot unterbreitet, eine Käsemanufaktur in der Stadt am Memelstrom zu errichten. Ziel sei es, einen legendären Bestandteil der Tilsiter Vergangenheit zu neuem Leben zu erwecken und zu einer Attraktion der Stadt zu machen. Über eine geeignete Liegenschaft, die Lieferung von Milch in ausreichender Menge und Qualität sowie die Schulung des Personals, alles Voraussetzungen, die in die Zuständigkeit des russischen Vertragspartners fallen, wurden eingehende Beratungen geführt. Sie sollen demnächst auf einem Folgetreffen zum Vertragsabschluss führen. Hintergrund der geplanten Kooperation war die Gründung von Tilsit im schweizerischen Aargau, dem Zentrum der Tilsiter-Käse-Fabrikation in der Schweiz. Seitdem sind fast vier Jahre vergangen, in denen Kontakte mit der ostpreussischen Stadt Tilsit aufgenommen und gepflegt wurden. Sie führten zu einer Vereinbarung über die Pflege wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, die nun mit der Errichtung einer Schweizer Käsemanufaktur in Tilsit einen ersten Höhepunkt erfahren sollen. *H.Dz.*



B. Buntschu

Hilfe für Buch über Orgeln

Nidden/Rheine – Jörg Naß sucht für ein Buchprojekt über Kirchenorgeln an der Kurischen Nehrung Angaben von Orgeln aus allen Orten rund um das Haff. Für ein zweites Buch sucht er Angaben über den Orgelbauer Tjertletski, dessen Firma später von Eduard Wittke übernommen wurde. Von dieser Firma dürften noch etliche Orgeln in den Kirchen Ost- und Westpreußens vorhanden sein. Es würde Naß sehr freuen, wenn ihm jemand mit Unterlagen oder Daten über diese Orgelbauer und ihre Orgeln weiterhelfen könnte. Seit einiger Zeit schon engagiert sich Naß als Orgelbauer in der Republik Litauen, vor allem im Memelland. Hier stieß er auf verschiedene Pfeifenorgeln, die sein Interesse an einer weitergehenden Recherche über die damaligen Orgelbauer geweckt haben. Bisher ist über diese Orgelbauer kaum etwas bekannt, seine Recherchen über Kirchenorgeln dieser Firmen im Zentralarchiv der evangelischen Kirche in Berlin sowie in der Bibliothek des Ostens in Herne führten nur zu spärlichen Ergebnissen. Wer dem Orgelbauer bei seinen Buchprojekten weiterhelfen kann, wende sich an Jörg Naß, Rolandstraße 11, 48429 Rheine, E-Mail: joerg.nass@osnanet.de. *JN/HJF*

Vorsprung der Putin-Partei geschrumpft

Neben »Einiges Russland« gelang noch drei weiteren Parteien der Sprung in die Königsberger Gebietsduma

Am 13. März fanden in 19 russischen Regionen Parlamentswahlen statt. Auch auf Gebiets- und Kreisebene im Königsberger Gebiet wurde gewählt. Das Ergebnis fiel nicht überraschend aus, aber der Wahlkampf war nicht frei von Phantasie.

Der Wahlkampf verlief diesmal eher zurückhaltend. Offiziell hatte er zwar einen Monat vor dem Wahltag begonnen, aber selbst Anfang März erinnerte kaum etwas an eine bevorstehende Wahl. Erst zwei Wochen vor dem Stichtag begannen die Parteien, Zeitungen und Flugblätter zu verteilen, wurden erste Plakate aufgehängt, lief im Fernsehen Wahlwerbung. Die Partei „Patrioten Russlands“ machte durch eine extravagante Aktion auf sich aufmerksam. Hoch zu Pferde ritten Parteiangehörige mit Flaggen durch die Straßen Königsbergs und sorgten so für Aufsehen.

Bei den Kreisen mit nur einem Direktkandidaten (etwa die Hälfte der Sitze in der Gebietsduma und alle Sitze in den Stadträten werden nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben) hat sich nicht viel verändert. Die Direktkandidaten, die von keiner Partei zur Wahl aufgestellt wurden, hatten gar keine Werbung gemacht. Statt dessen wandten viele von ihnen eine andere Praxis an – sie bestachen Wähler. Dieses Mal wurden der Wahlkommission besonders viele Fälle von Bestechungsversuchen gemeldet. Es gab Kandidaten, die zwischen 500 und 1500 Rubel (zwischen zwölf und 37 Euro) für eine Stimme boten. Die Bestechung erfolgt so: Der Bestochene erhält einen Scheinvertrag über die Mitarbeit beim Wahlkampf und bekommt dafür Bares ausgezahlt. Es ist nicht bekannt, wie viele Wähler gekauft wurden, Fakt ist aber, dass es Kreise gibt, in denen Kandidaten gewählt wurden, über die kaum jemand etwas wusste außer seinem Familiennamen. Gleichzeitig verbuchten bekannte und beliebte Politiker enorme Stimmenverluste. Gouverneur Nikolaj Zukanow riet den Wählern noch am Vorabend des Wahltags, das Bestechungsgeld ruhig anzunehmen, auf dem Wahlzettel aber trotzdem anders anzukreuzen.

Die örtliche Partei „Einiges Russland“ wollte 50 Prozent der



Wahlkampfzug: Angehörige der „Patrioten Russlands“ machen hoch zu Ross für ihre Partei Werbung.

Bild: Tschernyschew

Stimmen erreichen, denn bei der letzten Wahl 2006 hatte sie das schlechteste Ergebnis im Vergleich zu den Regionen Russlands, in denen auch gewählt wurde, erzielt. Wohl deshalb betrieb die Partei den diesjährigen Wahlkampf mit dem größten Aufwand. Um ihn zu koordinieren, war der Abgeordnete Alexander Hinstein von der Staatsduma ins Gebiet gereist. Das Ergebnis war zufriedenstellend: „Einiges Russland“ erreichte 40,78 Prozent, und mit den 15 Direktkandidaten, die in ihren Kreisen auch gesiegt hatten, kommen sie auf 24 Sitze in der Gebietsduma (zuletzt hatten sie 28 Sitze). Den zweiten Platz erreichte die Kommunistische Partei mit 21,4 Prozent der Stimmen, damit haben sie fünf Sitze. Die Liberaldemokratische Partei erreichte mit 12,58 Prozent den dritten Platz und drei Sitze in der Duma, „Gerechtes Russland“ kam auf 10,09 Prozent und ebenfalls drei Duma-Sitze. Die „Patrioten Russlands“ erreichten 8,49 Prozent, womit sie wahrscheinlich noch mit einem Sitz vertreten sein dürften. 4,22 Prozent der

Wahlzettel wurden für ungültig erklärt. Im Gebietsparlament werden also vier Parteien vertreten sein.

Für die Kommunisten ist es das beste Ergebnis seit 20 Jahren. In den meisten städtischen Wahllokalen zogen sie sogar an „Einiges Russland“ vorbei und lagen dort vorn. Die Kommunisten können das als großen Erfolg verbuchen, da sie sich zum Beispiel in Königsberg so gut wie gar nicht am

Putin-Partei verfehlte absolute Mehrheit

Wahlkampf beteiligt hatten. In der Pregelmetropole wie auch anderen Städten des Gebiets gab es weder Plakate oder Transparente noch anderes Werbematerial für die Kommunistische Partei. Auch in der Presse und im Fernsehen hatten sie sich auf kostenlose Werbung beschränkt, die laut Gesetz jeder Partei zur Verfügung steht. Lediglich die Zeitung „Iskra“, die von Zeit zu Zeit in den Briefkästen zu finden war, ent-

hielt Wahlwerbung. Möglicherweise hätte die Partei noch mehr Stimmen auf sich vereinen können, wenn sie aktiven Wahlkampf betrieben hätte.

Anders die Partei „Gerechtes Russland“, die in letzter Zeit im Königsberger Gebiet schon fast in Vergessenheit geraten war. Sie hat sehr aktiv Werbung gemacht. Fast an jeder Straßenecke waren Wahlkämpfer anzutreffen, die Zeitungen und Kalender verteilten. Auch die Streuwerbung in den Briefkästen wurde erstaunlich schnell wiederholt. Die Mühe hat sich ausgezahlt, die Partei ist mit drei Mandaten in der Duma vertreten.

Die Aktivitäten der „Liberaldemokratischen Partei“ sind in Ostpreußen fast nicht spürbar. Ihr Ergebnis hat sie ausschließlich der Popularität ihres Parteichefs Wladimir Schirinowski zu verdanken. Ein paar Tage vor der Wahl hatte er Königsberg einen Kurzbesuch abgestattet. War es wegen seines Besuchs oder aufgrund von Protestströmungen, jedenfalls konnten die Liberaldemokraten einen zusätzlichen Sitz in der Gebiets-

duma verbuchen. Jedoch konnte keiner ihrer Einzelkandidaten in den Kreisen gewinnen. Die „Patrioten Russlands“ wiederholten ihr Ergebnis der letzten Wahl.

Am selben Tag wurde auch der Königsberger Kreistag gewählt, doch darüber gibt es nicht viel zu berichten, denn von 27 Sitzen erreichte „Einiges Russland“ 24. Fast alle der Abgeordneten kommen aus dem Baugewerbe oder sind eng mit ihm verbunden.

Die Wahlbeteiligung war bei dieser Wahl etwas höher als bei den vorausgegangenen. Darum war allgemein gekämpft worden. Um besonders junge Leute zur Teilnahme an der Wahl zu bewegen, erhielten alle, die zur Wahl kamen, Freikarten für ein Konzert bekannter Sänger und Musikgruppen, das unmittelbar nach dem Schließen der Wahllokale begann. Es fand im Stadion „Baltika“ statt und ging bis tief in die Nacht. Einige Bewohner der naheliegenden Wohnhäuser fühlten sich davon belastet und riefen beim Wahlkomitee an, damit dieses die Veranstaltung beende. *Jurij Tschernyschew*

Wer soll eingeladen werden?

Personalquerelen verzögern Eröffnung von Allensteins neuem Philharmoniegebäude

In Allenstein wartet ein zu zwei Dritteln aus EU-Mitteln finanziertes neues Philharmoniegebäude auf seine Eröffnung. Nachdem alle Bauarbeiten daran abgeschlossen sind, war die feierliche Einweihung für den 19. März geplant. Doch die wurde nun auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Grund dafür sollen interne Streitigkeiten zwischen dem Dirigenten und einigen Mitgliedern des Philharmonieorchesters sein. Ein Teil der Musiker hat sich für einen kürzlich entlassenen Kolle-

gen eingesetzt, dem wegen „mangelnder künstlerischer Fähigkeiten“ gekündigt worden war. Da der entlassene Spieler Mitglied der „Solidarnosc“-Gewerkschaft war, drängt sich der Verdacht auf, dass es gleichzeitig um einen Konflikt zwischen einem Arbeitgeber und einem aufmüpfigen Erwerbstätigen geht.

Die lokalen Behörden waren bisher nicht im Stande, den Streit zu schlichten und damit die Eskalation zu verhindern. Statt sich auf ein wirklich großes Musikfest vor-

zubereiten, diskutieren die Verantwortlichen lieber heftig darüber, wer zur bevorstehenden

Musiker und Stadträte fühlen sich übergangen

feierlichen Eröffnung eingeladen werden soll. Die schlecht bezahlten Musiker sind frustriert, weil sie eigentlich von den Lokalpoliti-

kern an einem so wichtigen Festakt mehr Wertschätzung erwartet hätten. Unter den geladenen Gästen befinden sich vor allem Staatsbeamte und keine echten Musikkenner und -freunde. Auch die örtlichen Stadträte fühlen sich übergangen. Die Zuständigen für kulturelle Angelegenheiten beanspruchen für sich das Verdienst, sich seinerzeit mit vollem Engagement für das Bauprojekt eingesetzt zu haben. Nun sind sie zum Festakt nicht eingeladen. Der Konzertraum hat zirka 500 Sitze und

kann die ganze Prominenz nicht fassen.

Diese Auseinandersetzungen trüben zum Bedauern vieler das seit langem von vielen Allensteinern und den Bewohnern der ganzen Region erwartete Ereignis. Schließlich ist die Philharmonie neben dem seit mehr als achteinhalb Jahrzehnten im Treudankgebäude beheimateten Schauspielhaus die einzige erststrangige kulturelle Einrichtung der Woiwodschaftshauptstadt. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

sicherlich haben sich aufmerksame Leserinnen und Leser gewundert, dass in der letzten Folge unserer Ostpreußischen Familie ein Bild zu sehen war, das keinen Bezug zu den veröffentlichten Themen zu haben schien – hatte es auch nicht. Das Foto vom „Deutschen Tag in Bischofsburg 1920“ hatte zwar seinen Platz in Folge 11 gefunden, der dazu gehörende Text leider nicht. Und der dürfte vor allem für ermländische Leser interessant sein, denn er enthält ein Angebot, das Seltenheitswert hat. Es handelt sich um 14 Originalaufnahmen vom Deutschen Tag am 10. Juli 1920 in Bischofsburg. Ich hüte dieses Mäppchen schon lange in meiner „Schatztruhe“, habe es einmal von einer Leserin bekommen, die meinte, dass wir damit sicherlich die Bischofsburger erfreuen würden. So bot ich es auch an, aber niemand schien sich für die Aufnahmen zu interessieren. Vielleicht wurde unsere – damals noch schmalbrüstige – Spalte nicht sorgfältig genug gelesen, so behielt ich es zurück. Nun sind inzwischen einige Jahre vergangen und der dokumentarische Wert ist gestiegen. Es sind Privataufnahmen, die das mit Girlanden und Fahnen geschmückte Bischofsburg am „Deutschen Tag“ zeigen. Der ganze Ort ist auf den Beinen, auch das Land ist mit festlich gestalteten Wagen in die Stadt gekommen, die zum Teil recht originell gestaltet sind, wie ein von Ochsen gezogenes Gefährt beweist, das wohl einen Siedlerkarren symbolisieren soll. Kapellen spielen, Chöre singen, es muss eine unbeschreibliche Stimmung geherrscht haben. Trotz des Braunstiches sind Straßen, Plätze und Kirchen gut zu erkennen, alte Bischofsburger dürfen so manches Vertraute entdecken. Also, wer diese 14 Aufnahmen haben möchte, bitte eine kurze Mitteilung an die Redaktion.

In unserer an romantischen Liebesgeschichten nicht gerade reich bestückten ostpreußischen Geschichte nimmt die der **Amalie von Massenbach** und des Leutnants **Carl von Fabek** einen Logenplatz ein. Auch in unserer Ostpreußischen Familie, denn sie lässt sich nicht nur hübsch erzählen, sondern hilft auch unsere zu meist mit schicksalsschweren Fragen belastete Kolumne etwas auf. Deshalb hatte ich im November (Folge 45) nur zu gerne die Frage

von Herrn **Jürgen Asschenfeldt** nach dem „Brautraub“ gebracht, denn er wusste nicht, wo in Ostpreußen dieser erfolgte, vermutete in Eichmedien. Und so war es auch. Weil Herr Asschenfeldt nun die wahre Geschichte kennt, sie sozusagen aus erster Hand bekam, sandte er sie mir zu mit einem netten Begleitschreiben, in dem er sich bedankt, dass wir seine Frage „so lieb formuliert der Ostpreußischen Familie nahe brachten“. Am 24. Januar 2011 antwortete ihm Dr. **Hans von Fabek** aus Bielefeld mit entsprechenden Unterlagen aus der Fabek'schen Familienchronik, mit denen Herr Asschenfeldt nun diese romantische Geschichte komplettiert:

„Carl von Fabek, *Jablonken 1788, †Potsdam 1870, begann seine Ehe im Jahr 1810 mit der vermeintlichen Entführung seiner

nigsberg stand. Da keine Bitten beim Vater halfen, entschloss sich Carl, sie zu entführen. Mit Hilfe ihrer Schwester Friederike gelang es Amalie, als Fährlich verkleidet aus einem Fenster zu springen und durch den tief verschneiten Garten zu Carl zu kommen. Das Fenster ist zugemauert worden. Sie fuhren nach Königsberg zu einem befreundeten Pfarrer, der die beiden am 11. März 1810 traute.“

Soweit die Chronik. Diese Begebenheit, damals als Skandal angesehen, verbreitete sich in Ostpreußen in Windeseile.

Obwohl Amalies Vater, der General von Massenbach, keinerlei Zuschuss gewährte – Amalies „Mitgift“ soll nur aus einem silbernen Löffel bestanden haben! – verließ die Ehe glücklich, das Paar bekam acht Kinder! Sehr edel dagegen der düpierte Bräutigam:



Soll wohl einen Siedlerkarren darstellen: Von Ochsen gezogener Wagen auf dem Deutschen Tag in Bischofsburg 1920

Bild: privat

Auserwählten, **Amalie** verw. v. **Knobloch**, geb. **Freiin v. Massenbach**. Das Ereignis fand am 9. März 1810 in Eichmedien, Kreis Sensburg, Ostpreußen statt. Im Schloss gab **Friederike von Redeker** ihrer Schwester Amalie ein Fest zur bevorstehenden Hochzeit mit dem Landrat in Rastenburg, **Friedrich Leopold von Stechow**. In der Fabek'schen Familiengeschichte ist zu lesen:

Carl von Fabek hatte die junge, schöne Amalie, damals verwitwete v. Knobloch, kennen und lieben gelernt. Sie lebte bei ihrem Vater, und dieser wollte sie zwingen, einen alten Herrn v. Stechow zu heiraten. Sie liebte aber den jungen Leutnant von Fabek vom 1. Garde-Regiment, das damals in Kö-

Von dem Landrat von Stechow wird berichtet, dass er das Paar unterstützt habe! Übrigens wurde diese Liebesgeschichte doch schon literarisch behandelt. Sie hatte die Dichterin **Erminia v. Olfers-Batocki** zu einer Ballade angeregt, die diese in ihr Erstlingswerk „Tropfen am Meer“ noch unter dem Pseudonym E. v. Natangen einbrachte. Der letzte der 16 Verszeiler lautet: „Die Spur deines Schlittens der Sturm umtobt, Geliebter, wer ahnt, wo wir blieben? Den einen freit, dem anderen verlobt, den dritten will ewig ich lieben!“ Also wenn das keine romantische Geschichte ist ...

Man erzähle sich aber auch noch andere Geschichten in unserem weiten Land mit seinen stil-

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusage entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

len Dörfern und einsamen Höfen. Sie wurden von Generation zu Generation weiter gegeben, wurden zur Familiensaga, immer neu, immer anders erzählt – was war Mär, was Wirklichkeit? Und manche haben sich bis in unsere Zeit gerettet und beschäftigen die Nachfahren und auch uns, weil die Betreffenden mit dem Überlieferten Schwierigkeiten haben, da sie viele Gegebenheiten nicht mehr kennen oder nicht einzuordnen vermögen.

Und selbst, wenn Aufzeichnungen vorhanden sind, möchten sie das Geschehen transparenter machen – so jedenfalls in den Fall, den uns Herr **Günter Lange** aus Wandlitz vorträgt. Und es ist schon eine eigenartige Geschichte, die da an uns herangetragen wird, und da sie erst Anfang des vergangenen Jahrhunderts geschah, noch gut nachvollziehbar, zumal schriftliche Aufzeichnungen vorliegen. Der ehemalige Lehrer im Hochschulamt fand sie im Nachlass seines Vaters **Gustav Lange**, der das Schicksal seines Großvaters schildert, das ihn schon als Kind in Königsberg beeindruckt hat. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir, dass die Familie Lange im Haus Roonstraße 18 wohnte und dass Gustav oft am Sonntag mit Eltern und Bruder vom Haberberg zum Viehmarkt ging, wo die Großeltern wohnten. Eher hausten, denn Gustav Lange notierte Folgendes:

„Eine richtige Wohnung war es nicht, nur ein einziger Raum in den Maßen fünf mal fünf Meter. Darin lebten sechs Kinder und zwei Erwachsene illegal. Warum? Mein Großvater war ein sogenannter herrschaftlicher Kutscher auf einem Gut im Kreis Wehlau. Sommers wie winters betreute er sechs Pferde. Häufig fuhr er mit dem Schlitten sonnabends/sonntags meist vier Gutsbesitzer zu verschiedenen Rittergütern der Umgebung zu Vergnügungen, die oft eine ganze Nacht dauerten. Als die Herrschaften wieder einmal nachts bei eisiger Kälte die Rückfahrt antraten, zogen die Pferrchen die Herren zu ihren Heimatorten. Leider war die letzte Person bei der Ankunft nicht mehr im Schlitten. Es wurde zurückgefahren und der Verlorene gesucht, er war aber nicht zu finden. Am anderen Morgen fand man ihn dann tot im Graben liegen, er war erdrossen. Was tat mein Opa? In der nächsten eiskalten Nacht flüchteten die acht Perso-

nen in Richtig Königsberg. Das wurde ihnen vom Gutsinspektor dringend angetragen. In der Kellerwohnung am Viehmarkt lebten meine Angehörigen aus Angst von 1905 bis 1913. Der Großvater wurde steckbrieflich gesucht. Obwohl er jahrelang seine Arbeit gut getan hatte, hätte er wohl niemals Recht bekommen.“

Soweit also die Aufzeichnungen von Gustav Lange – wann sie gemacht wurden, ist leider nicht verzeichnet. Auch nicht, wie das weitere Schicksal des Kutschers verlief. Sein Urenkel möchte aber nun wissen, ob sich noch jemand von unseren älteren Lesern an dieses Unglück erinnert oder von ihm gehört hat und über den Vorfall etwas sagen kann. Durch zwei Weltkriege und die Flucht dürfte er in Vergessenheit geraten sein, aber es ist schon möglich, dass sich vor allem Landsleute aus dem Kreis Wehlau doch noch erinnern, wenn sie diese Aufzeichnungen lesen, die ich wörtlich und ohne Kommentar dem Schreiben von Herrn

Günter Lange entnommen habe. Der 1927 in Königsberg Geborene ist übrigens erst seit Januar Leser unserer Zeitung und findet besonders unsere Ostpreußische Familie interessant, deshalb hat er sich vertrauensvoll an uns gewandt. Herr Lange wird auch zum Ostpreußentreffen nach Erfurt kommen und will dort den Wehlauer Stand aufsuchen. Bis dahin hofft er, schon mit einigen Landsleuten Kontakt bekommen zu haben. (Günter Lange, Karl-Marx-Platz 20 in 16348 Wandlitz, Telefon 033397/274573.)

„Achtung Erfolgsmeldung!“ Wenn ein Brief kommt, aus dem einem beim Öffnen sofort diese Zeile entgegen springt, ist man überrascht und erfreut. Und das war erst recht der Schreiber, unser Landsmann **Knut Walter Perkuhn** aus Wriedel, denn nach vielen vergeblichen Forschungsversuchen nach Angehörigen der altpreußischen Sippe Perkuhn konnte er nun beachtliche Erfolge verzeichnen. Was damit zu erklären ist, dass es sich bei seinem letzten Suchwunsch in Folge 7 weniger um eine einzelne Person oder Familie handelt, sondern um einen Ort – Drutischken –, der in seinen Unterlagen nicht verzeichnet war. Aber in meinen Regi-

stern. Und so konnte ich ihm erklären, dass es sich um „Pfälzerort“ handelte, ein kleines Bauerndorf, das 1938 so umbenannt wurde. Eigentlich wäre damit die Sache erledigt gewesen, aber Herr Perkuhn wollte auch die Namen der Bewohner dieses aus mehreren Gehöften bestehenden Ortes an der Rominte wissen, doch da musste ich passen und die Frage an die Ostpreußische Familie weitergeben. Mit etwas Skepsis, denn Pfälzerort verzeichnete vor der Vertreibung nur 70 Einwohner. Wie man sich irren kann! Herr Perkuhn erhielt mehrere Anrufe und zwei Schreiben, von denen eines neun

Seiten Informationsmaterial über Pfälzerort beinhaltete. Neun Seiten über eine alte Siedlung, die gerade mal aus elf Höfen bestand! Es stimmt, denn auch ich erhielt von Herrn **Erich Kibat** diese Auszüge aus der Chronik „Bezirk Großwaltersdorf“ von **Erich Henne-mann**. In ihr sind sogar alle landwirtschaftlichen Betriebe von Pfälzerort,

das zum Kirchspiel Großwaltersdorf gehörte, mit den Namen ihrer Besitzer aufgeführt, sie zeigt aber auch die Ausblutung dieses kleinen Ortes durch die Kriegsopfer. Allein elf Wehrmachtsangehörige sind gefallen oder blieben vermisst, sieben Frauen und Männer wurden beim Russeneinfall getötet oder verschleppt, weitere sechs verstarben auf oder nach der Flucht. Da grenzt es schon an einen Wunder, dass Herr Perkuhn solch präzise Informationen erhielt, und er dankt allen Beteiligten – ich auch und da vor allem unsern eifrigen Helfern **Erich Kibat** und **Georg Baltrusch**. Und man kann **Knut Walter Perkuhn** nur beipflichten, wenn er schreibt: „Ich freue mich, wieder Mosaiksteinchen zu Steinen fügen zu können, die langsam ein informatives Bild ergeben. Ahnenforschung ist wie ein Krimi!“ Und immer für Überraschungen gut.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Kriegerdenkmal rekonstruiert

Feierliche Wiedereinweihung im oberschlesischen Tworkau mit breiter Beteiligung

Die PAZ will wachsen

Seit über 60 Jahren schafft die *Preußische Allgemeine Zeitung* eine Verbindung zur ostpreußischen Heimat. Mit den Jahren veränderten sich die Schwerpunkte und doch ist die Zeitung sich treu geblieben. Sie steht für Klartext, egal ob es sich um politisch brisante oder geschichtliche Themen handelt. Über 60 Jahre *PAZ* bedeutet auch über 60 Jahre eine starke Unterstützung durch die Leser. Ohne sie wäre die Zeitung nicht möglich. Helfen Sie der Zeitung, die Erinnerung an Ostpreußen zu bewahren, und übernehmen Sie ein vergünstigtes Patenschaftsabo für Ihre Kinder oder Enkel.

Werden Sie zur Stimme der PAZ

So können Sie Ihre Heimatverbundenheit und das Interesse an preußischen Wertvorstellungen mit kritischer, konstruktiver und konservativer Berichterstattung weitergeben.

Wir zählen auf Sie!

Mit dem Patenschaftsabo haben Sie die Möglichkeit, ein vergünstigtes Jahresabonnement an die jüngere Generation zu verschenken. Für nur 54 Euro bekommen Ihre Enkel oder Kinder die Zeitung von uns ein Jahr lang zugestellt. Bestellen Sie noch heute und rufen Sie uns an unter der Telefonnummer: 040 / 41 40 08 42.

Im zehnten Kilometer südlich von Ratibor an der polnisch-tschechischen Grenze gelegen oberschlesischen Tworkau ist ein Kriegerdenkmal für die im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 Gefallenen aus Tworkau wiedereingeweiht worden.

Den Beginn der Feier bildete eine auf Deutsch gehaltene Heilige Messe für die Dorfgemeinde in der Pfarrkirche in Tworkau. An ihr nahmen auch Vertreter der Gemeinde Kreuzenort, der Bürgermeister Grzegorz Utracki, der ehemalige Bürgermeister Leonard Fulneck, der Ratsvorsitzende Pawel Lasak, der Ortsbürgermeister von Ellgut-Tworkau Gerard Droby, Fahnenträger des Bergmannsvereins, der Feuerwehr, der Eisenbahner und des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) sowie Frauen des Bauernvereins in ihren Trachten teil. Den musikalischen Teil der Hei-

gen Messe übernahm das Blasorchester der Gemeinde Kreuzenort. Am Ende der Messe betonte Ortspfarrer Piotr Kocz die Wichtigkeit dieses Ereignisses.

Danach begab sich die Prozession in Begleitung des Blasorchesters zum Denkmal. Ortsbürgermeister Rafal Morawiec erfüllte sich ein langsehnter Wunsch der Dorfgemeinschaft: eine Gedenkstätte der Vorfahren, aber

Erinnerung an die Gefallenen des Krieges 1870/71

auch ein Mahnmal für die Gegenwart und die Zukunft, für künftige Generationen zur Erhaltung des Friedens, der friedlichen Gemeinschaft, für eine Welt ohne Krieg, Gewalt und Vernichtung.

Nach einem Gebet weihte Pfarrer Piotr Kocz das wiedererrichtete Kriegerdenkmal, das Orchester spielte das Lied „In deiner Obhut, himmlischer Vater“ und danach legten unter anderem Ortsbürgermeister Morawiec sowie die beiden Tworkauerinnen Erna Rossa und Franziska Wileczek, die sich noch gut an das erste Denkmal erinnern können, Blumen nieder. Nach einer kurzen Ansprache des Gemeindegemeisters Utracki dankte Morawiec Pfarrer Kocz und Pater Marcel für die feierliche Messe und für die Weihe sowie allen Teilnehmern der Feier und vor allem auch allen Personen, die geholfen haben, dieses Kriegerdenkmal wieder zu errichten. Dem folgten Dankesworte namens der Ortsbewohner an den Ortsbürgermeister für die Mühe und Ausdauer bis zur Wiederherstellung dieser Gedenkstätte. Mit dem vom Blasorchester intonierten Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ endete der Festakt.

PAZ

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brozio, Klara, geb. **Rogowski**, aus Lyck, jetzt Am Hedwigshain 9, Haus St. Hedwig, 49477 Ibbenbüren, am 29. März

Olshewski, Anna, geb. **Michalzik**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, und Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Am Markt 10, 19417 Warin, am 1. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kornatzki, Frieda, geb. **Nowosatko**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Holzgasse 5, 96247 Michelau, am 28. März

Wendig, Bruno, aus Lyck, jetzt Eichenallee 32, 33332 Gütersloh, am 30. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Nolta, Annemarie, geb. **Schrubba**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Im Spring 3, 34414 Warburg-Nörde, am 3. April

Opalka, Brunhilde, geb. **Goerke**, aus Bukowitz/Westpreußen, jetzt Trebelstraße 70, 22547 Hamburg, am 31. März

Schulz, Lieselotte, geb. **Greszyk**, aus Haldorf, Kreis Treuburg, jetzt Grenzstraße 41 A, 52134 Herzogenrath, am 28. März

Weeska, Waltraud, geb. **Amelung**, aus Lyck, Insel/Forsthaus, jetzt Burkardstraße 13, 97688 Bad Kissingen, am 29. März

Woolke, Helene, geb. **Wolff**, aus Lyck, jetzt Heinrich-Lindwedel-Straße 12, 30827 Garbsen, am 1. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Herrmann, Gertrude, geb. **Müller**, aus Schönlinde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Billerbecker Straße 28, 48341 Altenberge, am 17. März

Karp, Käte, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Hochstraße 51, 58095 Hagen, am 30. März

Kruse, Hedwig, geb. **Boek**, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, jetzt 1704 Chelsea Way, Grayslake, IL., 60030-4602, USA, am 31. März

Schinz, Helene, aus Ebenrode, jetzt Hartnitweg 1, 22529 Hamburg, am 29. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ditt, Gerda, geb. **Solty**, verw. **John**, aus Lyck, jetzt Isfeldstraße 30, Rosenhof Hamburg, 22589 Hamburg, am 31. März

Plachetta, Anna, geb. **Parzianka**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Wildmündstraße 5, 47138 Duisburg, am 31. März

Symanski, Lydia, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Saalfelder Straße 6, 28215 Bremen, am 1. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maas**, aus Lyck, jetzt Gerichtsstraße 79, 13347 Berlin, am 2. April

Faust, Helene, aus Bärwalde, Kreis Samland, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße 1, 45527 Hattingen, am 30. März

Patz, Ernst, aus Lindenort, Kreis Ortelburg, jetzt Hauptstraße 16, 06869 Klieken, am 1. April

Schmidt, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Schürenfeld 32, 45329 Essen, am 30. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ewert, Olga, geb. **Remse**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Indepromenade 20, 52249 Eschweiler, am 17. März

Klingenberg, Emmy, geb. **Matties**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Ellmenreichweg 14, 77656 Offenburg, am 30. März

Kläwer, Liesbeth, geb. **Wendel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kaltenhoferstraße 44, 86154 Augsburg, am 3. April

Ullbrich, Helene, geb. **Gabrenz**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Gabelsbergerstraße 31, 94315 Staßfurt, am 28. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Jost, Christel, geb. **Kaiser**, aus Kuppen/Groß Bestendorf, Kreis Mohrungen, jetzt Lucas-Cranach-Straße 18, 99610 Sömmerda, am 29. März

Joswig, Hedwig, geb. **Zapka**, aus Montwitz, Kreis Ortelburg, jetzt Wilkenstraße 8, 45144 Essen, am 2. April

Langenstein, Ruth, geb. **Müller**, aus Lyck, jetzt Kreuzstraße 57, 78239 Rielasingen-Worblingen, am 31. März

Makowka, Berta, geb. **Lojewski**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelburg, jetzt Am Fließ 38, 15306 Vierlinden, am 2. April

Olstedt, Brunhilde, geb. **Reuter**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Billstraße 39, 47445 Moers, am 31. März

Rasch, Gertrud, geb. **Dormeyer**, aus Salden, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelm-Kreis-Straße 11, 65343 Eltville, am 31. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boaca, Berta, geb. **Sczegan**, aus Schützendorf, Kreis Ortelburg, jetzt Fideliostraße 154, 81925 München, am 31. März

Brühke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Jahrstraße 3, 31675 Bückeburg, am 28. März

Busch-Petersen, Gerhard, aus Ebenrode, jetzt Brennerstraße 82, 13187 Berlin, am 29. März

Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, jetzt Wäch-

terkamp 6, 48565 Burgsteinfurt, am 30. März

Goetzle, Irene, geb. **Schulemann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Meinhard 5, 37276 Meinhard, am 30. März

Haupt, Waldemar, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Rother Straße 43, 52399 Merzenich, am 31. März

Kallweit, Erna, geb. **Schiemann**, aus Wiskauten, Kreis Samland, jetzt Dietrich-Bonhoeffer-Straße 14, 38300 Wolfenbüttel, am 31. März

Kleinschmidt, Erich, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Dr.-Otto-Just-Straße 67, 08468 Reichenbach/Vogtlad, am 29. März

Klöpper, Gerda, geb. **Bacher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Faltnerkrugstraße 17, 32760 Detmold, am 28. März

Knoop, Sieglinde, geb. **Galka**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Barbarossastraße 27, 81677 München, am 31. März

Lange, Werner, aus Lyck, Bismarckstraße 53, jetzt Eifelstraße 32, 51371 Leverkusen, am 1. April

Maleries, Frieda, geb. **Romanowski**, aus groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Cregeldanzstraße 77, 58455 Witten, am 2. April

Pitzer, Margarete, geb. **Flach**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Seniorenzentrum, Bahnhofstraße 29, 12207 Berlin, am 1. April

Richter, Gertrud, geb. **Jurkschat**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 28, 01623 Lommatsch, am 30. März

Scheumann, Gerhard, aus Heidenburg, jetzt Memellandstraße 38, 97318 Kitzingen, am 31. März

Sprung, Erna, aus Peterswald, Kreis Heilsberg, jetzt Charles-Ross-Ring 10, 24106 Kiel, am 30. März

Ulrich, Erna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Herrenwiesenstraße 1, 74980 Bad Mergentheim, am 31. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomadt, Annemarie, geb. **Erdmann**, aus Treuburg, jetzt Am Bonner Berg 4, 53117 Bonn, am 3. April

Baudzus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, jetzt Kreuztisch 21, 58452 Witten, am 2. April

Becker, Elli, geb. **Marter**, aus Hermsdorf, jetzt Oberholzweg 18, 45326 Essen, am 29. März

Demant, Gerhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Brammerkamp 6, 24232 Schönkirchen, am 31. März

Gaeditke, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Vor den Höfen 11, 29646 Bispingen, am 2. April

Kling, Waltraud, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 67, 67161 Gönheim, am 29. März

Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Hagener Straße 107, 58642 Iserlohn, am 30. März

Loeper, Hulda, geb. **Ewert**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bergstraße 16, 24358 Ascheffel, am 16. März

Lüke, Herta, geb. **Matzeit**, aus Kuckernese, Kreis Elchniederung, jetzt Gentiner Straße 16, 39307 Kleinwusterwitz, am 29. März

Marx, Christel, geb. **Urban**, aus Wappendorf, Kreis Ortelburg, jetzt Oblatterwall Straße 36, 86153 Augsburg, am 31. März

Müller, Herta, geb. **Hill**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rehsprung 33, 23569 Lübeck, am 19. März

Ratz, Ewald, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Conringsstraße 6, 38464 Groß Twülpstedt, am 3. April

Rieske, Heinz, aus Schwägerau, Kreis Insterburg, jetzt Augustastraße 1 C, 53721 Siegburg, am 12. März

Schormann, Erna, geb. **Sontopski**, aus Neudieß, Kreis Ortelburg, jetzt Zum Landungssteg 1, 82211 Herrsching, am 1. April

Stasch, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelburg, jetzt Blanckertstraße 6, 41199 Mönchengladbach, am 28. März

Tiedtke, Hermann, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, jetzt Augsburger Straße 23, 87629 Füssen, am 28. März

Waszulewski, Gustav, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Eintrachtstraße 54, 52134 Herzogenrath, am 3. April

Wieczorek, Edelgard, aus Altkirchen, Kreis Ortelburg, jetzt Hindenburg Straße 35, 58095 Hagen, am 2. April

Will, Horst-Harry, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Kieler Straße 36, 24329 Langwedel, am 29. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Borowski, Reinhold, aus Ebdendorf, Kreis Ortelburg, jetzt Künkelstraße 31, 41836 Hückelshoven, am 3. April

Brichta, Eva, geb. **Herrmann**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Echtenstraße 21, 31224 Peine, am 28. März

Cramer, Anna, geb. **Symanek**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelburg, jetzt Warnsdorfer Straße 17, 84478 Waldkraiburg, am 31. März

Donder, Alfred, aus Lyck, Bahnhöfstraße 190, jetzt Saueramstraße 20, 24937 Flensburg, am 1. April

Goetz, Ursula, geb. **Kaftan**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mengeder Straße 676, 44359 Dortmund, am 31. März

Greiben, Günter, aus Treuburg, jetzt Sprengelweg 11, 44309 Dortmund, am 31. März

Grinsch, Manfred, aus Tilsit, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 9, 76461 Muggensturm, am 3. April

Gusek, Rudolf, aus Lehmanen, Kreis Ortelburg, jetzt Berliner Straße 10, 71717 Beilstein, am 3. April

Heß, Ursula, geb. **Broziewski / Feuersenger**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Blumenthalstraße 13, 12103 Berlin, am 29. März

Jäger, Herta, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Grottkauer Straße 65, 12621 Berlin, am 1. April

Kaminski, Herbert, aus Lötzen, jetzt Otto-Hahn-Straße 1, 30880 Laatzen, am 31. März

Klimaschewski, Otto, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Emdeener Straße 5, 99085 Erfurt, am 1. April

Kosowski, Irma, geb. **Lojewski**, aus Lyck, Yorkstraße 21, jetzt Hultschiner Straße 6, 44339 Dortmund, am 3. April

Kranz, Gerda, geb. **Szeimies**, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelmgasse 53, 51377 Leverkusen, am 29. März

Lackner, Eva, geb. **Wilke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Kauershofweg 7, 21077 Hamburg, am 29. März

Morwinski, Hans-Georg, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Am Wolfsgarten 10, 51147 Köln, am 3. April

Oechsle, Ingrid, geb. **Hellwich**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Bernshausener Ring 2, 13435 Berlin, am 29. März

Oestreich, Dorothea, geb. **Schweichler**, aus Lyck, Yorkstraße 15, jetzt Am Boden 20, 18528 Ralswiek, am 28. März

Oster, Anni, geb. **Dunay**, aus Haldorf, Kreis Treuburg, jetzt Falkenstraße 6, 87527 Sonthofen, am 28. März

Ostermann, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Grossmannstraße 9, 63808 Haibach, am 2. April

Ottersbach, Erna, geb. **Posnien**, aus Königlich Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wiesenstraße 42, 45128 Essen, am 3. März

Petersen, Irmgard, geb. **Grohnert**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schäferkatenweg 13, 24783 Osterrönfeld, am 29. März

Pruss, Erna, aus Lötzen, jetzt Kuckuckstraße 3, 49610 Quakenbrück, am 28. März

Radzuweit, Karl-Werner, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Körnerstraße 7, 58335 Schwelm, am 28. März

Renn, Horst, aus Hohenwalde, Laurashof, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stauffenbergstraße 37, 27755 Delmenhorst, am 29. März

Rodloff, Martin, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Campener Reihe 1, 26736 Krummhörn, OT Pewsum, am 28. März

Rutkowski, Fritz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenstraße 4, 45721 Haltern am See, am 28. März

Schlomm, Horst, aus Hoverbeck, Kreis Sensburg, jetzt Finkenweg 5 B, 21276 Oldendorf, am 30. März

Schneemann, Waltraud, geb. **Niklaus**, aus Lehmanen, Kreis Ortelburg, jetzt Rotdornstieg 17, 25469 Halstenbeck, am 3. April

Schoettker, Hildegard, geb. **Lasarzewski**, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Dürerweg 9, 32457 Porta Westfalica, am 29. März

Schwendowius, Friedrich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Talackerstraße 23, 72805 Lichtenstein, am 2. April

Schwill, Hans-Joachim, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Massener Heide 22, 59427 Unna-Massen, am 16. März

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 26. März, 15 Uhr, Phoenix: Die Deutschen im 20. Jahrhundert. Geschichtsmagazin.

SONNTAG, 27. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 27. März, 21 Uhr, Phoenix: Aus Feind wird Freund? Als die NVA die Waffen streckte.

SONNTAG, 27. März, 22 Uhr, N-TV: Wahlen 2011: Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

MONTAG, 28. März, 21.05 Uhr, N24: Hitler's Stealth Fighter.

MONTAG, 28. März, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

MONTAG, 28. März, 23 Uhr, NDR: Eichmanns Ende, Doku-Drama.

DIENSTAG, 29. März, 20.45 Uhr MDR: Deutschland, deine Schlaglöcher. Frust nach dem Frost.

DIENSTAG, 29. März, 22.05 Uhr MDR: Panzer gegen Polen.

Anzeigen

Ihren **88.** Geburtstag
feiert am 27. März 2011

Hildegard Volkmann
geb. Paffrath
aus Brandenhof, Kreis Tilsit-Ragnit
jetzt Kastanienweg 5, 08529 Plauen

Alles Gute und viel Gesundheit
*wünschen Deine
Kinder, Enkel und Urenkel*

Seinen **85.** Geburtstag
feiert am 28. März 2011

Kurt Stasch
aus Groß Schiemanen/
Kr. Ortelburg,
wohnhaft jetzt
41199 Mönchengladbach

Liebe
Waltraud Plehwe-Paul
zu Deinem 80-jährigen Geburtstag
vielen Dank für alles,
Gesundheit und noch viele
Jahre in guter Nachbarschaft.
Evelyn und Thomas

Wamser, Waltraut, geb. **Nowak**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelburg, jetzt Taborer Straße 21, 06618 Naumburg, am 1. April

Wessler, Fritz, aus Rauschken, Kreis Ortelburg, jetzt Alfred-Flender-Straße 76, 46395 Bocholt, am 30. März

Wyciak, Lieselotte, geb. **Koszinowsky**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Puenstraße 1, 86316 Friedberg, am 29. März

Zollgreve, Eva, geb. **Hoffmann**, aus Romitten, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Gewerbestraße 7, 25361 Steinburg, am 2. April

50 Goldene
Hochzeit

Charchulla, Horst, aus Willenhelm, Kreis Lyck, und Frau Charlotte, geb. **Spieckermann**, aus Deutschkrone / Pommern, jetzt Assmannstraße 1 C, 12587 Berlin, am 1. April

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.-13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.-13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.-25. September: Geschichtseminar in Bad Pyrmont

10.-16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.-16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.-30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.-6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.-11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN- WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. April, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Lange Straße 49: Landesfrauengruppe.

Göppingen – Hauptversammlung und Frühlingsfest! Am 12. März trafen sich die Landsleute zum traditionellen Frühlingsfest mit Jahres- und Kassenbericht in der „Frisch-Auf“ Gaststätte in Göppingen. Bei Kaffee und Kuchen wurden erste Gespräche geführt, bis dann der Vorsitzende Günter F. Rudat die Versammlung eröffnete. Als besondere Gäste begrüßte er Uta Lüttich, LO-Vorsitzende Baden-Württemberg und Bundesfrauengruppenleiterin, und die BdV-Kreisvorsitzende Marianne Bayreuther. Ebenso wurden zwei neue Mitglieder von den Anwesenden herzlich in Empfang genommen. Er ließ in anschaulichen Worten das Winterende und den doch in Ostpreußen sehr späten Frühlingsbeginn Revue passieren. Der Vortrag schloss mit dem Bericht aus den Kindheitserinnerungen der Ostpreußen Käthe Seehawer „Das große Wecken“. Es wurde an die Busreise zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt vom 28. bis 29. Mai dieses Jahres erinnert und um baldige Anmeldung gebeten. Mit der Schweigeminute beim Vorlesen der Namen der verstorbenen Landsleute endete die allgemeine Begrüßung. Uta Lüttich eröffnete ihren Vortrag mit ostpreußischen Frühlingsgedichten und weckte mit ihren Worten Erinnerungen an Frühlings- und Osterbräuche in der Heimat. Als Marianne Bayreuther das Wort hatte, sprach sie über die Hauptversammlung des Bundes der Vertriebenen, zu der auch Ministerpräsident Mappus als Redner geladen war. Beide Frauen wurden mit großem Applaus verabschiedet. Kassiererin Margit Korn las den Kassenbericht 2010 vor und Magdalena Lutz als Kassenprüferin bestätigte die genannten Summen. Beide Frauen wurden von den Mitgliedern einstimmig entlastet. Die Vorsitzende der Göppinger Frauengruppe, Vera Pallas, berichtete anschließend über die Aktivitäten der größten Frauengruppe der Ost- und Westpreußen (zirka 40 Mitglieder) in Deutschland. Viel Beifall bekam sie auch für ihren Tätigkeitsbericht. Aufgelockert wurde die Veranstaltung zwischenzeitlich immer wieder durch gemeinsames Singen von Frühlingsliedern. Höhepunkt und Abschluss der Veranstaltung war jedoch das gemeinsame Essen. Die Gruppe versucht immer wieder, alte ostpreußische Gerichte auch im Schwabenland anzubieten. Den Wirtsleuten ist das mit Schmandheringen und Salzkartoffeln auch dieses Mal wieder wunderbar gelungen.

Metzingen – Das Erinnern bleibt Pflicht. Hohe Auszeichnung der Landesgruppe Baden-Württemberg für Gerda Haushalter. In der Mitgliederversammlung im Restaurant „Bohn“ begrüßte der Vorsitzende Heinz Scheffler die Mitglieder der Metzinger Landsmannschaft und freute sich über die Anwesenheit der 1. Vorsitzenden der Reutlinger Landsmannschaft, Ilse Hunger. Nach gemütlicher Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen wurden Rechenschaft über das vergangene Jahr

und Vorschau auf das Jahr 2011 gegeben. Vor Einstieg in die Tagesordnung gedachte der Kreis aller verstorbenen Landsleute, die fern ihrer Heimat ihr Leben verloren haben. Höhepunkt aller Veranstaltungen war im vergangenen Jahr die Feier zum 60-jährigen Bestehen der Metzinger Landsmannschaft mit der Teilnahme von Herrn Oberbürgermeister Dr. Fiedler. Die Filmvorführung darüber erinnerte an den festlichen Abend. Im Jahr 2011 stehen wieder einige Termine an. Das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen findet am 28./29. Mai in Erfurt statt. Die Reutlinger Landsmannschaft und auch die Stuttgarter Landesgruppe fahren mit dem Bus nach Erfurt. Interessanten an dieser Fahrt können sich beim Vorsitzenden Heinz Scheffler melden. Am Sonntag, 3. Juli, geht's mit dem Bus zum Jahresausflug. Ziel ist der Murrhardter Wald mit dem Ebnisee sowie die dortige Umgebung. Am Sonntag, 1. Oktober, findet das traditionelle Grützwurstessen mit Tombola und Tanz und am Sonntag, 4. Dezember, die Weihnachtsfeier statt, alles im Restaurant Bohn. Zu guter Letzt wurden die Ehrungen vorgenommen. In besonderer Würdigung der Arbeit und Verdienste für die Heimat erhielt das goldene Dankabzeichen der Landesgruppe Baden-Württemberg Gerda Haushalter. Helmut Barwig wurde für zehnjährige Mitgliedschaft geehrt. Zum Ausklang der Veranstaltung zeigte Heinz Scheffler Filme über die Aktivitäten im vergangenen Jahr.

Stuttgart – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Hotel Wartburg, Lange Straße 49: Jahreshauptversammlung mit Rechenschaftsberichten und Ehrungen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 9. April, 14.30 Uhr, Ulme Stuben: Treffen der Gruppe zum Schabern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ingolstadt und Region – Sonnabend, 10. April, 14.30 Uhr, Gasthaus „Bonschab“, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 29. März, 14 Uhr, Prana-Zentrum, Ländgasse 127a: Schnupperbehandlung, 15.30 Uhr, Residenz-Café: Treffen der Gruppe.

München Nord/Süd – Freitag, 8. April, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Frauengruppe.

Weidenburg/Gunzenhausen – Sonnabend, 2. April, 10.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen: Ausstellungseröffnung „Grenzenloser Himmel“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 7. April, 14 Uhr, „Oase America“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Referat „Landleben in Ostpreußen“. Anfragen bei M. Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, Café Stresmann, Stresmannstraße 90, 10965 Berlin. Anfragen bei Joseph Liriche, Telefon (030) 4032681.



Lyck – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengl, Telefon (030) 5245479.



Rastenburg – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Wehlau – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, „Lindengarten“, Altbuckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.



Labiau – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.



Samland – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, Johann Georg-Stuben. Anmeldung bei Prof. Dr. Schulz, Telefon (030) 2515995.

FRAUENGRUPPE

Mittwoch, 13. April, 13.10 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Singen mit Herrn Molzahn. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: ghogemann@online.de

Bremen – Donnerstag, 31. März, Hotel zur Post: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Bericht des Vorsitzenden, 5. Ressortberichte, 6. Kassenbericht, 7. Kassenprüfungsbericht, 8. Aussprache, 9. Entlastung des Vorstandes, 10. Ergänzungswahl (Kassenführer und Kassenprüfer), 11. Wahl eines Ehrenmitgliedes, 12. Verschiedenes. Die Punkte 1–3 der Tagesordnung finden im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Sodann folgen die satzungsgemäßen Regularien der Punkte 4–12. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 24.

März an die Geschäftsstelle zu richten! Zum Abschluss wird die Bremer Autorin Trudi Knierim, die bereits im November 2009 einen Vortrag gehalten hatte, erneut mit Sagen und Geschichten aus dem Werk der Danziger Märchenfrau Elsa Faber von Bockelmann, aber auch aus eigenen Werken, vortragen. – Unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ findet das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai auf dem Messegelände in Erfurt statt. Die Fahrt der Gruppe dorthin wird vom Freitag, 27. bis Montag, 30. Mai stattfinden. Der Reisepreis beträgt 260 Euro bei Übernachtung im DZ, 335 Euro im EZ. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 3 x Übernachtung im Hotel „Park Inn by Radisson“ in Erfurt-Apfelstädt, 3 x Frühstücksbuffet mit Halbpension, Stadtführung mit der historischen Stadtbahn und anschließendem Rundgang durch mittelalterliche Gässchen zur Krämerbrücke (am 28. Mai), Besuch des Kyffhäuser-Denkmal einschließlich einer Pferdekutschfahrt (am 30. Mai), Eintritt und Führung im Burgmuseum am Kyffhäuser-Denkmal (am 30. Mai), Transfer zum und vom Messegelände an beiden Tagen des Ostpreußentreffens, Eintritt zum Ostpreußenfest. Anmeldungen sind bis 15. April bei JWD-Reisen, Telefon 4854633 möglich. Bezahlung bei Anmeldung auf das Konto Jürgen Wiebking, Konto-Nr. 18276727, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeut, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815, 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Nordstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. April, 10 Uhr (Ende 17 Uhr): Ostermarkt der ostdeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8, gegenüber der S-Bahnstation Stadtahausbrücke. Die Landesgruppe ist mit einem Angebot heimatischer Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt vom 27. bis 29. Mai. Es sind ein paar Plätze frei geworden! Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai um 7.30 Uhr, Hamburg-Kirchallee (gegenüber dem Hauptbahnhof). Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai, 16 Uhr. Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: pro Person im DZ 154 Euro, EZ-Zuschlag 40 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadt Rundgang zu den Sehenswürdigkeiten mit einem Stadtführer oder eine Besichtigung des Mariendoms zu Erfurt unter fachkundiger Führung. Abendbuffet am Anreisetag, Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Auskünfte und Anmeldung bei Walter Briedzuhn, Telefon (040) 6933520.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 10. April, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Dr. Hella Lemke und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai, Litauen. An der Orgel: Gernot Fries. Im Anschluss: Gespräch im Gemeindesaal bei Tee und Gebäck. Die St. Johanniskirche ist per S-Bahnlinien S3 und S31 (Station Harburg-Rathaus) in 10 Minuten Fußweg zu erreichen. Pkw-Stellplätze vorhanden.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an...“

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt: 2 Euro.



Heiligenbeil – Sonntag, 2. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff am Bauerbergweg 7: Die Heimatkreisgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Ku-

chen sollen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden verbracht werden. Vortrag zur Patienten-Verfügung und Vorsorge-Vollmacht. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Vortrag 5 Euro. Anmeldung bei Lm. K. Wien, Telefon (040) 30067092 bis Freitag, 1. April. – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußenfest in Erfurt vom 26. bis 29. Mai. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbuffet und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar.



Insterburg – Mittwoch, 6. April, 13 Uhr, Hotel zum Zepelin, Frohmstraße 12, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Heimatgruppe. Zum heiteren, kulturellen Frühlingsprogramm sind Gäste und neue Mitglieder herzlich willkommen! Rückfragen bei: Manfred Samel, Telefon und Fax: (040) 587585.



Sensburg – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Frühlingsüberraschungen. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Wiesbaden – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 55, Wiesbaden: Jahreshauptversammlung und Vortrag des früheren Vorsitzenden Horst Dietrich „Wird

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeige

Eva-Leonore Danielzik-Wulfes

* 18. 2. 1920 in Mykossen, Kr. Johannisburg / Ostpr.
Zuletzt Markthausen, Südstopr.
† 12. 3. 2011 in Celle

Unwandelbar in Liebe und Freude,
beständig in ihrer Gesinnung,
verwurzelt in ihrer ostpreußischen Heimat
ist sie über die Schwelle des Todes gegangen.

Wilhelm v. Gottberg
29221 Celle

Die Trauerfeier findet am 24. 3. 2011 in der Seniorenresidenz Beinsen, Celle, Wehlstraße, statt.
Die Urnenbeisetzung erfolgt in der Ostsee.

Statt zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge für deutsche Soldatenfriedhöfe in Ostpreußen;
Konto-Nr. 014 001, BLZ 520 501 51 (Stadtparkasse Kassel).

Kondolenzadresse: Wilhelm v. Gottberg, Kultz 1, 29465 Schnega, Telefon 0 58 42 - 3 79.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Königsberg mehr und mehr zu Königsberg?“ Zu der vorgeschriebenen Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) lädt der Vorstand mit folgender Tagesordnung herzlich ein: 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellung der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorsitzenden, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Punkten 3 und 4, 7. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010, 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil und dem Vortrag ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen!



NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 23, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wiltinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 10. April: Theaterbesuch bei der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird Gerhart Hauptmanns (Nobelpreisträger 1912) „Die Ratten“ in einer modernen Inszenierung von Vilija Neufeldt. Die Kosten für Bus, Eintritt und Kaffeegedeck betragen 25 Euro pro Person. Abfahrt des Buses (Grell's Reisen) 13.40 Uhr Hornburg, am Marktplatz, 13.50 Uhr Neukloster, B 73 Festplatz, 14 Uhr Buxtehude, Stader Straße, Waldburg, 14.03 Uhr Buxtehude, Stader Straße, Denkmal, 14.08 Uhr Buxtehude, Post/Marktplatz, 14.10 Uhr Buxtehude, ZOB, 14.20 Uhr Neu Wulstorf, B 73 Hauptstraße. Andere Einstiegsorte sind möglich und bei der Anmeldung abzuklären. Anmeldungen einschließlich Überweisung des Betrages werden bis zum 31. März erbeten. – 26. bis 29. Mai: 4-Tages-Fahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Da ein zweiter Bus eingesetzt wird, sind noch kurzfristige Anmeldungen möglich. Die Teilnehmer erhalten rechtzeitig alle Daten wie Abfahrtszeiten usw. Alle Anmeldungen bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918. Alle Überweisungen an die Landmannschaft Ostpreußen, Konto 50064690 bei der Sparkasse Harburg-Buxtehude, BLZ 207 500 00.

Helmstedt – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Anmeldungen und Informationen bei Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Dienstag, 12. April, 16.45 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegel. – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. April, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Treffen der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 7. April, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreussischen Hauptstadt.

Bonn – Sonntag, 3. April, 15 bis 16 Uhr, Dia-Vortrag von Marianne Neuman, Titel: „Metropoliten in Ost-Europa: Budapest – Prag – Tallinn (Reval)“, Parksaal der Stadthalle Bad Godesberg, gemeinsames Kaffeetrinken, anschließend Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei! – Dienstag, 5. April, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brandström-Straße 74: Veranstaltung „Ostpreußen im Spannungsfeld der Europäischen Mächte (Vom Ordensstaat bis in die Gegenwart)“, Referent Elinar Schubbe. – Am 1. März hat die Jahreshauptversammlung mit Königsberger Kloppe-Essen stattgefunden. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und bat sie, sich von den Plätzen zu erheben, um vier Mitgliedern zu gedenken, die im vergangenen Jahr verstorben sind. Da Vorstandswahlen anstanden, wurde als Versammlungsleiter Hans Günther Parplies vorgeschlagen und gewählt. Es folgten die Tätigkeitsberichte des Vorsitzenden, der Frauengruppenleiterin, des Kassenwarts und der Kassenprüfer. Es erfolgte eine Aussprache zu den Berichten, ohne Beanstandungen, und die Entlastung des Vorstandes wurde beantragt, und so konnte der Vorstand zurücktreten. Parplies dankte allen Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Es kam zur Wahl des Vorsitzenden und die Wiederwahl wurde beantragt. Der Vorsitzende wurde bei eigener Enthaltung einstimmig wiedergewählt, er nahm die Wahl an und dankte für das Vertrauen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Joachim Ruhnau gewählt, da der bisherige Stellvertreter Elinar Schubbe verzichtete hatte. Auch Joachim Ruhnau wurde einstimmig gewählt, dankte und nahm die Wahl an. In Absprache mit dem alten Vorstand wurde der neu gewählte Stellvertreter auch zum Kassenwart vorgeschlagen. Er wurde gewählt, dankte und nahm die Wahl an. Der Schriftführer Edwin Berkau wurde wiedergewählt. Die weiteren drei Beisitzer sind Brigitte Parplies, die weiterhin die Redaktion des Ostpreußenrufes übernimmt, sowie Elinar Schubbe und Martin Lehmann. Zu Kassenprüfern wurden Brigitte Blask und in Abwesenheit Hans Joachim Stehr gewählt. Das Mitteilungsblatt „Ostpreußenruf“ wird zukünftig nur sieben- bis achtmal im Jahr erscheinen, um Kosten zu sparen. Dem wurde zugestimmt. Unter Verschiedenes wurde über die Fahrt zum Deutschlandtreffen in Erfurt und das 60-jährige Bestehen der Kreisgruppe gesprochen, welches am 25. Juni stattfindet, diskutiert. Eine Ostpreußenreise wird vom 21. Juli bis 30. Juli stattfinden. Es fehlen jedoch noch einige Teilnehmer. Gegen 21 Uhr war die Jahreshauptversammlung beendet, der Vorsitzende dankte für die Teilnahme und schloss die Versammlung.

Düren – Freitag, 15. April, 18 Uhr, HDO: Heimatabend.

Gütersloh – Montag, 28. März, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.

Haltern – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatstreffen der Gruppe.

Köln – Dienstag, 5. April, 14 Uhr, Kolpinghaus International, St. Aernstraße 32: Heimatnachmittag. Umfangreiches Ostpreußenprogramm „Frühling im Land“ mit Gedichten, Geschichten und Liedern. Höhepunkt der Veranstaltung wird ein Diavortrag der Fotojournalistin Marianne Neumann über das Thema „Von Rüben nach Memel und weiter ins

Memelland“ sein. Vorbereitung auf die VHS-Fahrt im August. – Freitag, 15. April, 18.30 Uhr, Kolpinghotel International, St. Aern, Helenenstraße 32: X. Preußische Tafelrunde. Vortrag: Königin Luise, Auguste, Wilhelmine, Amalie zu Mecklenburg-Strelitz von Prof. Dr. phil. Wolfgang Striemy, 55566 Bad Sobernheim. Musikalische Umrahmung mit zeitgenössischer Musik, Piano: Frau Brummer, Flöte: Herr P. Riemer. Essen zur Wahl auf eigene Kosten, bitte anmelden: 1. Ein Pfund Spargel „bürgerlich“ mit zerlassener Butter und Salzkartoffeln, zirka 18 Euro; 2. Kalter Bratenteller mit Remoulade und Bratkartoffeln, 13,50 Euro; 3. Paniertes Schnitzel mit Rahmchampignons, Kroketten und kleinem Salat, 13,50 Euro; 4. Großer Salateller mit Ei, Schinkenstreifen, Käse, Tomaten, Gurken und Brot, 12,50 Euro. Zu allen Gerichten Suppe und Dessert. Anmeldungen: D. Taruttis, Telefon (0221) 791616, montags und donnerstags (0221) 2126645, Mobil (0177) 5649427.

Wesel – Sonnabend, 9. April, 17 Uhr, Heimatstube zu Wesel, Kaiserring 4: Frühlingssfest mit traditionellem Grützwurstessen. Hierzu lädt die Gruppe alle Landsleute, Bekannte und Heimatfreunde herzlich ein. Wie immer stehen verschiedene Darbietungen zur Unterhaltung auf dem Programm. Um verbindliche Anmeldung wird bis zum 2. April gebeten bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230. – Busreise zum Deutschlandtreffen vom 28. bis 30. Mai nach Erfurt/Thüringen ab Wesel-Busbahnhof. Interessenten von Wesel und Umgebung am Niederrhein melden sich bitte bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45667. Die Anmeldung ist verbindlich. Bitte das Reiseprogramm anfordern.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Ermländertreffen am 1. Fastensonntag in Ludwigshafen. Seit 50 Jahren finden in Ludwigshafen Ermländertreffen statt. Zum diesjährigen Treffen waren nur 20 Ermländer aus der Pfalz und Nordbaden nach Ludwigshafen gekommen. Den Gottesdienst in der St. Hedwigskirche feierte Pfarrer Bernhard Schaffrinski (Scheidt). An den Anfang seiner Predigt stellte Pfarrer Schaffrinski die Frage: Was bedeutet uns Gott? Da in der heutigen Zeit Gott immer mehr an den Rand gedrängt wird und bei vielen Menschen schon in Vergessenheit geraten ist – wofür es vielfältige Ursachen gibt – ist es für uns wichtig, zu Beginn der Fastenzeit auf diese Frage eine Antwort zu finden. Im heutigen Evangelium sagt Jesus: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt. Gott allein macht unser Leben sinnvoll und lebenswert. Der Satan führt Jesus auf die Zinnen des Tempels und fordert ihn auf: Wenn du Gottes Sohn bist, so stürze dich hinab. Gott wird dir schon helfen. Aber Jesus sagt: Du sollst den Herrn, deinen Gott, nicht auf die Probe stellen. Dies gilt auch für uns: Gott lässt sich nicht herausfordern und auf diese Art beweisen. Glaube beginnt, wo wir uns von uns abwenden und Gott vertrauen. Es lohnt sich, für Gott zu leben und im Glauben fest zu stehen. Wenn Gott mit uns geht, gehen wir nicht zugrunde, denn unsere Heimat ist der Himmel. Beim gemütlichen Beisammensein wurde derjenigen gedacht, die aus gesundheitlichen Gründen dieses Jahr nicht kommen konnten und derer, die im vergangenen Jahr verstorben wa-

ren. Außerdem wurde beschlossen, auch bei geringer Teilnehmerzahl die Treffen weiterhin durchzuführen. Der Termin für das nächste Jahr ist aus organisatorischen Gründen erst am 2. Fastensonntag, dem 4. März 2012. Der Dank am Schluss galt allen, die zum Gelingen des Treffens beigetragen hatten.

Mainz – Freitag, 1. April, 13 Uhr, „Café Oase“, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Mit einer Telenachrichte und der Ostpreußenhymne eröffnete die Kreisgruppe ihre Jahreshauptversammlung. In seinem Jahresrückblick berichtete Manfred Schusziara von der literarischen Interpretation zweier Werke der Dichterin Agnes Miegel unter der Leitung von Werner Amling. Auch die ostpreussische Mundart wird bei den Treffen der Gruppe, zu der 49 Mitglieder gehören, gesprochen. Die Heimatvertriebenen zählen durch Krieg, Flucht und Vertreibung zur Erlebnisgeneration. Alle Landsmannschaften bilden eine Schicksalsgemeinschaft, die sich berechtigt für das Recht auf Heimat einsetzt. Siegfried Lenz fordert ein „Erinnern, wenn Vergessen groß geschrieben wird“. Nach der einstimmigen Entlastung des Vorstandes wurden gewählt: 1. Vorsitzender Manfred Schusziara, 2. Vorsitzender Werner Amling, Schriftführerin Erika Melzer, Kassenwart Otto Waschkowski, Beisitzer Brigitte Buttgeit, Britta Hiller, Elfriede Schaedler, Annemarie Schusziara, Dieter Melzer. Kassenprüfer: Karl-Heinz Beyer, Paul Schulzki. Eine vom Ehepaar Melzer vorbereitete Kaffeetafel leitete zum gemütlichen Teil über. Geplant ist ein Reisebericht von einer Fahrt nach Ostpreußen, den Lutz Freitag halten wird. Interessenten für die Mitfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt am 28. und 29. Mai melden sich bitte bald bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trinklowski, Hans-Löcherer-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Montag, 11. April, 14 Uhr, Krötenhof: Osterbräuche.

Halle – Sonnabend, 2. April, 14 Uhr, Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Freitag, 8. April, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singkreises. – Sonntag, 10. April, 14 Uhr, Sportplatzstätte Post, Spielhaugenstraße: Veranstaltung der Gruppe zum Thema „Ostern“.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 594758, Wilhelmsteinstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – In der März-Runde der Ost- und Westpreußen wurde darüber gesprochen, dass Flucht und Vertreibung die Familien- und Ortsgemeinschaften auseinander gebracht haben. Ulrich Klemens zeigte am Beispiel seiner Familie aus dem Kreis Elchniederung, wohin die Familienmitglieder gekommen waren. Die Familie seines Onkels landete in Niedersachsen, eine andere kam bis Marienburg und musste zu Fuß zurück durch ganz Ostpreußen in den Heimatort. Diese Familie konnte erst später ausreisen. Der Vater von Ulrich Klemens war als junger Soldat gefallen, die Mutter blieb in Sachsen-Anhalt

und hat versucht, die Familie und die Traditionen zu erhalten. Das Schicksal der Familie Klemens ist exemplarisch für alle Familien aus dem Osten. Nur selten kam eine ganze Dorfgemeinschaft zusammen an einem Ort an und konnte dort bleiben. In der lebhaften Aussprache wurde herausgestellt, dass durch Krieg und Flucht Familien- und Dorfgemeinschaften zerschlagen wurden. So gingen Kultur, Tradition und auch Sprache und Mundart verloren. Ein Einzelner wurde von seinem „neuen Kulturkreis“ aufgenommen und konnte nichts bewirken. Das wäre nur in der Gemeinschaft möglich gewesen. Zum Schluss des Nachmittags konnten sich die Damen über einen Tulpenstrauch zum Frauentag freuen.

Bad Schwartau – Sonntag, den 10. April, 12 Uhr ab ZOB Bad Schwartau: Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Preis 35,00 Euro. Ab 16 Uhr beginnt die Aufführung „Die Ratten“, eine Tragikomödie von Gerhart Haupt-

mann, die viele sicher schon vor Jahren auch als Spielfilm gesehen haben. Seit 1921 gab es fünf Verfilmungen mit namhaften Künstlern, aber die Aufführung unter der Regie von Vilija Neufeldt auf der Elmshorner Bühne ist ein mitreißendes Erlebnis, das sich keiner entgehen lassen sollte. Vor der Aufführung gibt es natürlich wieder eine typisch ostpreussische Mahlzeit, diesmal „Königsberger Kloppe“ – so, wie sie jeder aus der Heimat noch kennt – und einen Bärenfang als „Verteilerchen“. Gäste sind wie immer herzlich willkommen! Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder (04504) 3435 oder Regina Gronau (0451) 26706.

Flensburg – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr: Kaffeetunde mit einem Dia-Vortrag von Hartwig Wilkens mit dem Thema „Deutsches Leben in Namibia, ehemals Deutsch-Südwestafrika“. Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Archiv und Geschäftsstelle an neuem Standort. Ab 1. April befindet sich die Geschäftsstelle mit dem Angerburger Archiv in einem Erweiterungsbau

des Patenschaftsträgers am Weicheler Damm 11 in 27356 Rotenburg (Wümme). Dort werden in Zukunft auch die Vorstandssitzungen stattfinden. Telefonisch und postalisch ist die Kreisgemeinschaft Angerburg wie bisher (siehe Kasten) während der Bürozeiten zu erreichen. Telefonisch ist die Geschäftsstelle an folgenden Tagen (außer Urlaub und Krankheit) erreichbar: montags, dienstags und donnerstags von 8.30 bis 12.30 Uhr, mittwochs von 8.30 bis 12 Uhr und außerdem donnerstags von 13

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Kompetenz & Qualität

Frieling-Verlag Berlin, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlicht zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handverleichte Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Verlag sucht Autoren

Fordern Sie unverbindlich Gratis-Informationen an.

Frieling-Verlag Berlin • Rheinstraße 46 • 12161 Berlin • Tel. (0 30) 7 66 99 90 Fax (0 30) 7 74 41 03 • E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Urlaub/Reisen

18.5.-26.5.11 Schiffs-Busreise, Memel, Kur. Nehrung, Trakehnen, Eberode, Königsberg u. Rauschen
22.7.-30.7.11 Mit Helmut Perrey, Nordostpreußen, Tilsit, Trakehnen, Memel, Kaunas u. Masuren.
21.6.-30.6.11 Schiffs-Busreise Kiel – Memel – Nidden u. Eberode – Trakehnen zum Johannistest
Schiffs-Rückreise ab Gdingen nach Rostock inkl. HP auf den Schiffen u. aller Ausflüge.
3.6.-11.6.11 Schiffs-Busreise zur Spurensuche nach Stettin, Kolberg, Trakehnen, Rominter Heide
7.7.-14.7.11 Masuren mit Sommerfest in Goldap, Lözen, Königsberg, Gumbinnen u. Danzig.
12.8.-20.8.11 Eydtkuhnen, Stallupönen, Tilsit, Kur. Nehrung, Memel, Marienburg u. Oberandkanal.
27.5.-30.5.11 Busreise zum Ostpreußentreffen in Erfurt. Teilnahme am Treffen an beiden Tagen.
incl. Eisenach, Wartburg, Stadtrundfahrt Erfurt. Inkl. 3x HP im 3-Sterne-Hotel.

SCHEEER-REISEN.de • Tel. 0202 500077 • Fax 0202 506146 • info@schaeer-reisen.de

Masuren-Danzig-Königsberg
Kurische Nehrung

DNV-Tours Tel. 07154/131830

BALTIKUM
Estland • Lettland • Litauen
St. Petersburg & Königsberg
Farbkatalog: Tel. 040/380 20 60
www.baltikum24.de

Schiff und Flugzeug nach Pommern, Ostpreußen, Ost- und Westpreußen
Stettin • Breslau • Danzig • Königsberg • Memel
Wir organisieren für Ihre Schul-, Orts-, Kreis- oder Kreisgemeinschaft.
Ihre Oder oder Markviertel Reisen nach Rostock inkl. HP auf den Schiffen u. aller Ausflüge.
für Gruppen ab 10 – 48 Personen
mit über 100 Jahren Erfahrung
Greif Reisen A. Marthey GmbH
Rheinstraße 7 • 38455 Wilten
Tel. 05202 440 444 • Fax 0520 20 20 20
Internet: www.greifreisen.de

Schreiben Sie?

Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / 99
www.edition-fischer.com
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

bis 17 Uhr. Besuchern wird empfohlen, rechtzeitig mit Ludmilla Mischok vom Landkreis Rotenburg einen Termin zu vereinbaren. Mit dem Umzug aus der Zwischenunterbringung in der Rotenburger Innenstadt zum Weicheler Damm 11 ist viel zusätzliche Arbeit verbunden. Der Archivbestand wird frühestens 2012 zugänglich sein. Es ist bis dahin noch viel zu tun und so wird um Verständnis für damit verbundene Unzulänglichkeiten beziehungsweise Verzögerungen bei der Beantwortung von Anfragen gebeten. Alles ist darauf zurückzuführen, dass der Rotenburger Heimatbund mangels ehrenamtlicher Helfer, aber auch aus finanziellen Gründen sich 2010 aufgelöst hat. Dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und allen politisch Verantwortlichen kann die Kreisgemeinschaft für die ihr großzügig zur Verfügung gestellten Räume nur danken. Ein solches Verhalten, wie es der Patenschaftsträger gegenüber den Heimatvertriebenen hier gezeigt hat, gibt es in der heutigen Zeit nur noch selten.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Davidleit, Telefon (034203) 33567. Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Südliches Ostpreußen – Rundreise 10. Juli bis 17. Juli: Das Naturparadies Masuren ist im kommenden Sommer unser Reiseziel. Wir fahren durch die schönsten Landschaften Mitteleuropas mit einer über Jahrhunderte wechselvollen Geschichte. Erleben Sie die atemberaubende Natur und die wundervolle Atmosphäre der historischen Dörfer und Städte sowie die unvergleichliche Idylle einer Region. Folgendes Reiseprogramm haben wir vorgesehen: 1. Tag: Posen und Gnesen Anreise nach Polen. Erster Zwischenstopp ist in Posen zur Stadtführung. Der zentrale Altmarkt wird geprägt durch das sehenswerte Renaissance-Rathaus. Umrahmt wird der Platz von sehr schönen Bürgerhäusern. Anschließend Weiterreise bis nach Gnesen zur Zwischenübernachtung. 2. Tag: Führung durch den bereits 965 gegründeten Dom von Gnesen. Anschließend erreichen Sie Thorn und unternehmen eine Führung durch die sehr sehenswerte Altstadt. Danach Weiterfahrt nach Nikolaiken, wo Sie im direkt an einem See gelegenen Hotel „Golebiewski“ Ihre Zimmer beziehen. In Nikolaiken lädt eine hübsche Seepromenade mit vielen kleinen Geschäften und Cafés und einer großen Marina zum Bummeln ein. 3. Tag: Zunächst besuchen Sie die barocke Klosterkirche in Heilige Linde mit ihrer besonders schönen Orgel. Bei Rastenburg besuchen Sie die Wolfsschanze. Bei Steinort erreichen Sie die ehemalige Gutsanlage der Familie von Lehndorff und passieren anschließend an der Engstelle zwischen dem Mauersee und dem Dargenensee eine der schönsten Stellen Masurens. Von dort Fahrt auf die Jägerhöhe ober-

halb des Mauersees bei Angerburg mit einer eindrucksvollen Aussicht. Danach besuchen Sie Lötzen und werden anschließend bei Zondern auf einem Bauernhof zum Kaffeetrinken erwartet. Übernachtung in Nikolaiken. 4. Tag: Am Vormittag Schiffsfahrt von Nikolaiken über die Masurischen Seen. Anschließend Weiterfahrt in Richtung Eckersdorf mit Besuch des Philipponenklosters. Am der Kruttina wird ein Zwischenstopp für eine Staken-Kahnfahrt eingelegt. Anschließend Weiterreise in das Ermland. Bei Osterode beziehen Sie Ihr an einem See gelegenes Hotel für die nächsten zwei Nächte. 5. Tag: Fahrt in das benachbarte Hohenstein. Dort erleben Sie in einem Freilichtmuseum ein traditionelles ostpreußisches Dorf. Anschließend besteigen Sie Ihr Schiff zu einer Fahrt auf dem Oberländer Kanal. Am Abend erleben Sie auf einem Gestüt in der Umgebung eine zünftige Bauernhochzeit. Zunächst geht es mit Pferdegespannen zum Hochzeitshaus, wo Sie zu einem deftigen Abendessen, bei dem in Masuren auch ein Wodka nicht fehlen darf, erwartet werden. Übernachtung bei Osterode. 6. Tag: Am Vormittag Weiterreise in die alte Hansestadt Danzig. Ihr komfortables Hotel „Scandic“ liegt nur wenige Schritte von der Altstadt entfernt. Bei einem geführten Rundgang zu Fuß durch die restaurierte Danziger Altstadt sehen Sie die Marienkirche und das Rathaus. Auf dem Langen Markt passieren Sie den historischen Artushof, einst der Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute, die in Danzig ihre Waren umschlugen. An der Motlau bestaunen Sie das mittelalterliche Krantor bevor Sie in die hübsche

Mariengasse einbiegen. Übernachtung in Danzig. 7. Tag: Nach dem freien Vormittag führt Sie die heutige Elappe in die von hundertenden Seen geprägte Landschaft Kasubiens. Sie besuchen Karthaus mit der Klosterkirche, die vielen nicht zuletzt aus der Verfilmung des Romans „Die Blechtrommel“ bekannt ist. Bei der geführten Rundfahrt durch Kaschubien erleben Sie eine ursprüngliche Landschaft. Anschließend letzte Zwischenübernachtung in einem Pommerschen Schlosshotel in der Nähe von Köslin. 8. Tag: Heimreise nach Deutschland. Reisepreis pro Person 735 Euro, Einzelzimmerzuschlag 145 Euro. Weitere Informationen bei der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Telefon (034203) 33567, Peter Westphal, Telefon (05324) 798228 oder bei Partner-Reisen Grund-Touristik, Telefon (05132) 588940



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 3, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Komm. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Gratulation Günter Neumann-Holbeck, Kirchspielsvertreter von Balga. Erich Kästner hat einmal gesagt: „Man kann den Menschen aus der Heimat vertreiben, aber nicht die Heimat aus den Menschen.“ Diese Aussage trifft in ganz besonderem Maße auf unser Geburtstagskind zu. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. gratuliert Günter Neumann-Holbeck ganz herzlich zum 80. Geburtstag, den er am 27. Februar 2011 feiern konnte und wünscht ihm im Kreise seiner Familie noch viele glückliche und gesunde Lebensjahre. Landsmann Günter Neumann-Holbeck arbeitet seit über 15 Jahren voller Herzblut und Enthusiasmus als Kirchspielsvertreter für das Kirchspiel Balga, dem geschichtsträchtigen Ort am Frischen Haff, mit den Gemeinden Balga, Gr. Hoppenbruch, Kahlholz, Wolitta und ganz besonders Föllendorf, wo er bis zur Vertreibung eine glückliche Jugend verbrachte und für das er sich seit 1983 als Gemeindevertreter einsetzt. Jedes Jahr zieht es Günter Neumann-Holbeck von neuem in seine Heimat. Nicht nur die Landsleute aus der Heimat schätzen seine ruhige und ausgleichende Art, sondern auch die jetzigen Bewohner seines Heimatortes, zu denen er freundschaftliche Kontakte aufgebaut hat, die er auch intensiv pflegt. Im September 2010 während des Hauptkreistreffens in Burgdorf erhielt er die Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in Gold für seine unermüdete Arbeit im Andenken an seine Heimat, deren Verlust er bis heute nicht verwinden hat und die er nie vergessen wird. Stellvertretend für den Vorstand Elke Ruhnke

Busreise zum Bundestreffen der Ostpreußen in Erfurt 27. bis 29. Mai: Programmablauf: Freitag: Busfahrt von Braunschweig und Hannover mit Zustieg in Hildesheim und Göttingen nach Thüringen. Am frühen Nachmittag erreichen Sie Eisenach, wo Sie Ihre Reiseleiterin bereits zu einer Rundfahrt durch den Thüringer Wald erwartet. Ihre Route führt dabei nach Schmalkalden, eine romantische Fachwerkstadt und ein besonderes Thüringer Kleinod, und weiter über Zella Mehlis nach Oberhof, dem wohl bekanntesten Thüringer Wintersportort direkt am Rennsteig. Gegen Abend erreichen Sie Ihr Hotel „Linderhof“ in Erfurt, wo Sie nach dem Bezug Ihrer modernen und komfortabel eingerichteten Zimmer schon zum Abendessen erwartet werden. Der Tag klingt im Hotel in geselliger Runde aus. Samstag: Nach dem Frühstück Transfer zum Messegelände, wo das Bundestreffen der Ostpreußen stattfindet. Viel Zeit für Begegnungen und zum Planchandem. Am Nachmittag erwartet Sie Ihr Stadtführer zu einem Bummel durch die hübsche Altstadt von Erfurt. Sie sehen den beeindruckenden Erfurter Dom mit der größten frei schwingenden mittelalterlichen Glocke der Welt – der „Gloriosa“ mit einem einzigartigen Ton – und spazieren über die Krämerbrücke, eine der wenigen völlig mit Wohnhäusern bebauten Brücken Europas. Nach dem etwa anderthalbstündigen Rundgang Rückfahrt zum Hotel und gemeinsames Abendessen. Sonntag: Transfer zum Messegelände und Teilnahme an den Veranstaltungen beim Bundestreffen der Ostpreußen. Am Nachmittag Rückreise nach Hannover. Programmänderungen vorbehalten. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränke-Service, 2 Ü/HP im gepflegten 4-Sterne-Hotel „Linderhof“, Unterkunft in modernen Doppel- und Einzelzimmern mit DU/WC, Fernseher, Radio und Telefon. Stadtführung in Erfurt. Eintrittskarte zum Bundestreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände. Geführte Rund-

fahrt Thüringer Wald und geführter Altstadtrundgang in Erfurt (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen). Preis: 229 Euro, EZZ: 45 Euro. Partner-Reisen. Grund-Touristik GmbH & Co. KG, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Tel. (05132) 588940, Fax (05132) 825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Wariat, Silberstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwariat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekmann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570. E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wolk, Nachtgallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Ingrid und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

Montag, 23. bis Mittwoch, 25. Mai, Jugendbildungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen in Bad Pyrmont: Treffen der ehemaligen Herderschüler 2011. Das Treffen beginnt Montag am späten Nachmittag. Eine Verlängerung des Aufenthalts über den 25. Mai hinaus ist möglich bei rechtzeitiger Anmeldung unter Telefon (05281) 93610. Da weite Wege für einige immer beschwerlicher werden, wird auf einen Ausflug verzichtet. Dafür soll das alte Pyrmonters Schloss besichtigt werden. Anmeldungen bei Martin Haese, Koppelpweg 9 in 27711 Osterholz-Scharmbeck. Telefon (04795) 1599. Die Anmeldung ist auch per E-Mail möglich bei georg.v.groeling-mueller.de



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Buch „Die Landgemeinden.“ Das Buch „Die Landgemeinden des Kreises Lyck“ von Reinhold Weber ist wieder erhältlich. Es kostet 20 Euro. Außerdem sind noch vorrätig: Das Kreisbuch (732 Seiten) für 20 Euro. Die Chronik von 1859 für 5 Euro. Kleiner Reiseführer für 5 Euro. Alle Ortspläne für 20 Euro. Hagen-Lycker Briefe 1-32, eingebunden, für 32 Euro. Zum Erwerbspreis kommen noch die Kosten des Versands. Alle Bücher sind bei Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Tel. (0581) 79797 zu bestellen.

Ulrich Schrubba ist verstorben: Am 17. März verstarb Ulrich Schrubba. Er wurde am 16. November 1931 in Finsterwalde, Kreis Lyck, geboren. Ulrich Schrubba war akademisch ausgebildeter Musiker, der uns oft in musikalischen Fragen beraten hat. Zuletzt war er beim Polizeiorchester in Dortmund beschäftigt. Ulrich Schrubba war seit dem 19. Januar 1996 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Finsterwalde, seit dem 18. August 2005 Bezirksvertreter des Bezirks Dreimühlen und damit Mitglied des Kreistages. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird Ulrich Schrubba in dankbarer Erinnerung behalten. Seiner Frau und seinem Sohn gilt unsere herzliche Anteilnahme.

Anzeige

Ihre Zeitschrift für Militärgeschichte

Packend illustriertes Wissen aus 5000 Jahren

MILITÄR & GESCHICHTE

Mit **DVD**

Göring

Der zweite Mann im „Dritten Reich“

Partisanenkrieg
Der griechische Kampf gegen die deutsche Besatzung

Tillys Triumph
Die Schlacht bei Lutter am Barenberge 1626

Siegreiche Barbaren
Welche Taktiken kannten die germanischen Heere?

Plakate 1914-1918
Informationsträger und gezielte Propaganda

> Kriege & Schlachten

> Waffen & Technik

> Persönlichkeiten

> Dokumente

kompetent / objektiv / modern



Wandbild zeigt Einzug der Salzburger

Dem neuen Besitzer des Landgasthofes „Alte Apotheke“, Waldyan Sudias, gefiel eine Skizze, die den Zug der Salzburger und Berchtesgadener Protestanten nach Ostpreußen zeigte. Dieses Bild sollte im Landgasthof den Besuchern zeigen, von wem Ostpreußen nach dem Adlersschuß durch den Dreißigjährigen Krieg und der anschließenden Pestepidemie wieder besiedelt und kultiviert worden war. Die von dem Deutschen Hagen Mörig angefertigte Skizze wurde von Rita Artamkina als Entwurf für ein Wandbild in den Maßen 5 x 2,50 Meter umgestaltet und der Förderverein übernahm die Finanzierung. Zuerst musste die Wandfläche mit einem Bleistift in einzelne Sektoren eingeteilt werden, in welche die jeweiligen Motive gezeichnet wurden. Es war eine zeitraubende Vorarbeit. Artamkina

Der gemeinnützige Förderverein „Hilfe für Trakehnen e.V.“ hofft, mit dieser Maßnahme eine Würdigung geschaffen zu haben, die der historischen Entwicklung des Ortes, der Region, des gesamten Landes nicht nur gerecht wird, die sich hoffentlich auch über Generationen hinweg positiv auswirken wird. *EB*

Lüneburg: Kulturstatsminister Bernd Neumann informierte sich über Museumserweiterung



Gut informiert und gut vorbereitet: Bernd Neumann (4. v. l.) wurde 1942 in Elbing geboren.

Am 7. März besuchte Kulturstadtsminister Bernd Neumann mit zwei Mitarbeitern das Ostpreußische Landesmuseum in Lübnenburg. Der Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordnete Eckehard Pohl hatte eine Bitte des Museumsdirektors Dr. Joachim Mähner entgegen, und denne Minister zu einem Besuch einladen. Aus diesem Anlass waren auch der Vorstandsvorsitzende der ostpreußischen Kulturstiftung (OKS), Rolf-Dieter Karl, und deren Vorsitzende sowie der stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates

Neumann erwies sich als hervorragend informiert und gut vor-

auch die Sorge der Museumsverantwortlichen hinsichtlich der Finanzierung des Erweiterungsbaues vorgetragen. Die bewilligten 4,1 Millionen Euro durch den Bund und das Land Niedersachsen reichen auch beim besten Willen zum Sparen nicht aus, um die bereits genehmigte Konzeption für die Erweiterung des Hauses zu realisieren (Erweiterung

Der Kulturstatsminister – gebürtiger Elbinger – entfachte eine kleine Diskussion mit der Frage, ob seine Vaterstadt früher zur Provinz Ostpreußen oder zur Westpreußen gehört habe. Mit der Feststellung, dass Elbing bis zur Abtretung des Korridorgebietes 1919 immer westpreußisch war, gaben sich alle zufrieden.

W. v. Gottberg

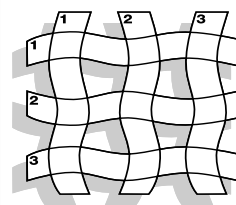
Auswertung	Vor-spiele (Ital.)	verschö-nendes Beiwerk	Arzt, Doktor		welch-liches Reh	Gleitmit-tel (Win-ter-sport-gerä-te)	Anker-platz vor dem Hafen	Platt-fisch	Schmelz-gefäß	Seegebiet zw. Jüt-land und Norwegen	Fluss in Mit-tel-europa	Gebets-schluss-wort	zwei Dinge, Men-schen	engl. Fantasy-Autor (J. R. R.
amerika-nische Raum-sonde			Jazzstil (Kurz-wort)			Pilanz-zu Heil-Würz-zwecken		Wort-schwalm				Nachlass-emplan-gen	Doppel-kontinent	
lange, schmale Vertiefung		Aktions-radius; Einflussbereich		bunte Bühnen-schau		Stadt an der Aller (Nieder-sachsen)		Garten-häuschen	Hab-Raft-sucht		Tages-abschnitt	Wund-starr-kranznag (Med.)		
Stell-vertreter eines Abtes		Opern-solo-gesang				Ge-schäfts-zimmer,-stelle				Veran-staltung, Ereignis (engl.)	Kloster			
fühlen, berühren					Metal-bolzen		großer Groß-vogel				Strauch-frucht			
		alt-röm. Liebes-götlin; Planet					schreien (Schaf, Kalb)	japani-sche Hafen-stadt	bayri-scher Komiker (Karl)					
geschick-te Täu-schung	wütende, rasende Frau					sapoppe Umgang-sprache; Jargon	Trink-gefäß					Alpen-gipfel in Süd-tirol		ver-mischen (Teig)
dt. Maler, Grafiker (Emil)				Beste, Siegerin				Zwangs-lage, Klemme		früher: Ver-wallter	germa-nischer Donner-gott			
							dritter Fall, Wemfall				Süd-slawin		Kletter-platze	
					Schutter-tuch	teste Ver-packung aus Pappe	Gallert aus Gelatine, Knochen		Meeres-algen-platz	Neben-meer des Atlantiks			frühere Münze	
		Aus-lands-verbrei-tung						flüssiges Fett	Fuß-matte					
		Handels-spamine, Spiel-raum	Zuflicht, Zulufts-ort (grie-chisch)	Trocken-heit	Vorbe-deutung					aus-ge-nom-men, frei von Auge	Haar-bogen über dem Auge	bayr. Heilbad an der Isar	Säge-tier-or-dnung	römi-scher Kaiser
		Forde-rung (lat.)		Sofe zum Ein-tunken		Name zweier Flüsse z. Rhein	eine Zahl			rück-seitig, am Ende	alge-rische Stadt		chem. Zeichen für Ger-manium	
		Heil-kräut zur Beruhigung		europä-ischer Staat (Eire)				Zimmer-winkel		Besitzer (Auto, Tier)				
Enterich							kleines Lasttier				Null beim Roulette			

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: **ORT** kann z. B. **ORT**, **TOR** oder auch **ROT** heißen).

GILOS	→	AAMM	IIMNT	→	AAERW	→	ALNU	DINR	AEMT
→		→			MRUW	→	→	→	→
AMNOR			AAHI LT	→					
AGIIM MNRT	→								
ALMS	→				DEEN	→			

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gewürzpflanze.

1	PRIVAT							BUERO
2	LUFT							PFERD
3	GLAS							GESELLE
4	GRAU							PILZ
5	SEGEL							BRUECKE
6	FERN							SEELE
7	PREIS							GERICHT



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Leib der Lebewesen
2 Kanzelrede
3 Verlauf eines Geschehens

Heimattreffen 2011

Auch in diesem Jahr treffen sich die Ostpreußen landauf – landab und dokumentieren so ihre Liebe zur angestammten Heimat



16.-18. September, Allenstein-Stadt: Kirchspieltreffen, 56. Kreisrestreffen in Gelsenkirchen.



17. April, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Jonkendorf mit Wengaiten, Mondtken, Steinberg, Poleiken im Freisenbruch in Essen-Stehle.

14. Mai, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Stabigotten, Wemitten, Pkatzig, Honigwalde, Griesleinen im Restaurant „Tiroler Stuben“ in Ratingen.

28. Mai, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Klaukendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf im Hölterweg 2 in Bochum-Werne.

10. September, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Klaukendorf, Groß Purden, Groß Kleeberg in Unna Massen.

1. Oktober, Allenstein-Land: Kirchspieltreffen Deuthen im Restaurant Tannenbusch in Hagen.



17./18. September, Angerburg: Hauptkreistreffen, Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme).



3. September, Bartenstein: Kreistreffen in Nienburg an der Weser.



24./25. September, Braunsberg: Kreistreffen in Münster in Westfalen.



26. November, Braunsberg: Heimattreffen, Handeshof, Mülheim an der Ruhr.



19. April, Ebenrode (Stallupönen): Frühlingstreffen in Berlin-Neukölln.

6. Dezember, Ebenrode (Stallupönen): Adventstreffen in Berlin-Neukölln.



29. April – 1. Mai, Elchniederung: Kreistreffen Inse, Hotel Schaumburger Hof, Graf-Wilhelm-Strasse 22 in Steinhude.

16.-18. September, Elchniederung: Hauptkreistreffen im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf.



16./17. April, Fischhausen: 32. Ortstreffen Palmnicken und Umgebung im Kolpinghaus, Restaurant „Römerturm“ im Grevenbroicher Weg 70 in Düsseldorf.

30. April, Fischhausen: 19. Ortstreffen Neukuhnen im Hotel „Gorch Fock“, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand.

1. Mai, Fischhausen: 18. Ortstreffen Bärrwalde in der Gaststätte Auetal, Dorfstraße 42 in Döhle.

13.-15. Mai, Fischhausen: 20. Ortstreffen Drughenen und Umgebung im Hotel Lindenhof in Eckerförde.

4. Juni, Fischhausen: Ortstreffen Gr. Kühren und Umgebung im Hotel Lindenhof in Eckerförde.

6.-8. August, Fischhausen: 57. Pilsener Heimattreffen im Stadthalenrestaurant in Eckerförde.

17.-18. September, Fischhausen: Hauptkreistreffen in Pinneberg im Hotel Cap Polonio, VII-Heim, Samlandmuseum.



4.-8. April, Gerdauen: Ortstreffen Gerdauen im Ostheim in Bad Pyrmont.

16. April, Gerdauen: Kirchspieltreffen Karpowen, Strandterrassen, Steinhude.

28./29. Mai, Gerdauen: Hauptkreistreffen im Rahmen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen, Messegelände Erfurt.

2.-4. September, Gerdauen: Ortstreffen Neudorf, Hotel Braunschweiger Hof, Bad Bodenteich.



7. April, Goldap: Treffen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap in Berlin. Referat: „Landleben in Ostpreußen“, „Oase Amers“, Borussiastraße 62.

5. Mai, Goldap: Treffen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap in Berlin. Referat: „Landleben in Ostpreußen“, „Oase Amers“, Borussiastraße 62.

20.-25. Mai, Goldap: Ortstreffen Texeln und Umgebung in Erfurt.

28./29. Mai, Goldap: Deutschlandtreffen der Ostpreußen im Messegelände Erfurt.

4./5. Juni, Goldap: Ortstreffen Kallweithen (Kornberger) in Suhlendorf.

5.-8. Juni, Goldap: Treffen der Groß Rominter in Hetzdorf.

11./12. Juni, Goldap: Dorftreffen Steinhagen (Juckneitschen), Gaststätte Columbus in Krelingen.

19.-22. Juni, Goldap: Dorftreffen Schielasken/Babken (Hallenfelde/Steinbrück), Ev. Zentrum, Tagungsstätte Kloster, Drübeck bei Wernigerode.

9. Juli, Goldap: Goldaper Sommerfest am Goldaper See, Hotel Lesny Zakatok.

16. Juli, Goldap: Sommerfest des Dachverbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren.

11.-14. August, Goldap: Dorftreffen Schuiken (Spechtsboden) in Seedorf/Uckermark, Seehotel Huber.

9.-11. September, Goldap: Heimattreffen im Hotel Vier Linden in Stade.

22. September, Goldap: Treffen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap in Berlin. Erntedankfest in Ostpreußen, „Oase Amers“, Borussiastraße 62.

1. Oktober, Goldap: Ostpreußen Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern.

1. Dezember, Goldap: Treffen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap in Berlin. Adventsfeier, „Oase Amers“, Borussiastraße 62.

2. Dezember, Goldap: Adventsfeier der Heimatkreise Goldap, Angerburg und Darkehmen in Berlin. „Oase Amers“, Borussiastraße 62.



30. April, Gumbinnen: 37. Heimattreffen im Landhotel in Spornitz (an der B 191 gelegen).

7. Mai, Gumbinnen: Treffen der Kreisgruppe, Thema: „Der Mai ist gekommen“, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.

23. Juli, Gumbinnen: 11. Heimattreffen im norddeutschen Raum, Hotel „Zur Glashütte“, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstadt.

10./11. September, Gumbinnen: 58. Bundestreffen der Gumbiner und Salzburger und 18. Kreisversammlung in der Patenstadt Bielefeld. Neuer Veranstaltungsort: Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133-135, 33607 Bielefeld.

19. November, Gumbinnen: 38. Heimattreffen im Hotel Spornitz, nahe Parchim.



9. September, Heiligenbeil: Kirchspieltreffen Bladiau im Gemeindesaal der

Pankratiuskirche zu Burgdorf.

10. September, Heiligenbeil: Treffen der Stadtgemeinde Zinten im Veranstaltungszentrum Burgdorf.

10.-11. September, Heiligenbeil: Hauptkreistreffen in der Sorgen-er Straße 31 (Veranstaltungszentrum) in Burgdorf.

14.-16. Oktober, Heiligenbeil: Sondertreffen Kirchspiel Brandenburg und Pörschen im Helmut-Tietjes-Haus (Jugendherberge) in Rotenburg an der Wümme.



16. April, Insterburg: Treffen der „Insterburger Teutonen“ in der Gaststätte Bürgerbräu in Osnabrück.

24.-26. Juni, Insterburg: Ortstreffen Groß Schunkern/Birken und Umgebung im Ostheim in Bad Pyrmont.

5. November, Insterburg: Treffen der „Insterburger Teutonen“ in der Gaststätte Bürgerbräu in Osnabrück.



20. April/9. Juni/19. Oktober/14. Dezember, Johannisburg: Treffen der Kreisgruppe in Berlin.

29. April – 1. Mai, Johannisburg: Treffen der Gruppe Gemeinschaft Arys Stadt und Land im Hotel Herlingsburg in Schieder-Glashütte.

1. Mai, Johannisburg: Kreistreffen in Düsseldorf im Gasthof „Im Goldenen Ring“.

28./29. Mai, Johannisburg: Deutschlandtreffen in Erfurt.

10. Juli, Johannisburg: Kleines Ostpreußenfest auf Schloss Bürg bei Solingen.

4. September, Johannisburg: 55. Hauptkreistreffen in Dortmund im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen, Rheinlanddamm 200.

4. September, Johannisburg: Orts- und Kirchspieltreffen Morgen im Kongresszentrum Westfalenhallen, Rheinlanddamm 200.

17.-24. September, Johannisburg: Drigelsdorfer Gemeinschaft, Treffen in Preußisch Oldendorf-Bad Holzhausen.

1. Oktober, Johannisburg: 16. Ostpreußenfest Mecklenburg-Vorpommern in Rostock. Stadthalle, Südring 90.



15.-17. April, Königsberg-Land: Ortstreffen Groß-Ottenhagen im Hotel Sonnenhof in Bebra-Weiterode.

29. April – 1. Mai, Königsberg-Land: Kirchspieltreffen Pownunden im Gasthaus zur Sonne in Hüfelsheim an der Nahe.

20.-23. Juni, Königsberg-Land: Ortstreffen Gamsau-Legden und Umgebung im Gasthaus Jägerhof in Absberg am Brombachsee/Alt Mühlthal.

31. Juli, Königsberg-Land: Ortstreffen Gallgarben-Dogehnen im Hotel Deutsche Eiche in Uelzen.



10./11. September, Labiau: Hauptkreistreffen in der Stadthalle Otternord.



11. Juni, Lötzen: Weidlicher Dorftreffen in Davensberg.

8. August, Lötzen: 20 Jahre Deutscher sozial-kultureller Verein in Lötzen (Gyzicko).

3. September, Lötzen: Rheiner Ortstreffen in Bochum.



17. April, Lyck: Regionaltreffen Nord in der Hansestadt Lübeck.



5. bis 8. Mai, Lyck: Kirchspieltreffen Borschimmen in Bad Pyrmont.

10. bis 12. Mai, Lyck: Bezirksrestreffen Baitenberg in Bad Pyrmont.

27.-29. Mai, Lyck: Ortstreffen Steinberg in Schieder-Glashütte.

28. / 29. Mai, Lyck: Ortstreffen Goralau in Oerlinghausen.

27. / 28. August, Lyck: Kreistreffen in Hagen/Westfalen.

5. März, Mohrungen: Kreisauerschuss-Sitzung in Gießen.

23.-25. Mai, Mohrungen: Jahrestreffen der Herderschüler im Ostheim in Bad Pyrmont.

3. September, Mohrungen: Sitzung des Kreisauerschusses in Mohrungen / Sangerhausen.

3. September, Mohrungen: Sitzung des Kreisauerschusses in Mohrungen / Sangerhausen.

4./5. September, Mohrungen: Haupt-Heimattreffen in Mohrungen / Sangerhausen.



11. September, Neidenburg: Heimattreffen, im Ruhr-Congress in Bochum.

19. März, Ortelburg: Kreistag in Herne.

08. bis 10. April, Ortelburg: Heimattreffen in Bad Pyrmont.



27. März, Ortelburg: Kirchspieltreffen Menguth im Restaurant „Cranger Hof“ in Herne.

30. April, Ortelburg: Kirchspieltreffen Kobulen und Passenheim im Kulturzentrum in Herne.

1. Mai, Ortelburg: Kirchspieltreffen Willenberg im Kulturzentrum in Herne.

14. Mai, Ortelburg: Kirchspieltreffen Altkirchen und Klein Jeruten im Kulturzentrum in Herne.

15. Mai, Ortelburg: Dorftreffen Rohmanen und Ulrichsee im Gasthaus „Waldhaus Resse“ in Gelsenkirchen.

27. Mai – 1. Juni, Ortelburg: Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

27.-29. Mai, Ortelburg: 3-Tagereise zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

2. Juni, Ortelburg: Kirchspieltreffen Groß Schöndamerau in Herne.

20. – 29. Juni, Ortelburg: Busreise nach Ostpreußen, „Masuren einmal anders“.

1.-10. August, Ortelburg: Busfahrt der Kreisgemeinschaft nach Ortelburg und zum 620-Jahrfeier der ev. Kirche Passenheim.

6./7. August, Ortelburg: 620-jähriges Jubiläum der evangelischen Kirche in Passenheim/Pasym.

18. September, Ortelburg: Hauptkreistreffen im Kulturzentrum in Herne.



6. – 8. Mai, Osterode: Ortstreffen Frögenau-Kaulbruch im Hotel Haus Große-Kettler, Bahnhofstraße 11 (Am Kurpark), 49196 Bad Lear.

7. Mai, Osterode: Ortstreffen Baarweide/Altfinken, im Hotel „Haus am See“, Bockwie 3, 18437 Ostseebad Dierhagen, Telefon (038226) 5060.

15. Mai, Osterode: Regionaltreffen in Hamm-Westtünnen in der Von Thünen-Halle.

18./19. Juni, Osterode: Ortstreffen Pulfink im Schützenhof Schepner in Augustfehn.

10./11. September, Osterode: Hauptkreistreffen in der Stadthalle in Osterode am Harz.



16.-18. September, Pr. Eylau: 63. Heimattreffen in Verden.



10./11. September, Pr. Holland: Hauptkreistreffen in der Patenstadt Itzehoe, Hotel/Restaurant Klosterbrunnen, Klosterbrunnen 2.



20./21. August, Rastenburg: Hauptkreistreffen in Wesel in der Niederrheinhalle.



16. März, Röbel: Außerordentliche Kreistagsitzung im Restaurant NOAH, Berghäuser Weg 28a in Neuss.



7. April, Röbel: Tag der offenen Tür, Heimattube, Oberstraße 17 in Neuss.



16. April, Röbel: 42. Seeburger Treffen „Seeburger Kaffeeklatsch“ im Kolping-Haus International in Köln.



28. April, Röbel: Tag der offenen Tür in der Heimattube, Oberstraße 17 in 41460 Neuss.



15. Mai, Röbel: Wallfahrt der Ermländer nach Werl, Rosenkranz, Festhochamt, Ermländische Vesper.



27.-31. Mai, Röbel: Busfahrt der Kreisgemeinschaft zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in den Messchallen Erfurt.



12.-22. Juli, Röbel: Bussonderfahrt der Kreisgemeinschaft nach Ostpreußen.



16. Juli, Röbel: Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen und der Deutschen Minderheiten in Ermland und Masuren in Hohenstein.



26.-29. August, Röbel: Bischofsburger Treffen „Bischofsburger Heimattreffen“, Kolpingbildungsstätte „Weberhaus“ in 33039 Nieheim, Kreis Höxter.



1. September, Röbel: Tag der offenen Tür in der Heimattube, Oberstraße 17 in 41460 Neuss.



17./18. September, Röbel: 28. Hauptkreistreffen und 27 Jahre in der Patenschaft des Rhein-Kreises Neuss, Berufsbildungszentrum Hammfelddamm 2 in 41460 Neuss.



29. September, Röbel: Tag der offenen Tür in der Heimattube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.



11. Dezember, Röbel: Adventsfeier im Marienhaus, Kapitelstraße.



19. April, Schlossberg: Frühlingstreffen in Berlin-Neukölln.



9./10. Juli, Schlossberg: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft in Winsen an der Lube.



13./14. August, Schlossberg: Gubern-Treffen in Karlsruhe.



24./25. September, Schlossberg: Langenfelder Treffen in Hofgeismar.



18. Oktober, Schlossberg: Erntedankfest in Berlin-Neukölln.



6. Dezember, Schlossberg: Adventsfeier in Berlin-Neukölln.

te „Middelicher Hof“.

3.-5. Juni, Sensburg: Kirchspieltreffen Warpuhnen im Ostheim, Parkstraße 14 in 31872 Bad Pyrmont.

17. Juli, Sensburg: Heimattreffen in Sorquitten.

1. Oktober, Sensburg: Kirchspieltreffen Sorquitten im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

1. Oktober, Sensburg: Ortstreffen Heinrichshöfen, Rodowen, Heinrichsdorf im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.



4./5. Juni, Tilsit-Ragnit: Kirchspieltreffen Trappen in Schönbeck, Schleswig-Holstein.

29.-31. Juli, Tilsit-Ragnit: Kirchspieltreffen Groß-Lenzenau in Schwerin.

10./11. September, Tilsit-Ragnit: Kirchspiel-/Patenschaftstreffen in Plön.

16.-18. September, Tilsit-Ragnit: Kirchspieltreffen

Mit der Kamera unterwegs in der Welt

Die Diashows des Königsbergers Helfried Weyer bezaubern die Zuschauer – Ende Mai auch in Erfurt

Wenn am 28./29. Mai in den Erfurter Messehallen sich wieder Tausende Ostpreußen versammeln, um ein machtvoll Bekenntnis zur Heimat abzulegen, dann erwartet sie ein buntes Programm mit vielen Höhepunkten. Ein wahrer Augenschmaus wird eine Diashow über Ostpreußen sein, die der bekannte Fotograf Helfried Weyer präsentiert.

Was haben ein Rucksack, ein großes Bettlaken und bunte Papierdrachen gemeinsam? Alle drei gehören zum Leben des Königsbergers Helfried Weyer. Der Fotograf und Vortragsredner hat mit seiner Frau Renate schon alle Kontinente bereist, getreu seinem Motto: „Unser Wohnsitz ist Buxtehude, unser Arbeitsplatz ist die Welt“. Weyer hat sein „Handwerk“ quasi von der Pike auf erlernt: Drei Jahre besuchte er die Fotofachschule in Kiel, ließ sich in

Mit dem Fahrrad fuhr der Ostpreuße durch Afrika

Rhetorik ausbilden und war zehn Jahre lang Mitarbeiter der „Leitz“-Werke in Wetzlar (heute „Leica Solms“); dort schuf er erste Multivisionsvorträge unter dem Namen „Leicavision“ und zeigte sie einem begeisterten Millionenpublikum.

Schon als Schüler begeisterte sich Weyer fürs Fotografieren und fürs Reisen. Er las die Bücher von Sven Hedin, hörte von Marco Polo und James Cook. „Ich will mir diese Welt angucken“, sagte er und begann, sich diesen Traum zu erfüllen. 1960 schwang er sich nach Abschluss der Schule auf das Fahrrad und zog neun Monate durch Afrika. Seine Erlebnisse verarbeitete er schließlich in seinem ersten Buch „Heiße Straßen“. Mittlerweile gibt es 63 Bücher und etwa 30 Vortragsthemen aus der „Werkstatt“ Weyer.

Nun aber zum Rucksack. Der hatte dem Fotografen einmal das Leben gerettet, als er während einer Grönländertour bei minus 11 Grad Celsius im Eis zu versinken drohte. Auf der Suche nach dem besonderen Motiv war er an der Westküste einer Schiltenspur

nachgegangen, ohne zu ahnen, dass der Schlitten dort schon eingebrochen war. Als das Eis unter seinen Füßen nachgab, stoppte lediglich das tragende Alugestell des Rucksacks die Abwärts-Fahrt. Mühsam rappelte Weyer sich aus dem Eis, verlor dabei aber sein Portemonnaie und seine Papiere. Die fanden später Fischer und gaben sie ab.

Die Geschichte um das Bettlaken ereignete sich in wärmeren Gefilden. Weyer war einer der ersten Europäer, der nach Öffnung der Grenzen in Tibet fotografieren konnte. Vor allem die während der Kulturrevolution zerstörten Klöster hatten es ihm, der seit langem mit dem Dalai Lama bekannt war, angetan. Foto um Foto entstand. Von Tibet ging es dann ins indische Dharamsala, wo ein Großteil der vor dem Kommunismus geflüchteten Tibeter eine neue Heimstatt gefunden hatte. Als Weyer erzählte, er habe in Tibet fotografieren können, war die Aufregung groß. Diese Bilder mussten unbedingt gezeigt werden. Doch wo? Es gab keinen geeigneten Saal und keine Leinwand. Die Lösung war ganz einfach.

Warum nicht ein großes Bettlaken über die Straße spannen? Gesagt, getan. Eilig gemalte Plakate machten auf die Diashow unter offenem Himmel aufmerksam. Und als es dunkel wurde, strömten die Menschen herbei. „Es war kein Durchkommen mehr. Die Straße war schwarz vor Menschen, selbst auf den Dächern saßen sie und sogar hinter der Leinwand“, erinnert sich Helfried Weyer schmunzelnd. „Es war eine sehr lebhaft Veranstaltung, denn immer wenn der Dalai Lama auf einem Foto erschien, erhoben

sich die Tibeter voller Ehrfurcht. Es war ein ständiges Auf und Ab.“ Renate Weyer ergänzt: „Wir sind mit den Dias später auch in einem Kinderdorf gewesen, das dort nach der Art der SOS-Kinderdörfer eingerichtet worden war, und haben den ganz jungen Tibetern gezeigt, wo ihre Wurzeln sind.“

Kinder spielten eine besondere Rolle in der anderen Geschichte, die Weyer erzählt. Er war nach Lima gefahren, um in der Hauptstadt Perus Fotos zu machen. Ein Großteil der sechseinhalb Millionen Einwohner lebt in Slums und

Erwachsenen ließen den Fotografen aus Europa gewähren, ohne ihn zu belästigen.

Helfried Weyer kann stundenlang erzählen, von gefährlichen Ereignissen, etwa wie er mit dem letzten Flugzeug aus dem Tschad entkommen konnte, bevor der Bürgerkrieg ausbrach, von besonderen Begegnungen mit Menschen wie Karl Heinz Böhm, der ihm in Äthiopien vor Ort seine Aktion „Menschen für Menschen“ erläuterte, oder von dem Bezwingen des Mount Everest, Sir Edmund Hillary, den er in Neu-



Auf Motivsuche: Helfried Weyer bei der Arbeit

Bild: Renate Weyer

für Europäer ist es gefährlich, sich dort aufzuhalten. Kein Problem für Helfried Weyer. Mit der Kamera und dem nötigen Quantchen Vorsicht ausgerüstet, zog er los, und als er Kinder entdeckte, die Drachen steigen ließen. Weyer, der als Kind selbst Drachen gebaut hatte, sprach mit den Kindern und bald zeigte er ihnen, wie man „richtige“ Drachen baut. Vor allem müssten sie einen langen Schwanz haben, damit sie ruhig in der Luft blieben.

Als es gelang, waren nicht nur die Kinder begeistert. Auch die

seeland besuchte. Amüsant die Begegnung in der Mongolei, wo Weyer eine Reportage über die dort lebenden Nomaden machen wollte. Als Europäer staunte er nicht schlecht über die großen Jurten, in denen die Familien lebten. „Und die sollten sie abbauen, wenn es weiterging? Das wollte ich sehen. Gegen einige Dollars erfüllten sie mir den Wunsch. In einer halben Stunde war alles abgebaut und verladen. Dann ritten sie im Kreis, um schließlich die Jurte an ihrem ursprünglichen Platz wieder auf-

zubauen. Das dauerte dann anderthalb Stunden.“

Auf die Frage, ob er denn auch in Ostpreußen Besondere erlebt habe, antwortet Weyer, dass er erstaunt gewesen sei, wie freundlich sich die Menschen ihm gegenüber verhalten hätten und erinnert sich an eine Begegnung in Danzig. „Ich wollte den Sonnenaufgang am Krantor fotografieren und stellte Kamera mit Stativ an einem günstigen Standort auf der anderen Wasserseite auf. Ein paar Meter neben mir nahm ein Pole mit einer Angel Platz. Er schaute mich skeptisch an und fragte, was ich da mache. Ich erklärte es ihm. Er schüttelte mit dem Kopf und sagte: „Heute keine Sonne“. Ich blickte ihn ungläubig an, das konnte nicht sein, natürlich geht da hinten die Sonne auf, sagte ich ihm. Der Pole stand auf und ging weg. Ich verstand die Welt nicht mehr. Nach einiger Zeit kam er zurück, eine Zeitung in der Hand. Er zeigte mir das Titelblatt, dort war zu lesen, dass es an diesem Morgen eine Sonnenfinsternis geben würde. „Heute keine Sonne“, sagte er – wie recht er hatte.“

Danzig ohne Sonne, dafür bei Nacht – so werden die Zuschauer der großen Diashow auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt den Auftakt einer Reise in das Land der dunklen Wälder erleben. Weyer zeigt Ostpreußen in all seinen Facetten auf einer 15 Meter breiten und fünf Meter hohen Leinwand. Unterlegt ist die 90-minütige Show mit klassischer Musik und mit Zitaten von Agnes Miegel bis Ernst Wiechert.

Man darf gespannt sein, was Helfried Weyer über seine Heimat Ostpreußen zu erzählen weiß. Unterhaltsam wird es allemal. Wer ein wenig von diesem Erlebnis mit nach Hause nehmen will, der kann das mit Hilfe eines Buches (Nicolai Verlag 2004), das viele der Fotografien enthält und in Erfurt eigens zum Deutschlandtreffen noch einmal angeboten wird.

Silke Osman

Die Diashow „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen“ von Helfried Weyer ist am 28. Mai in der Erfurter Messe, Halle 1, um 17 Uhr, zu sehen.

IN KÜRZE

Bio unter der Lupe

Der Biokonsum in deutschen Haushalten ist gestiegen. Haben 2008 noch 17 Prozent häufig beziehungsweise ausschließlich Biolebensmittel gekauft, waren es 2010 bereits 21 Prozent. Gerade nach dem Dioxin-Skandal haben die Deutschen vor, mehr Biolebensmittel zu kaufen. Das Testzentrum Lebensmittel der DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft) hat die Ergebnisse seiner Internationalen Qualitätsprüfung für Bio-Produkte veröffentlicht. 887 Erzeugnisse aus den verschiedenen Lebensmittelbereichen wurden dabei unter die Qualitätslupe genommen. Neben den Bio-Klassikern aus den Bereichen Molkereiprodukte, Backwaren und Fleisch-erzeugnisse testeten die DLG-Experten Getränke, Speiseöle und Cerealien. 449 Erzeugnisse erhielten eine DLG-Prämierung in Gold. Alle Ergebnisse sind unter www.DLG.org/Bioprodukttest veröffentlicht. PAZ

Leckere Rezepte zum Abnehmen

Es gibt Kochbücher, die verschwinden gleich im Regal, es gibt aber auch solche, die mag man gar nicht mehr aus der Hand legen.



Das „eBalance Kochbuch“ gehört zu den Büchern, die auf der Stelle zum nachkochen animieren. eBalance.ch, das Internetportal aus der Schweiz, ist ein kostengünstiges, individualisiertes Programm zum Abnehmen. Nun gibt es die besten Rezepte in einem handlichen Buch. Köstlich die Karottensuppe mit Frühlingszwiebeln oder das Szegediner Gulasch! Auch die griechischen Zucchini-Küchlein gelingen im Handumdrehen. os

Ruth Ellensberger (Hrsg.): „Das eBalance Kochbuch – 100 Erfolgsrezepte zum leichten Abnehmen“, AT Verlag, München 2011, gebunden, 23,90 Euro

Glanzstücke auf dem herrschaftlichen Tisch

Friedrich der Große brachte die Fayencekunst nach Oberschlesien – Eine Ausstellung zeigt die bunte Vielfalt

Die meist farbenfrohen ober-schlesischen Fayence-Objekte aus Proskauer (Proszków) und Glinitz (Glinica) sind dekorative Elemente, die seinerzeit auf jede festlich gedeckte Tafel und in jeden herrschaftlichen Wohnsitz gehörten. Eine repräsentative Auswahl der bedeutenden keramischen Erzeugnisse aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist derzeit in der Sonderausstellung „Glanzstücke schlesischer Keramik – Proskauer Fayencen“ in Königswinter-Heisterbacherrort zu sehen. Haus Schlesien und dem Oberschlesischen Landesmuseum ist es gelungen, erstmals neben den Schaustücken aus ihren eigenen Beständen auch seltene Exponate aus Polen und Tschechien in einer einzigen Präsentation zusammenzutragen.

Neben Proskauer Erzeugnissen sind auch figurliche Objekte aus der Manufaktur in Glinitz und dem von Carl von Dietrichstein gegründeten Betrieb in Märtsch-Weißkirchen (Hranice na Morave) zu

sehen. Haus Schlesien zeigt unter den insgesamt 200 Objekten 40 besondere Stücke aus der eigenen Sammlung. So werden etwa in einer Ausstellungsbereich Proskauer Fayencen und verschiedene

Steingutgegenstände direkt gegenübergestellt, so dass der Betrachter die Unterschiede leichter nachvollziehen kann. Bei einem Rundgang durch die Ausstellung hebt Museumspädagogin Alexandra

Marquetant aus der Vielfalt der Essgeschirre und Walzenkrüge sowie der Terrinen und Kannen mit dekorativen Henkeln und Knäufen einige der besonderen hauseigenen porzellanähnlichen

keramischen Exponate hervor. Dazu gehören auch ein dekorativer Uhrhalter aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus Glinitz sowie eine Terrine mit plastischem Dekor aus der Zeit von 1769 bis 1783. Wissenswerte über die Geschichte und Entwicklung der Fayencen, deren Name sich von dem italienischen Ort Faenza bei Florenz ableitet, ist den zahlreichen Texttafeln zu entnehmen. Das Herstellungsverfahren verbreitete sich von Italien nach Frankreich

und Holland, wurde durch Friedrich den Großen auch in Oberschlesien eingeführt. Auch wenn die Proskauer Manufaktur Fayence-Objekte für die gehobene Tischkultur nur von 1763 bis 1853 produzierte, haben diese Gegenstände auch außerhalb Schlesiens dennoch einen breiten Bekanntheitsgrad erreicht. In Sammlerkreisen werden sowohl die dekorativen Teller, Dosen, Krüge und Vasen in

Form von Obst, Gemüse und Tieren als auch die mit mythologischen und religiösen Motiven sowie Genreszenen dekorierten Objekte aus Proskauer und Glinitzer Herkunft zu hohen Preisen gehandelt.

Im Anschluss an die Präsentation in Königswinter folgen zwei grenzüberschreitende Ausstellungs-Stationen im Schlesischen Museum Troppau und im Museum Rybnik. Jede Einrichtung passt die Exponaten-Vielfalt den jeweils zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten an, setzt individuelle Prioritäten und ergänzt die Schau mit neuen Ideen. Dieter Göllner

Die Ausstellung im Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412, Königswinter-Heisterbacherrort, ist bis 1. Mai Dienstag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr sowie von 13 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet.



Proskauer Fayencen: Viele Kostbarkeiten werden in Königswinter ausgestellt.

Bilder: Göllner



Intellektuelle Nebenehe

W. v. Humboldt an Charlotte D.

Hätte es sich nur um eine flüchtige Bekanntschaft gehandelt, so wären 26 Jahre ausreichend Zeit gewesen, diese zu vergessen. Wilhelm von Humboldt jedoch erinnerte sich sofort wieder an Charlotte Diede. Im Oktober 1814 erreichte den königlich-preussischen Minister der Brief einer „Person, in die ich 1788 sehr verliebt war“, wie er gegenüber seiner Frau Caroline freimütig bekannte. In jenem Jahr hatte Humboldt die Prediger- und Pörmont kennengelernt. Das Erinnerungsvermögen des vielbeschäftigten Staatsmannes und Wissenschaftlers verdient umso größere Bewunderung, wenn man sich vor Augen hält, dass die Begegnung nur drei Tage umfasst hatte und es später keinerlei Kontakt mehr gab.

Ein Beweggrund für Charlotte, sich der Jugendliebe zu dem inzwischen prominenten Humboldt zu erinnern, war auch materielle Not, hatte sie doch, nach einer – allerdings auf ihre Initiative hin – geschiedenen Ehe und weiteren glücklosen Beziehungen, im Zuge der napoleonischen Kriege auch ihr Vermögen verloren. Ihr Anerbieten, in Humboldts Haushalt einzutreten, lehnte dieser höflich ab, half ihr aber diskret über die finanziellen Engpässe hinweg.

Erfolgreich eingetreten war sie hingegen in sein Leben – und sie blieb es bis zu Humboldts Tod 1835. Zwar trafen beide bis dahin nur zweimal zusammen und auch das nur kurz. Dafür entwickelte sich ein intensiver Briefwechsel.

Inge Brose-Müller hat es unternommen, auf der Grundlage dieser Schreiben die „Freundschaft in Briefen“ vor dem Hintergrund der Ideenwelt des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts darzu-

stellen. Es war nicht nur Humboldt, der Charlotte vor allem an seinen philosophisch-anthropologischen Überlegungen Anteil haben ließ. Seine Jugendliebe wusste ihm intellektuell sehr wohl Paroli zu bieten. Ob man das Ganze lediglich als „Freundschaft“ bezeichnen kann, sei dahingestellt – große Zuneigung von beiden Seiten kam jedenfalls sehr klar zum Ausdruck. Humboldt machte auch aus seinem erzieherischen Impetus, der stets auf die Vervollkommenheit der Seele aus war, kein Geheimnis.

Enger Kontakt zur Jugendliebe

Seine Beziehung dürfte seinem Ideal von männlichem und weiblichem

Prinzip, welches sich gerade aufgrund seiner Verschiedenheit gegenseitig ergänzt, wohl sehr nahe gekommen sein. Großen Wert legte er darauf, seine unmittelbare häusliche Sphäre und seine Ehe von dem „Briefverhältnis“ mit Charlotte Diede strikt zu trennen.

Bedauerlich ist, dass nur Humboldts Schreiben überliefert sind und die Äußerungen Charlottes daraus rekonstruiert werden müssen. Will man die rund 200 Dokumente in einer fundierten, allerdings älteren Bearbeitung lesen, so greife man zu dem von Albert Leitzmann 1910 besorgten Ausgabe „Wilhelm von Humboldts Briefe an eine Freundin“. Kürzer und kurzweiliger und natürlich auch mit vielen Briefpassagen versehen ist die Geschichte bei Inge Brose-Müller erzählt. Allerdings muss man hier auch den erhabenen Zeigefinger der ehemaligen Deutschlehrerin ertragen, deren Suche nach Humboldt-Goethe-Parallelen mitunter etwas bemüht wirkt.

Erik Lommatzsch

Inge Brose-Müller: „Humboldt und Charlotte – Eine Freundschaft in Briefen“, wjs verlag, Berlin 2010, 251 Seiten, 19,95 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Boris Grundl hat sie gefressen: die Gutmenschen. Er kann Menschen, die immer von einer besseren Welt reden und die herrschenden Zustände nur als ungerecht und furchtbar abtun, ohne sie jedoch selbst aktiv zu verbessern, einfach nicht ertragen. „Sie fordern ‚Weltfrieden‘“, so der Management-Trainer, „lösen aber nicht einmal die Konflikte in der eigenen Familie oder in ihrem eigenen Team. Sie fordern Authentizität, aber ihre innere Zerrissenheit zwischen Schein und Sein lässt sie selbst emotional ausbreiten.“

In „Diktatur der Gutmenschen – Was Sie sich nicht gefallen lassen dürfen, wenn Sie etwas bewegen wollen“ demaskiert der Inhaber der Grundl Leadership Akademie jene Weltverbesserer, die aus seiner Sicht Deutschland mit einer süßlichen Glaser von sozialer Gerechtigkeit und ihrer Vorstellung von Moral überziehen und das Land damit zur Erstarrung bringen. Waldsterben, Atomtod, Rinderwahn sind nur einige Untergangsszenarien, die der Autor

Kampf den Gutmenschen

Autor fordert Höchstleistung von jedem statt »sozialer Gerechtigkeit«

nennt, die die von ihm als Gutmenschen Bezeichneten entwerfen würden, um Aufmerksamkeit zu erhaschen.

Der Autor ist keiner dieser typischen Worthülsen schwingenden Tschaka-Motivatoren, sondern „brennt“ für sein Thema. Oft genug hat er in Unternehmen gesehen, wie eine künstlich erzeugte Wohlfühlatmosphäre, in der jeder

zum Mittelmaß, doch genau dieses sei Gift für eine Gesellschaft. „Menschen gleich zu behandeln“ zeugt von der mangelnden Bereitschaft, sich mit ihnen auseinanderzusetzen ... Gerecht zu sein bedeutet nämlich, Unterschiede zu machen, um jeden Einzelnen gerecht zu werden. Unterschiedliche Menschen haben ein Recht auf unterschiedliche Behandlung.“

»Sie fordern ›Weltfrieden‹, lösen aber nicht einmal die Konflikte in der eigenen Familie«

zu Wort kommen soll und es immer Kexse zu den vielen „Meetings“ gibt, jegliche Kreativität lähmt. Zwar empfindet er Harmonie auch als etwas Schönes, doch ist diese künstlich, nur durch die Vermeidung von Konflikten entstanden, dann führt sie zu Stillstand, so Grundl.

Der Autor sieht sich als Menschenentwickler, der seine Mitmenschen fordert, denn nur so würden diese Höchstleistungen erbringen, die diese auch wirklich befriedigen würden. Für ihn ist die so oft gepriesene „soziale Gerechtigkeit“ nur eine Forderung hin-

Auch hasst es der Autor, dass gerade jene Menschen, die sich für sozial halten, dazu neigen, Schwäche so zu bedauern, dass sie ihnen die Kraft nehmen, sich aus ihrer Lage zu befreien. Nur wer aufhöre, ständig eine gerechte Welt zu fordern, und sich stattdessen mit der gegebenen Welt versöhne, habe die Kraft, diese zu verändern. Unternehmer wie Eltern, die ihren Mitarbeitern beziehungsweise Kindern alles abnehmen, weil sie ja angeblich nur das Beste für ihre Schützlinge wollten, würden diese hingegen von sich abhängig machen und so selbst das Gefühl be-

kommen, gebraucht zu werden und Macht zu haben.

Im vorliegenden Buch beweist der Autor, dass er ein guter Beobachter ist. Er formuliert zwar manchmal sehr spitz, aber das macht seine Ausführungen unterhaltsam. Da er mit vielen seinen Beispielen ins Schwarze trifft, wünscht man sich, so mancher würde sich seine Erkenntnisse zu Herzen nehmen. Zudem schreibt Grundl keine leeren Phrasen, denn er hat selbst erfahren, wie es ist, ganz am Ende zu sein und von anderen kleingehalten zu werden, indem sie, anstatt ihn dazu zu ermutigen, über sich selbst hinauszuwachsen, ihn mit ihrem Mitleid einullen: Vor einigen Jahren brach sich der Autor die Wirbelsäule, so dass er seit dem im Rollstuhl sitzt. Nur der Glaube, dass er trotz dieses Schicksalsschlages ein selbstbestimmtes Leben weiterführen kann, hat es ihm ermöglicht, dies auch zu tun.

Rebecca Bellano

Boris Grundl: „Diktatur der Gutmenschen – Was Sie sich nicht gefallen lassen dürfen, wenn Sie etwas bewegen wollen“, Econ, Berlin 2010, geb., 263 Seiten, 19,95 Euro



Nach Begegnungen, die du nie vergisst ... und dem autobiografischen Bericht „Wege, die du gehen musst“ erschien im letzten Jahr Helmut A. Rehfelds drittes Buch „Wogen, die dein Leben tragen“. In jedem seiner drei Bände geht es um das Leben im Allgemeinen und sein Leben, seine Vergangenheit und seine früheste Kindheit in Ostpreußen bis Speziellen.

Was der Autor hier so schön als „Erlebnisreiche Geschichte“ tituliert, erinnert zum Teil an das, was junge Leute wie die 29-jährige Verfasserin dieser Zeilen zuweilen von ihren Großvätern zu hören be-

kommen, wenn diese einmal aus ihrem Nähkästchen plaudern. So berichtet der Autor sehr humorvoll, wie das Leben damals so verlief, und auf welche Hindernisse junge Paare stießen, wie zum Beispiel das Kuppelgesetz, wenn sie in Ruhe zusammen sein wollten.

Bei Rehfelds drittem Buch handelt es sich um eine Mischung aus autobiografischer und fiktiver Erzählung. Er schrieb diese Geschichte in Angedenken an seine geliebte und mittlerweile verstorbene Frau nieder. In „Wogen, die dein Leben tragen“ erwartet der Leser eine Kurzfassung der Ehejahre des Autors. Der hübsche Titel des Buches rührt daher, dass die Hauptfigur Benno die gemein-

samen Ehejahre als Eheschiff bezeichnet, welches durch die Wellen und Wogen des Lebens fährt.

Als Benno nach dem Tode seiner Frau in ein tiefes Loch fällt, folgt er dem Rat eines Freundes und macht sich auf die Reise zu seinen Geburtsort Tapiau (Kreis Wehlau/ Ostpreußen): „Wladimir parkte ganz in der Nähe, und Benno ging gleich auf die Suche, sagte aber zu Wladimir: ‚Ich bin mir ganz sicher, das ist mein Elternhaus!‘ Benno war mächtig stolz, 64 Jahre nach Kriegsende, sein Elternhaus praktisch auf Anhieb gefunden zu haben. Benno ging in den Hof, macht ein paar Fotos, sah noch ein grünes Segment der alten Haustür aus seiner Kindheit und

ging eilig zurück zu Wladimir, der im Auto gewartet hatte. ‚Ich bin mir 100-prozentig sicher, dass das mein Elternhaus ist!‘, sagte Benno überglücklich nach seiner Rückkehr.“

Fast durchgängig ist für den Leser spürbar, wie gern sich Benno an das Leben mit seiner Frau erinnert und wie schmerzhaft die Lücke klafft, die sie hinterlassen hat. Eine Lücke so groß, dass nur die Reise in die Heimat der Kindheit etwas Linderung bewirken konnte.

Vanessa Ney

Helmut A. Rehfeld: „Wogen, die dein Leben tragen“, Triga Verlag, Gröden-Rothenbergen 2010, broschiert, 124 Seiten, 12,90 Euro



Aus der Hölle ins Inferno

Königsbergerin flieht 1944 aus der Pregelmetropole und landet in Dresden

Eine autobiografische Erzählung über die Jahre 1944 bis 1948 hat Dorothea Conrad veröffentlicht, die seit 1956 in Stuttgart lebt. 1930 in Königsberg geboren und dort auch aufgewachsen, verbrachte sie die letzten Kriegsmomente in Dresden und Königsberg. Sie wurde Zeugin der Gräueltat von Tod und Verwüstung, die in der Nacht vom 13. auf den 14. Januar über die Elbmetropole hereinbrachen. Von einem befreundeten Historiker aufgefordert, ihre damaligen Erlebnisse aufzuzeichnen, hat sie sich nach einigem Zögern dazu durchringen können. „Schreib auf, worüber du nicht sprechen kannst“, lautet der Titel ihres spannenden und ansprechend gestalteten Buches, für das sie die dritte Person als Erzählförmigkeit wählte. Nach all den Jahrzehnten hat die 80-jährige Verfasserin noch erstaunlich detaillierte Erinnerungen bewahrt.

Ausführlich schildert sie eingeangenes gutbürgerliches Familienleben in Königsberg, das ein so jähes Ende fand. Sie berichtet von kontroversen Ansichten ihrer El-

tern und Tanten über den Nationalsozialismus, von Ausflügen in die idyllische ländliche Umgebung und vom Schullalltag.

Als Königsberg in der Nacht vom 26. auf den 27. August 1944 bei dem ersten der beiden kurz aufeinander folgenden Luftangriffe durch britische Bomber zerstört wurde, saß die fast 14-jährige Dorothea mit ihren beiden älteren Schwestern in einem voll besetzten D-Zug, der sie in den Westen bringen sollte. Da ihre älteste Schwester hochschwanger war, hatte der Vater, ein städtischer Beamter, allen drei Töchtern Fahrkarten für einen Zug besorgen können, mit dem junge und werdende Mütter mit ihren Kindern evakuiert wurden. In ihrer kindlichen Naivität hatte Dorothea die verhängnisvolle Lage der Stadt und ihrer Bewohner noch gar nicht erfasst und sie wunderte sich, dass beide Schwestern und viele andere Frauen bei der Abreise weinten. Angesichts der jahrelangen Berichte über die Bombardierungen deutscher Städte und der zuletzt regelmäßig auftauchenden feindlichen Späher,

die jedes Mal von der deutschen Abwehr vertrieben wurden, erscheint dies unverständlich. Doch das junge Mädchen verließ sich vollkommen auf das Versprechen der Eltern, dass sich alle demnächst wiedersehen würden. Der Vater glaubte an den Endsieg, und die Eltern waren nicht von ihrem Vorsatz abzubringen, in Königsberg auszuweichen.

Vor der Albertina ermordet

In Dessau angekommen, erlebte die Schwestern die erste Zurückweisung: Der Onkel weigert sich, sie aufzunehmen, und vermittelt ihnen getrennte Unterkünfte. Dorothea wird zu einer Verwandten nach Dresden-Radebeul geschickt. Doch zu Weihnachten zieht es sie zu ihren Eltern nach Königsberg, die mittlerweile in einem Vorort leben. Dann muss sie sich wieder losreißen, fährt zurück nach Dresden – und überlebt in einem Luftschutzkeller die Apokalypse der Stadt. Bei Kriegsende ist sie mit ihren Schwestern und der kleinen Nichte in Cattenstedt am Harz. Als sich dort im Mai das Gerücht verbreitet, dass aus der britischen Besatzungszone eine russi-

sche werden soll, ziehen die Schwestern mit dem Baby weiter in Richtung Westen, ins Ruhrgebiet zu Verwandten des Schwagers.

Erst einhalb Jahre später erfährt Dorothea vom Schicksal der Eltern. Ihre Mutter gehörte zu den schätzungsweise 20 000 von 150 000 Königsbergern, die den Russen im April 1945 in die Hände fielen, die gegen Ende des Jahres noch lebten. 1948 kam sie nach Sachsen in ein Umsiedlerlager. Was mit ihrem Mann geschah, erfährt sie erst dort von einer Augenzeugin. Er gehörte zu den Hunderten von Männern, die 1945 vor die Universität getrieben wurden. Dort wurden sie von russischen Soldaten mit Maschinengewehren niedergemacht.

Leider hat sich die Autorin auf die Wiedergabe zweier eigener Porträtfotos und einzelner Dokumente wie Briefe und amtliche Mitteilungen beschränkt. Man hätte sich viel mehr gewünscht.

Dagmar Jestrzemska

Dorothea Conrad: „Schreib auf, worüber du nicht sprechen kannst“, verlag regionalkultur, Heidelberg 2010, geb., 280 Seiten, 14,90 Euro



Rüstzeug

Konservative Schlüsselwerke

2009 haben der Göttinger Historiker Karlheinz Weißmann und der Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik, Erik Lehnert, ein Staatspolitisches Handbuch zu den konservativen Leitbegriffen herausgebracht. Nun liegt Band 2 des Staatspolitischen Handbuchs zu den „Schlüsselwerken“ vor. Für beide Bände gilt: Konservative oder politisch rechts stehende Zeitgenossen werden immer wieder mit Gewinn in diesen beiden Handbüchern blättern und sich lesend des eigenen Standpunktes vergewissern. Weißmann und Lehnert haben die Werke von rund 133 Autoren zusammengestellt, die eine Art Kanon konservativer Wirklichkeitsbeschreibung, Politik und Gesellschaftsbetrachtung darstellen.

„Nach diesem Kanon lässt sich ein Bücherschrank zusammenstellen, lässt sich eine Weltanschauung fundamentieren – und vor allem das immer wieder gern vorgetragene Wort von John Stuart Mill beiseitefegen, der einmal behauptet hat, die Konservativen seien die ‚Partei der Dummheit‘“,

so die beiden Herausgeber. Zu den Autoren, die sich der 163 vorgestellten Werke angenommen haben, gehören Alain de Benoist, Gerd Habermann, Hans-Christof Kraus, Götz Kubitschek, Wolfgang Sauer, mehrere Autoren der „Jungen Freiheit“, die beiden Herausgeber und viele andere.

Die „Schlüsselwerke“ eignen sich vor allem auch für junge Leser, die sich ein geistiges Rüstzeug zulegen möchten, um im intellektuellen Kampf mit den politischen Gegnern zu bestehen. Sicherlich wird mancher Leser das eine oder andere Schlüsselwerk vermissen. Dass beispielsweise Mitherausgeber Weißmann gleich mit drei Werken vertreten ist – nur Ernst Jünger kommt auf vier Nennungen – aber beispielsweise konservative Klassiker der frühen Bundesrepublik wie „Das Ende aller Abruf“ fehlen, zeigt, dass die Proportionen vielleicht nicht immer stimmen.

Ansgar Lange

Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann (Hrsg.): „Staatspolitisches Handbuch – Schlüsselwerke Band 2“, Antaios, Schnellroda 2011, geb., 264 Seiten, 15 Euro

st.de

MELDUNGEN

Gerechtigkeit in der Tiefgarage

Berlin – Zahlreiche Bundestagsabgeordnete kämpfen derzeit darum, ein Stück Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen: Während sie und ihre Mitarbeiter für einen Parkplatz im Parlamentsbau 44 Euro im Monat zahlen müssen, erhalten Beamte im Kanzleramt und in den Ministerien einen kostenlosen Stellplatz. Zahlreiche Ministerien beharren auf der jetzigen Regelung, und so arbeiten die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble derzeit an einem Regelwerk, das klären soll, wann wer künftig für seinen Parkplatz zur Kasse gebeten werden soll. *Bel*

Krimineller Organspender

Salem – Der zum Tode verurteilte US-Häftling Christian Longo will nach seiner Hinrichtung seine Organe spenden, weil er seinem Tod einen Sinn geben will. Doch der Umstand, dass eine Organtransplantation nach einer Hinrichtung durch die Todesspritze nicht mehr möglich ist, lässt die Chancen für die Genehmigung seiner Petition gering ausfallen. *Bel*

ZUR PERSON

Visionär am Scheideweg

Eigentlich hat **Anders Fogh Rasmussen** als Generalsekretär in der Nato den Hut auf, doch ihm Augenblicklich tanzen ihm die Mitgliedsländer auf der Nase herum. Die USA, Frankreich und Großbritannien fliegen seit einer Woche gegen Gaddafi, aber es ist unklar, wer die Militäroperation eigentlich führt. De facto sind es die USA. Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy möchte diese Rolle gern übernehmen. Um eine Beteiligung der Nato an der Operation wird in den Gremien der Allianz unterdessen heftig gerungen. Rasmussen will unbedingt eine Einigung erzielen, damit das Bündnis die Einsatzführung bei der Durchsetzung der Flugverbotszone über Libyen an sich ziehen kann.

Der 1953 geborene Rasmussen hat in seinem Heimatland Dänemark eine blendende politische Karriere hinter sich. Bereits mit 25 Jahren wurde er Abgeordneter des Folketing, 1987 wurde er zum ersten Mal Minister. Bei den Wahlen



im November 2001 gelang ihm und seiner rechtsliberalen Venstre-Partei ein fulminanter Sieg. Zum ersten Mal seit 1920 waren die Sozialdemokraten nicht mehr die stärkste politische Kraft. Rasmussen wurde Ministerpräsident. 2003 unterstützte er die USA und entsandte dänische Truppen in den Irak. Aus der vorgezogenen Neuwahl 2007 ging seine Regierungskoalition geschwächt hervor. Am 1. August 2009 wurde Rasmussen Nato-Generalsekretär.

Gelingt es ihm nicht, eine Einigung zur Libyen-Operation durchzusetzen, wäre er als politischer Kopf der Nato doppelt gescheitert. Denn dann wäre auch seine Vision, die Nato von einem Verteidigungsbündnis zu einem atlantischen System der kollektiven Sicherheit umzubauen, das auch bereit ist, diese Sicherheit in andere Regionen zu tragen, nicht mehr realisierbar. *Jan Heitmann*



Zeichnung: Mohr

Rührende Verrenkungen

Warum Opportunismus so anstrengend ist, wie Merkel das Wort »Enthaltung« neu erfand, und wie man heute zu höchsten Ehren kommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das Volk ist ein wechselhaftes Wesen. Es kann ein netter Kerl sein, ja ein richtiger Freund. Wenn sich der „nette Kerl“ aber in den Kopf gesetzt hat, jemanden nicht zu mögen, dann verwandelt er sich in einen schäumenden Richter, der wütend verurteilt, ohne sich groß darum zu kümmern, ob sein Urteil auch gerecht ist.

Eine jener Existenzformen, die wir im Volk ganz besonders gering schätzen, ist der Opportunist. Ihm heften wir eine ganze Latte negativer Eigenschaften ans Revers: Er sei faul und feige und hinterhältig obendrein. Faul, weil er sich treiben lasse, statt selber was anzuschreiben. Feige, weil er immer mit den Stärkeren sein will, was in der Demokratie bedeutet: mit der Mehrheit. Und hinterhältig soll er sein, weil er für sein schrammenloses Durchkommen jeden und alles verrät.

Ein hartes Urteil. Ist es denn wenigstens gerecht? Mitnichten: Wir machen uns doch gar keine Vorstellung davon, welche Fähigkeiten und Herausforderungen das Opportunistenleben mit sich bringt. Der konsequente Verzicht auf einen Standpunkt zwingt zu ständigem Balancieren mit der Gefahr schmerzhafter Abstürze. Wie leicht man ausrutschen kann, zeigen uns die Führer aller demokratischen Parteien im Reichstag.

In den Tagen vor der Sitzung des UN-Sicherheitsrats zu Libyen hatten Angela Merkel und Guido Westerwelle ihre feuchten Finger in die Luft gestreckt, um die politische Willkür in der Frage eines Militäreinsatzes gegen Gaddafi zu erfüllen. Danach fielen sie „ihre“ Entscheidung. Doch irgendwas muss dabei schiefgelaufen sein. Haben sie die kalte mit der warmen Fingerspitze gewechselt? Oder hat sich der Wind kurz nach der Fingermessung noch gedreht? In Berlin vermutet man Letzteres: Der Außenminister habe „vor der Entscheidung im Sicherheitsrat zu spät bemerkt, dass die Meinungsbildung zugunsten einer Intervention der internationalen Staatengemeinschaft klappte und nicht zuletzt auch US-Außenministerin Hillary Clinton ihre Meinung änderte“, hat die „Südwest Presse“ in den Fluren der Hauptstadt erfahren.

Mit anderen Worten: In bester Opportunistenkunst wollte Westerwelle um jeden Preis mit den Wölfen heulen und hat dann tragischerweise die Melodien gewechselt. Wäre ihm die richtige noch rechtzeitig gesteckt worden, hätte der FDP-Chef wohl für den Militärschlag gestimmt. Nun steht er ziemlich dumm da.

Mit ihm auf blamiertem Posten steht die Kanzlerin, die auf rührende Weise versucht, sich herauszuwinden: Die deutsche Enthaltung bedeute ja nicht Neutralität, beteuert Frau Merkel und hebt hervor, dass auch Deutschland Verantwortung übernehme. Zwar ganz woanders, in Afghani-

Die Einheit im Irrtum hält sie nicht davon ab, sich umso lauter gegenseitig zu beschimpfen

stan nämlich, aber immerhin. Und überhaupt sei die Resolution jetzt, da sie beschlossen sei, „auch unsere Resolution“. Das also bezeugt man durch Stimmenthaltung? Das hatten wir anders in Erinnerung. Da klicken wir Halbgebildeten doch mal beim Internet-Lexikon „Wikipedia“ zum Stichwort „Stimmenthaltung“ durch und schauen, was da steht: „Die Stimmenthaltung bedeutet, dass eine Person weder für noch gegen einen Antrag stimmt in der Absicht, weder positiv noch negativ auf das Zustandekommen eines Beschlusses einzuwirken. Stimmenthaltung bedeutet, dass man für eine Entscheidung keine Verantwortung übernehmen möchte.“ Den letzten Satz hat der Wikipedia-Autor übrigens aus einer Drucksache des Bundesrats übernommen.

Hilffreich für Schwarze und Gelbe ist, dass Rote und Grüne von Anfang an denselben Eiertanz aufgeführt haben. Allerdings aus nicht ganz identischen Motiven: Ging es Merkel und Westerwelle auch um das Gleichstimmen mit den Verbündeten, so schielten SPD und Grüne ausschließlich auf die deutschen Wähler. Auf die ist aber auch kein Verlass mehr: Nach einer Umfrage sind 62 Prozent der Deutschen für einen militärischen Schlag gegen Gaddafi. Das konnten Gabriel und Co. nicht ahnen angesichts der brei-

ten Ablehnung des Afghanistan-Krieges hierzulande. Offensichtlich erkennen viele Deutsche den Unterschied, ob ein paar deutsche Kampfflugzeuge über Libyen kreuzen oder ob mehrere Tausend Soldaten ihr Leben in den afghanischen Bergen aufs Spiel setzen. Das hat auch die Opposition zu spät erkannt – und haut deswegen nun um so lauter auf die Pauke.

Denn die Einheit im Irrtum hält die Parteipolitiker selbstredend nicht davon ab, sich gegenseitig als ganz besonders prinzipienlos zu beschimpfen. So manchen Deutschen zwischen Eifel und Allgäu könnte das herzzerreißen- de Spektakel unter dem Titel „Ich bin ein Windei, aber du bist noch windiger als ich!“ dazu ermutigen, den kommenden Sonntag im Bett zu verbringen.

Ja, Opportunismus ist wirklich ein aufreißendes Geschäft. Man sieht allen Beteiligten an, wie sehr sie das Gewürge und Gehetze mitnimmt, das Schleimen und sich Verbiegen, das Distanzieren und wieder Heranrobben. Nicht zu vergessen die kreative Suche nach immer abenteuerlicheren Ausflüchten! Sie leisten Schwerstarbeit. Schwerstarbeit, die nicht enden will: Nach Jahren, in denen sie jeden dritten Satz zu Afghanistan um das Wort „Abzugesperspektive“ herumgeflochten haben, müssen sie plötzlich die Entsendung von 300 zusätzlichen Soldaten verkaufen. Wegen Libyen, sagen sie. Wirklich kreativ.

Doch daraus soll niemand falsche Schlüsse ziehen: Natürlich bleibt Berlin nicht untätig gegen Gaddafi: „Sanktionen!“, droht die Kanzlerin. Ach, sind die nicht längst verhängt? „Dann eben noch mehr Sanktionen!“ Donnerwetter!

Eigenartigerweise schien der Despot von Merkels Drohungen nicht ganz so beeindruckt zu sein wie von den Luftangriffen. Woher diese aufreizende Gelassenheit? Vielleicht aus anderer Leute Erfahrungen mit EU-Sanktionen. Um die Konten von Ägyptens Mu-

barak zu sperren, benötigte die Schweiz (von der Ankündigung bis zum Vollzug) etwa 30 Minuten. Die EU hat die Sperrung vor fünf Wochen angekündigt, bis diese Woche aber immer noch nicht auf die Reihe gekriegt. Es darf vermutet werden, dass auf den Konten nicht mehr allzu viel drauf ist. Und bei Tunesiens Ben Ali wurde die EU erst drei Wochen nach dessen Rücktritt aktiv.

Gut, Gaddafis Gelder waren schon zwei Wochen nach Beginn des Aufstands gesperrt. Applaus! Dafür aber soll es vergangenes Wochenende immer noch europäische Länder gegeben haben, die ihm Öl abkauften. Das behauptet zumindest Berlin (um die anderen auch ein bisschen schlecht aussehen zu lassen). Alles in allem scheinen Sanktionen, welche die EU „ins Auge fasst“, nichts wirklich Gefährliches ausstrahlen. Gerade deshalb sind sie bei den Großmäuclern unter den Opportunisten so beliebt: Sie tun lieber so, als täten sie was, als wirklich was zu tun.

Ob das lebenslange Durchlavieren irgendwann geahndet wird? In gewisser Weise, ja: Vergangene Woche ehrte Bundespräsident Wulf Brandenburgs Ministerpräsidenten Platzeck, Berlins Woweireit und Hessens Ex-Landesvater Koch mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Das ist die zweithöchste Auszeichnung, welche die Bundesrepublik zu vergeben hat.

Und wofür? Weil sich die drei als Chefs von Landesregierungen „über ein Jahrzehnt in den Dienst der Gemeinschaft, des Staates und seiner Bürger“ gestellt hätten, so Wulf in seiner Begründung.

Roland Koch hatte sich zuletzt für weitere vier Jahre wählen lassen, um schon nach zweien lieber auf einen besser bezahlten Posten in der Wirtschaft zu wechseln. In Matthias Platzecks Kabinett reiht sich Skandal an Skandal, Rücktritt an Rücktritt. Und Klaus Woweireit verteidigt die Armut der Hauptstadt mit erschreckendem Erfolg. Nun werden alle drei hoch geehrt dafür, dass sie sich so lange auf ihrem Posten halten konnten. Hurra. Auch Ehrungen höchsten Grades werden neuerdings nicht mehr errungen sondern ersessen.

MEINUNGEN

In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 20. März beklagt **Volker Zastrow** die bizarre **kehrtwerte** der Regierung in ihrer **Atompolitik**:

„Hierzulande suchen uns nicht Erdbeben und Flutwellen heim, sondern Affektbeben. Mag es um einen lebensmüden Torwart gehen oder eine fahruntüchtige Bischöfin, um Kopftücher und Doktorhüte – stets bebt das halbe, bisweilen gar das ganze Land auf nach oben offener Skala. Passt die Kanzlerin sich ihrem Volk an oder das Volk seiner Kanzlerin? Eines ist sicher: Affektive Politik verstärkt dieses Unheil, statt zu mäßigen.“

Monika Maron fragt im „Spiegel“ vom 14. März anlässlich der Rezension des Buches „Die Panikmacher“ von Patrick Bahners, **welche Werte die linken Intellektuellen in Deutschland überhaupt vertreten:**

„Dagegen bleibt es ein Rätsel, warum die Grünen und die SPD, deren Mitglieder und Anhänger die religiösen Fundamentalismus dieser und jener Art kaum verdächtig sind, kleinstädtartige Riesensmoschen und die Kopftuchpflicht für kleine Mädchen zu Zeichen aufklärerischer Toleranz erheben; warum der sich als links verstehende Journalismus eine geschlossene Kampffront bildet für das Eindringen einer vormodernen Religion mit ihrem reaktionären Frauenbild, ihrer Intoleranz gegenüber anderen Religionen und einem archaischen Rechtssystem. Warum stehen die Wächter der richtigen Gesinnung nicht auf Seite der Säkularen aller Konfessionen? Warum verteidigen sie islamische Rechte gegen europäische Werte und nicht umgekehrt.“

Zu dünnes Bärenfell

Wohl keiner hätte dran gedacht, bevor wir es vernommen: Der Super-GAU hat über Nacht jetzt Konkurrenz bekommen!

Verständlich drum, dass quer durchs Beut es alle sehr bedauern und Wowi fast auf Halbmaß weht, um mit Berlin zu trauern.

Man wird ja künftighin den Knut als Quotenbringer missen – und der war im Metier schon gut als Baby, wie wir wissen.

Es hat ihn gar ein Mann gesäugt im Geist der Gender-Zeiten, und alle haben ihn bäugelt des langen und des breiten.

Doch war wie manchem Kinderstar der Spaß ihm bald verdorben, denn just sein Lebensmensch fürwahr ist herzlos weggestorben.

Der Bär verbrachte folglich grau den Alltag, trotz der Pflege, und dann noch machten ihn zur Sau die andern im Gehege:

Ein blasser Jüngling teilt sein Reich – versucht, euch's vorzustellen – mit Bärenweibern, dreien gleich, die ihm den Tag vergällen!

Wer braucht da eine Autopsie? Denn leicht ist's zu verstehen: Man kann vor solcher Perfidie doch nur ins Wasser gehen.

Pannonicus